

Ministerium für Bildung,
Jugend und Sport

LAND
BRANDENBURG



Vorläufiger Rahmenplan

Politische Bildung

**Gymnasiale Oberstufe
Sekundarstufe II**

Z-V BB
S-6(1994)

402011.94

Georg-Eckert-Institut BS78



1 133 685 4

Vorläufiger Rahmenplan

Politische Bildung

Ministerium für
Bildung und Wissenschaft
Land Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf, den 1. März 1978

**Gymnasiale Oberstufe
Sekundarstufe II**

Vorläufiger Rahmenplan
des Landes Brandenburg

Autorinnen und Autoren:

Frank Berno, Karin Kopsch, Jürgen Langer, Hans-Joachim von Olberg, Sibylle Reinhardt,
Dirk Strotmann, Frank Wernick-Otto

für die Jahrgangsstufe 13:

Dieter Kalinka, Karin Kopsch, Hans-Joachim von Olberg, Sabine Reh, Frank Wernick-Otto

Koordiniert im Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg (PLIB)

14974 Ludwigsfelde-Struveshof

Verantwortlich: Hans-Joachim von Olberg, Sabine Reh

Hinweise, Vorschläge, Kritiken oder Erfahrungsberichte senden Sie bitte an:

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg
Abteilung II, Referat 22, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam

Georg-Eckert-Institut
für internationale
Schulbuchforschung
Braunschweig
-Schulbuchbibliothek -

94 / 1710

Vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg als "Vorläufiger Rahmenplan" für eine mehrjährige Erprobung in der Gymnasialen Oberstufe in Kraft gesetzt.

Herausgeber:

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg
Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam

Diese Broschüre wurde aus umweltfreundlichem Papier hergestellt.

© 1994 by Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg

Druck und Vertrieb:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Karl-Liebknecht-Straße, 14476 Potsdam-Golm, Tel. 9 77 23 01, Fax: 9 77 23 09

Z-V BB

S-6 (1994)

Inhalt

Vorwort

Aus dem Ersten Schulreformgesetz für das Land Brandenburg

Verwaltungsvorschriften über Rahmenpläne

1.	Allgemeine Ansprüche an die Unterrichtsgestaltung	9
2.	Die Aufgaben der Gymnasialen Oberstufe	17
3.	Aufgaben und Ziele des Faches Politische Bildung	21
3.1	Ausgangssituation im Jahre 1992 und Konsequenzen für das Fach Politische Bildung	21
3.2	Aufgaben des Faches	25
3.3	Ziele des Faches	27
3.4	Die Stellung des Faches in der Gymnasialen Oberstufe	29
4.	Qualifikationen, grundlegende Inhalte, didaktisch-methodische Konzeption	29
4.1	Qualifikationen und Lernziele	29
4.2	Inhaltsstruktur und Sequentialität des Faches Politische Bildung	32
4.3	Didaktische Prinzipien	47
4.4	Methodenkonzeptionen	50
5.	Hinweise zur Leistungsbewertung	53
5.1	Funktionen der Leistungsbewertung	53
5.2	Anforderungsbereiche	54
5.3	Bewertungsfelder	55
6.	Hinweise zum Umgang mit dem Rahmenplan	57
7.	Lerninhalte	60
7.1	Vorschläge für die Jahrgangsstufe 11	62
7.2	Vorschläge für die Jahrgangsstufe 12	69
7.3	Vorschläge für die Jahrgangsstufe 13	75
8.	Anhang	92

Vorwort

Mit Beginn des Schuljahres 1993/94 werden im Land Brandenburg weitere Rahmenpläne für die demokratische Gestaltung von Unterricht und Schule in Primarstufe, Sekundarstufe I und Gymnasiale Oberstufe in Kraft gesetzt.

In die Erarbeitung dieser Pläne waren viele Lehrerinnen und Lehrer sowie an Schule Interessierte einbezogen.

Dadurch war es möglich, daß gute pädagogische Erfahrungen der letzten Jahre aufgegriffen und in den Rahmenplänen berücksichtigt werden konnten.

Beachtung von Interessen und Bedürfnissen der Brandenburger Schülerinnen und Schüler, Anknüpfung an deren Fragen und Probleme, Beteiligung an Entscheidungen. Bieten von Entfaltungsmöglichkeiten durch vielfältiges und eigenverantwortliches Handeln u.a. wurden so zu wichtigen Leitlinien bei der Ausarbeitung der Pläne.

Es fanden auch Beispiele für guten fächerübergreifenden und themenorientierten Unterricht Berücksichtigung.

Den Rahmenplänen des Landes Brandenburg liegt ein modernes Bildungsverständnis zugrunde. Neben der Aneignung von Wissen sollen insbesondere das aktive Handeln der Schülerinnen und Schüler, ihre Kreativität und Originalität, aber auch Kooperationsfähigkeit sowie demokratische Werte wie Toleranz, Sachlichkeit und Kritikfähigkeit in den Mittelpunkt rücken. Dies macht es notwendig, daß beim Planen und Gestalten des Unterrichts sowie des gesamten schulischen Lebens die Bedingungen an der Schule und die Erfahrungswelt der Kinder und Jugendlichen zu erstrangigen Faktoren des pädagogischen Prozesses werden.

Diesen Leitgedanken nicht aus dem Auge zu verlieren und wirksam umzusetzen ist stets und überall ein schwieriges Unterfangen, aber ganz besonders dann, wenn Lehrer über Jahrzehnte in einem Schulsystem tätig waren, welches durch andere Vorgaben geprägt war.

Der vorliegende Rahmenplan soll dafür eine hilfreiche Grundlage sein. Er enthält verbindliche Aussagen zu Zielen, Aufgaben und grundlegenden Qualifikationen sowie zu notwendigen Akzenten in den Lernbereichen.

Bei der Wahl der Lerngegenstände und Themen tritt der verbindliche Charakter zugunsten der Entscheidungsfreiheit für Lehrer und Schüler deutlich zurück.

Große Freiräume werden dem Lehrer auch für die didaktische und fachdidaktische Gestaltung des Unterrichts belassen.

An einige bewährte, allgemein anerkannte und in der Praxis auch angenommene Grundideen für die pädagogische Nutzung dieser Freiräume sei an dieser Stelle erinnert:

- Kooperative und kommunikative Lernformen fördern,
- Lernen mit Kopf, Herz und Hand,
- fächerübergreifendes Denken und Handeln anstreben,
- Lernen durch Lösung von Problemen organisieren,
- exemplarisches Lernen initiieren.

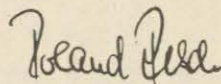
Die Verantwortung für die Entwicklung der nun vorliegenden Rahmenpläne lag im Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg. Dort wurden die Arbeiten der Kommissionen organisiert und fachlich begleitet, und es wurde die Einbeziehung vor allem Brandenburger Lehrerinnen und Lehrer sowie von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sichergestellt.

Allen an diesem Prozeß Beteiligten gilt mein Dank.

Niemand kann bestreiten, daß mit den Rahmenplänen hohe Anforderungen an die Lehrerinnen und Lehrer in Brandenburg gestellt sind. Rahmenpläne bieten aber auch die Chance für selbstbewußte pädagogische Arbeit und sind offen für kritische Diskussionen und Fortschreibungen.

Ich möchte Sie ausdrücklich ermuntern, den vorliegenden Plan in diesem Sinne zu nutzen und wünsche Ihnen dafür Kraft, Mut und Phantasie.

Der Minister
für Bildung, Jugend und Sport



Roland Resch

Aus dem Ersten Schulreformgesetz für das Land Brandenburg¹

§ 1 Recht auf Bildung

- (1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf schulische Bildung. Dieses Recht wird nach Maßgabe dieses Gesetzes durch das öffentliche Schulwesen gewährleistet.
- (2) Die Fähigkeiten und Neigungen des Kindes sowie der Wille der Eltern bestimmen seinen Bildungsgang. Der Zugang zu den schulischen Bildungsgängen steht jeder Schülerin und jedem Schüler nach Leistung und Bildungsbereitschaft unabhängig von der Herkunft sowie der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung der Eltern offen.

§ 2 Allgemeine Bildungs- und Erziehungsziele

- (1) Die Schule unterrichtet und erzieht junge Menschen. Sie verwirklicht die in der Landesverfassung verankerten allgemeinen Bildungs- und Erziehungsziele. Dazu gehört insbesondere die Erziehung zur Bereitschaft zum sozialen Handeln, zur Anerkennung der Grundsätze der Menschlichkeit, der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zum friedlichen Zusammenleben der Völker und zur Verantwortung für die Erhaltung und den Schutz der natürlichen Umwelt sowie zu der Fähigkeit und Bereitschaft, für sich allein und gemeinsam mit anderen Leistung zu erbringen.
- (2) Die Schule achtet das Erziehungsrecht der Eltern. Sie wahrt Offenheit und Toleranz gegenüber den unterschiedlichen religiösen, weltanschaulichen und politischen Überzeugungen und Wertvorstellungen. Sie gewährt die gleichberechtigte Bildung und Erziehung hinsichtlich der Geschlechter und der kulturellen Herkunft. Sie vermeidet, was die Empfindungen Andersdenkender verletzen könnte. Keine Schülerin und kein Schüler darf einseitig beeinflusst werden.

¹ Erstes Schulreformgesetz für das Land Brandenburg in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1992 (GVBl. IS. 258)

**Verwaltungsvorschriften
über Rahmenpläne für Primarstufe, Sekundarstufe I und Gymnasiale Oberstufe
im Land Brandenburg
(VV RP PS/Sek. I/GOST)**

Vom 11. Juni 1993

Auf Grund der §§ 22 und 75 Abs. 4 des Ersten Schulreformgesetzes für das Land Brandenburg in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1992 (GVBl. S. 258) bestimmt der Minister für Bildung, Jugend und Sport:

1 - Rahmenplan

(1) Für den Unterricht in der Primarstufe, in der Sekundarstufe I und in der Gymnasialen Oberstufe gelten die in der Anlage aufgeführten Rahmenpläne.

(2) Den in Betracht kommenden Schulen werden die Rahmenpläne in der jeweils erforderlichen Anzahl für die Erstausrüstung und den staatlichen Schulämtern fünf Exemplare pro Rahmenplantitel kostenfrei zugesandt.

2 - Aufbewahrung

Die Rahmenpläne sind in den Bestand der Schulbibliotheken aufzunehmen und dort zur Einsicht bzw. Ausleihe verfügbar zu halten.

3 - Überleitungsbestimmung

(1) Die in der Anlage aufgeführten Rahmenpläne treten am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

(2) Rahmenpläne für die 12. Klassenstufe, die nach dem 1. September 1993 veröffentlicht werden, treten am ersten Tag des auf die Veröffentlichung folgenden Schuljahres in Kraft.

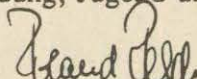
(3) Mit der jeweiligen Inkraftsetzung eines Rahmenplanes treten entgegenstehende Rahmenpläne bzw. vergleichbare Dokumente außer Kraft. Die in der Anlage genannten Rahmenpläne bleiben so lange in Kraft, bis sie durch andere Rahmenpläne des Landes Brandenburg per Verwaltungsvorschriften abgelöst und außer Kraft gesetzt werden.

4 - Inkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschriften treten am 01.08.1993 in Kraft.

Potsdam, den 11. Juni 1993

Der Minister
für Bildung, Jugend und Sport


Roland Resch

Der vorliegende Rahmenplan wurde durch die im Amtsblatt des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport bekanntgemachten und vorstehend ohne Anlage abgedruckten Verwaltungsvorschriften in Kraft gesetzt. Vor Verwendung ist zu prüfen, ob seit dem Inkraftsetzungsdatum entgegenstehende oder ergänzende Verwaltungsvorschriften veröffentlicht wurden.

1. Allgemeine Ansprüche an die Unterrichtsgestaltung

Diese Leitideen verstehen sich als fächer- und stufenübergreifende didaktische Überlegungen und sollten deshalb in allen Lernbereichen, Unterrichtsfächern und Schulstufen Anwendung finden. Mit der Vorstellung der Leitideen soll die Diskussion an den Schulen zur Planung und Durchführung eines demokratischen Unterrichts angeregt und unterstützt werden.

Insbesondere sollen den Lehrerinnen und Lehrern und anderen an Schule Beteiligten Ideen, Vorstellungen und Begründungszusammenhänge für einen schülerorientierten und schülerzentrierten Unterricht aufgezeigt werden.

Darüber hinaus sollen sie den Lehrerinnen und Lehrern ein Instrumentarium sein, um die durch die Rahmenpläne gegebenen Freiräume pädagogisch sinnvoll auszugestalten, nach und nach immer souveräner mit den Rahmenplänen umzugehen und auf ihrer Grundlage eigene, schulinterne Planungen zu entwickeln.

Aus der Komplexität des Unterrichtsprozesses ergibt sich, daß die den Lehrerinnen und Lehrern im wesentlichen bekannten Ansprüche an die Unterrichtsgestaltung nicht additiv zu verstehen sind, da sie sich überschneiden und zum Teil einander bedingen. Sie beleuchten die Grundqualität des demokratischen Unterrichts, in dem eine freudvolle Lern- und Arbeitsatmosphäre herrscht, in dem die Selbständigkeit der Mädchen und Jungen gefordert und gefördert und intensiv gelernt wird, aus verschiedenen Perspektiven. Im konkreten Unterrichtsgeschehen wirken die hier ausgewiesenen Leitideen zusammen.

Für eine gesonderte Hervorhebung der im folgenden näher ausgeführten Leitideen spricht, daß man sie bei der Planung, Durchführung und Analyse des Unterrichts auch einzeln abfragen und der Weiterentwicklung des eigenen Könnens zugrunde legen kann, man also seine Unterrichtstätigkeit nach und nach fach- und stufenbezogen in Richtung dieser Leitideen weiter vervollkommen kann. Auch dazu wollen die "Ansprüche an die Unterrichtsgestaltung" anregen, insofern können und sollen sie als Empfehlungen für die Planung, Durchführung und Analyse des konkreten Unterrichts verstanden werden.

Schülerorientierung

Ein schülerorientierter Unterricht berücksichtigt die Lernvoraussetzungen und Lernweisen der Schülerinnen und der Schüler. Durch begründete Modifikation der Inhalte, bei der Ausarbeitung von mittel- oder längerfristigen Arbeitsplänen und in der gemeinsamen Bewertung von Unterrichtsergebnissen geht er insbesondere auf die Interessen und Bedürfnisse der Mädchen und Jungen ein. Auf diese Weise kann die Motivation aufgebaut und gestützt werden.

Schülerorientierung bedeutet aber nicht, den Schülerinnen und Schülern den Unterricht selbst zu überlassen oder allein ihren aktuellen Wünschen zu entsprechen. Fragen, Probleme, Interessen und Erfahrungen der Lernenden sollten, wo immer möglich, Ausgangspunkt, nicht aber ausschließlicher Inhalt des Unterrichts sein.

Schülerorientierter Unterricht muß über den Status quo hinausführen, neue Sichtweisen eröffnen, Verengungen auflockern und einen erweiterten Informationserwerb unterstützen.

Schülerorientierung heißt vor allem auch, die Schülerinnen und Schüler sinnvoll in die Planung und Gestaltung von Unterrichtseinheiten einzubeziehen. Lehrerinnen und Lehrer müssen deshalb lernen, sich stärker zurückzuhalten, stattdessen behutsamer und indirekt lenkend einzugreifen. Schülerorientierter Unterricht zeichnet sich durch seinen Realitäts- und Praxisbezug aus und bietet die Gewähr dafür, daß Lernprozesse anschaulich bleiben.

Handlungsorientierung

Kinder und Jugendliche wollen die Welt verstehen und aktiv an ihr teilhaben. Die Entwicklung des Denkens ist an Handlungen und direkte Erfahrungen gebunden.

Sinnvolle Handlungsforderungen setzen einen schülerorientierten Unterricht voraus und beziehen sich im Kern auf das praktische und geistige Tätigwerden der Schülerinnen und Schüler. Natürlich sind auch Zuhören, Mitdenken und Mitschreiben solche Tätigkeiten. Sie sind aber eher auf rezeptives und reproduktives kognitives Lernen konzentriert. Handlungsorientierung will diese Einseitigkeit durch größere Vielfalt der Schülertätigkeiten überwinden. Dort, wo es vom Lerngegenstand her sinnvoll und von den Bedingungen her möglich ist, sollten verstärkt auch solche Tätigkeiten ins Auge gefaßt werden, die eigenes Beobachten, Vergleichen, Erkunden, Entwerfen, Versuchen, Experimentieren, Dokumentieren, selbständiges Darstellen, aber auch Bedenken, Verändern und Herstellen verlangen bzw. ermöglichen. Tätigkeiten, die die Kreativität der Mädchen und Jungen fördern und über den Kopf hinaus auch Herz und Sinne ansprechen. Das können z.B. Erkundungen im Rahmen eines Ökologieprojektes ebenso sein wie die Befragung älterer Menschen im Zeitgeschichtsunterricht. Handlungsorientierter Unterricht zielt darauf ab, daß die Schülerinnen und Schüler den Sitzplatz, die Klasse, die Schule verlassen können, um Informationen und Erfahrungen zu sammeln, Erkenntnisse zu gewinnen. Ein Unterricht, der allein auf der Ebene des kognitiven Lernens stehen bleibt, geht an den Schülerinnen und Schülern vorbei.

Problemorientierung

Diese didaktische Leitidee hat eine inhaltliche und eine methodische Dimension, betrifft sowohl Entscheidungen über Unterrichtsinhalte als auch die Art und Weise der Unterrichtsgestaltung.

Die inhaltliche Dimension bezieht sich auf die exemplarische Auswahl von Lerninhalten, die Anlage und Struktur von Lerneinheiten, den Grad der Thematisierung relevanter Probleme im Unterricht sowie die Problematisierung von Sachverhalten aus didaktischen Gründen, um zu motivieren, Erkenntnisinteresse zu wecken und die Schülerinnen und Schüler zum aktiven, konstruktiven Lernen anzuregen. Sie beinhaltet den Anspruch, den Lernenden Problemhorizonte zu erschließen, insbesondere auch für die großen, strukturellen, ungelösten Probleme der Gesellschaft, die Schlüsselprobleme unserer Zeit.

Zu diesen Schlüsselproblemen zählen:

- Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen
- Friedensstiftung und Friedenserhaltung als individuelle und globale Aufgabe
- Gewährleistung und Wahrung der Menschenrechte

- Ausgleich von Benachteiligungen von Menschen, Gesellschaften und Völkern
- Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Individuen und Völker und des Strebens von Individuen und Völkern nach kultureller Identität
- Verwirklichung von Humanität in der Berufs- und Arbeitswelt
- Gewährung des Rechts auf soziale, wirtschaftliche und politische Partizipation
- Schaffen und Erhalten von Bedingungen für Kommunikation und Leben in multikulturellen Gesellschaften.

Es geht nicht darum, möglichst viele (oder gar alle hier genannten) Schlüsselprobleme im Unterricht zu behandeln, sondern exemplarisch einige wenige so zum Bezugspunkt des Unterrichts zu machen, daß unter Nutzung des Gelernten Lösungswege diskutiert werden können.

Die Analyse der Probleme sollte im Unterricht so aufbereitet werden, daß u.a. auch jene Fragen der Schülerinnen und Schüler berührt werden, die sie im Hinblick auf derzeitige und zukünftige Lebenssituationen haben, unabhängig davon, ob zum jeweiligen Zeitpunkt oder überhaupt Antworten oder Lösungsansätze gegeben werden können.

Problemorientierung beinhaltet generell den Anspruch, Schülerinnen und Schüler dazu anzuregen, Wissen und Fakten zu hinterfragen, Neues, bisher Unbekanntes selbst zu entdecken und zu erkunden, sich Zusammenhänge aus eigener Anstrengung zu erschließen, Lösungsideen zu suchen und auszuprobieren, Widersprüche selbst zu erkennen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Damit solche Effekte bei den Schülerinnen und Schülern ausgelöst werden, sie also Kenntnisse, Einsichten und Handlungskompetenzen in einem hohen Maße durch selbständiges, individuelles oder kooperatives Problemerkennen und Problemlösen erwerben, ist eine gutdurchdachte Unterrichtsgestaltung notwendig. Eine motivierte Lernhaltung stellt sich bei der Mehrzahl der Schülerinnen und Schüler nicht im Selbstlauf ein. Sie muß herausgefordert und im Unterricht ermöglicht werden. "Traditioneller", stoffvermittelnder, auf Rezeption und Reproduktion orientierter Unterricht steht dem eher entgegen.

Die methodische Dimension des Grundsatzes der Problemorientierung bezieht sich auf die Art und Weise der Unterrichtsgestaltung und erfordert einen sowohl gut durchdachten schülerorientierten als auch einen gut organisierten handlungsorientierten Unterricht. Ausgangspunkte sind relevante Problemstellungen aus Natur, Kultur und Gesellschaft, die Anlaß zu Fragen, zu Unsicherheit und Zweifel, zur Analyse und zur Stellungnahme geben. Das kann ein naturwissenschaftliches Experiment, das Handeln literarischer Figuren oder eine Statistik über das Waldsterben ebenso sein wie die Mietpreiserhöhung in der Region, die Bürgerbewegung für den Bau einer Umgehungsstraße oder das Dopingproblem im Leistungssport. Die Chance des problemorientierten Unterrichts liegt in den erwünschten kontroversen Stellungnahmen der Schülerinnen und Schüler. Dies setzt jedoch voraus, daß Schülerinnen und Schüler tatsächlich innerlich berührt sind, der Widerspruch sie wirklich bewegt.

Die Aufgaben der Lehrerinnen und Lehrer bestehen im wesentlichen darin, Widersprüche zuzuspitzen, sich mit eigenen Wertungen zurückzuhalten, Hilfen beim Formulieren von Fragen und Voten und in der Bereitstellung von Literatur und Material zu geben und fachwissenschaftlich orientierte Problemanalysen und Argumentationsmethoden altersgerecht und situationsangemessen aufzubereiten.

Problemorientierung sollte also nicht vornehmlich als das Abarbeiten von Problemlösungsschritten verstanden werden.

Ganzheitlichkeit

Auf Ganzheit, auf den ganzen Menschen und auf eine ganzheitliche Sichtweise des Lernens haben schon viele pädagogische Theorien aufmerksam gemacht.

Was kann heute ganzheitlich sein? Das bedeutet zunächst einmal, die Verengung des Bildungsbegriffs auf das Intellektuelle, Rationale zu überwinden. Auch das, was gefühlt wird, was sinnlich oder seelisch wahrgenommen wird, ist für Lernprozesse bedeutsam. Wahrnehmungen und Gefühle sollten vom Lernen nicht abgetrennt werden. Der Umgang mit den Unterrichtsthemen soll für die Schülerinnen und Schüler Erlebnisqualität besitzen.

Ganzheitliches Lernen verträgt sich nicht mit stundenlangem Sitzen, mit ausschließlich kognitiven Arbeitsschritten wie Durchlesen, Berichten, Argumentieren. Ganzheitlichkeit ist heute vor allem ein Anspruch an die gemeinsame Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern und Schülerinnen und Schülern, um das Lernen so interessant, schüler- und handlungsorientiert zu gestalten, daß sich jeder als Mensch "ganz", nicht nur mit seinen Kenntnissen, zur Geltung bringen kann. Dies ist die Voraussetzung dafür, sich die Welt aus verschiedenen Perspektiven zu erschließen, sich mit kontroversen Einschätzungen auseinanderzusetzen und sich darüber mit anderen zu verständigen und Toleranz zu üben. Ganzheitliches Lernen geht über die künstliche Aufteilung des fachbezogenen Lernens hinaus. Phänomene und Sachverhalte aus der Lebenswelt werden stattdessen in ihrer Verknüpftheit und ihren wechselseitigen Bezügen behandelt (z.B. Verbindung von Natur, Technik und Gesellschaft).

Außerdem können Lerninhalte aus unterschiedlichen Perspektiven bearbeitet werden, wie z.B. durch literarische, künstlerische oder phantasiebezogene Zugangsweisen. Fachliche und fachwissenschaftliche Erkenntnisse und Methoden haben dann eine dienende Funktion. Sie werden gebraucht, um die Fragen und Probleme der Schülerinnen und Schüler beantworten und lösen zu können, die sich ihnen beim Verstehenwollen der Welt stellen. Sie gewähren die sachliche Richtigkeit des Erkennens.

Exemplarität

Allgemeinbildender Unterricht ist ein Weg, auf dem u.a. die Kulturleistungen der Gesellschaft an nachfolgende Generationen weitergegeben werden.

Die Gesamtheit des kulturellen Wissens hat im Laufe der Jahrhunderte einen solchen Umfang erreicht, daß im Unterricht schon längst nicht mehr Vollständigkeit bei der Behandlung aller möglichen Problembereiche angestrebt werden kann. Umfangreiche Listen von Stoffangaben im naturwissenschaftlichen Unterricht oder ein beachtlicher Literaturkanon können fälschlich einen solchen Eindruck erwecken.

Ein Vergleich der Unterrichtsfächer mit den korrespondierenden Fachwissenschaften bzw. Kulturbereichen zeigt unmißverständlich: In jeder Einzelwissenschaft werden weit mehr Fragen bearbeitet, als jemals in einem Unterrichtsfach untergebracht werden können. Es gibt

mehr Bilder, mehr Gedichte, mehr historische Ereignisse, mehr soziale Probleme, als im Verlaufe der Schuljahre behandelt werden können. Wer unterrichtet, muß daher stets auswählen.

Exemplarisches Lernen heißt nicht nur schlechthin Auswählen, sondern Setzen von Schwerpunkten unter problem- und schülerbezogenen Aspekten, heißt Auswahl solcher Inhalte, die exemplarisch für die großen Sachzusammenhänge und Anliegen des Faches sind und den Interessen, Vorkenntnissen und Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler gerecht werden.

Exemplarisches Lernen ist also eine sehr bewußte Absage an das Streben nach Vollständigkeit. Ein hoher Stellenwert wird jedoch dem Reflektieren der eigenen Lernfähigkeit beigemessen. Dafür muß ausreichend Zeit vorgesehen werden. Solche Reflexionen sind unerläßliche Voraussetzungen für die Entwicklung von Flexibilität und Übertragbarkeit von Handlungserfahrungen. Schülerinnen und Schüler sollten immer besser in die Lage versetzt werden, Gelerntes in neuen Zusammenhängen anzuwenden.

Und wo bleibt die Systematik? Zunächst im Kopf des Lehrers. Denn: Schülerinnen und Schüler nehmen die Welt nicht wissenschaftssystematisch wahr. Eine systematische Ordnung fachlicher Inhalte wird für die Schülerinnen und Schüler in der Regel erst nach und nach entstehen. Sie ist jedoch notwendig, um Zusammenhänge zu verstehen, Strukturen zu erfassen, Neues einordnen zu können. Exemplarisches Lehren und Lernen schließt deshalb auch Überblicke und Zusammenfassungen ein. Selbst Übungen und Wiederholungen sind wichtige Bestandteile exemplarischen Unterrichts. Sie sind oft Voraussetzungen oder Abschluß einer exemplarischen Unterrichtseinheit.

Wissenschaftsbezug

Die pauschale Forderung, Unterricht solle auf Wissenschaft bezogen sein, kann recht Verschiedenes meinen. Zunächst geht der Begriff vom Wissenschaftsbezug auf die Kritik der sogenannten "volkstümlichen Bildung" zurück. Demokratische Gesellschaften dürfen nicht in volkstümlich gebildete Laien und wissenschaftlich gebildete Experten auseinanderfallen. Wissenschaftsorientierte Bildung für alle ist ein wesentlicher Wert der demokratischen Schule.

Wissenschaftsbezug meint deshalb, die exemplarische Auswahl der Inhalte und vor allem die Art und Weise der Auseinandersetzung mit ihnen im Unterricht an Methoden und Erklärungsmustern der Wissenschaft zu orientieren. Die Schrittfolge des Lehrens und Lernens richtet sich nach den Bedürfnis- und Interessenlagen der Schülerinnen und Schüler und wird deswegen von einer innerfachlichen Logik abweichen müssen. Wissenschaftsbezug und Exemplarität bedingen also einander, Exemplarität macht Wissenschaftsbezug erst möglich.

Offenheit

Öffnung von Schule und Unterricht ist eine Herausforderung für alle Schularten und -stufen. Offenheit bedeutet dabei, das unterrichtliche Lehren und Lernen für die Erfahrungen, Erlebnisse, Erkenntnisse und Wahrnehmungen der am Unterricht Beteiligten zu öffnen. Die Kluft

zwischen wissenschaftsorientiertem "Lernstoff" und dem die Schule umgebenden Alltag kann so überwunden werden. Mehr noch: Schule und Unterricht können selbst zu einem Lebensort werden, aus dem Problemstellungen erwachsen, die zum Unterrichtsthema werden.

Offenheit des Unterrichts bedeutet Verbindung vielfältiger Arbeits- und Sozialformen, das Ineinandergreifen von inhaltlich akzentuiertem und sozialem Lernen, die Berücksichtigung individueller Interessen, Übungsnotwendigkeiten und unterschiedlicher Lerntempi, den Wechsel von Einzel-, Partner- und Plenumsarbeit, von diversen Formen der Tätigkeit, von gelenkter Arbeit, gegebenenfalls Freiarbeit und Arbeit nach gemeinsam vereinbarten Wochenplänen. Offenheit von Unterricht schließt Variabilität im Hinblick auf die Lernorte ein.

Öffnung des Unterrichts bezieht sich auch auf verschiedene Bezugspersonen für das Lernen der Schülerinnen und Schüler. Eltern, Experten aus unterschiedlichen Lebensbereichen, Vertreter von demokratischen Organisationen sollten ebenfalls an schulische Bildungsprozesse beteiligt werden.

Zwischen offenem Unterricht und problemlösendem oder projektorientiertem Unterricht gibt es enge Berührungspunkte. Offener Unterricht zielt ab auf entdeckendes und forschendes Lernen. Entdecken kann jedoch nur derjenige, der von der Hauptstraße abweicht, der suchen kann, ohne daß er direkt, kleinschrittig geführt wird, der eigene Wege zum Ziel ausprobieren darf, über bestimmte Teilziele selbst entscheiden kann.

Lernen geschieht in offenen, teilstrukturierten Situationen. Dabei sollte man z.B. aus der Biologie in die Chemie, aus der Literatur in die Bildende Kunst, aus der Geschichte in die Geographie geraten.

Differenzierung

Der Anspruch, differenziert zu unterrichten, gilt unabhängig vom Fach und von der Schulform. Die Erfahrung hat gezeigt, daß der individuellen Vielfalt des Lernens mit Lehren im Gleichschritt nicht gedient ist. Hier entsteht die Forderung nach Differenzierung. Differenzierung im Unterricht berücksichtigt die Individualität der Schülerinnen und Schüler, insbesondere ihre Unterschiede im Hinblick auf Lernvoraussetzungen, Lernmotivationen, Interessen und Erfahrungen, Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit sowie Umfang und Niveau bereits erworbenen Wissens und Könnens.

Man kann durch Differenzierung gleiche Bildung auf unterschiedlichen Wegen oder Unterschiedliches auf vergleichbaren Wegen erreichen. Beides hat in Bildungsprozessen seine Berechtigung. Es ist erklärtes Ziel der demokratischen Schule in einer stark strukturierten und differenzierten Gesellschaft, gleichwertige schulische Bildung für alle anzustreben.

Beim Differenzieren sollte die Vielfalt geeigneter Methoden und Verfahren berücksichtigt werden. Die einfachsten Formen der Differenzierung sind Mimik, Gestik, persönliches Ansprechen einzelner Schüler, Schaffen von Erfolgserlebnissen, sowohl für die leistungsstärkeren als auch für die leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler, Lob, Anteilnahme am Lernfortschritt oder am Bemühen der oder des einzelnen, kurz: Ausschöpfen der vielen kleinen Möglichkeiten des individuellen Zuschnitts der Unterrichtsgestaltung.

Äußere und innere Formen der Differenzierung können sich sinnvoll ergänzen. Heterogene Arbeitsgruppen gewinnen unter sozialen und ökologischen Aspekten an Bedeutung. Absolute Homogenisierungen von Lerngruppen sind illusionär, weil sich im Lernprozeß ständig neue individuelle Unterschiede ausprägen. Interessen, Neigungen, Leistungsschwerpunkte, aber auch soziale Beziehungen können Kriterien für differenzierte Lernaufträge sein.

Den Lerngruppen können z.B. Aufgaben übertragen werden, die sinnvolle Arbeitsteilungen verlangen. Dabei können unterschiedliche Schwierigkeitsgrade der Aufgabenformulierung auf die Leistungsfähigkeit einer Gruppe bezogen werden. Bei Aufgaben, die von allen Schülerinnen und Schülern einer Gruppe gemeinsam gelöst werden sollen, können leistungsfähigere Schülerinnen und Schüler schwächere unterstützen. In Partner- und Gruppenarbeit entwickeln sie soziales Lernverhalten. Leistungsstärkere sollten durch die Informationen über einen nicht von allen bearbeiteten Aspekt des Sachzusammenhangs zusätzlich gefordert werden. In einem Plenum, wenn alle einzeln oder in Gruppen ihren Beitrag geleistet haben, wird gemeinsam Bilanz gezogen.

Unterricht, der um Differenzierung bemüht ist, wird anspruchsvoller. Er aktiviert Schülerinnen und Schüler und fordert Lehrerinnen und Lehrer. Man muß vieles vorausschauend vorbereiten und bei jeder angenommenen Schrittfolge mit Alternativen rechnen.

Projektorientiertes Arbeiten

Das projektorientierte Arbeiten im Unterricht läßt sich durch vier aufeinanderfolgende Schritte beschreiben:

erstens, die gemeinsame Auswahl einer für den Erwerb von Erfahrungen geeigneten problemhaltigen Sachlage (wichtig dabei ist der Situationsbezug, die Orientierung an den Interessen der Schüler, gesellschaftliche Praxisrelevanz);

zweitens, die gemeinsame Entwicklung eines Plans zur Problemlösung (wichtig sind dabei vor allem die zielgerichtete, gemeinsame Projektplanung bei weitgehendem Anspruch an Selbstorganisation und Selbstverantwortung der Schülerinnen und Schüler);

drittens, eine handlungsorientierte Auseinandersetzung mit dem Problem und gemeinsames Arbeiten an einem Projekt (unter Gewährung eines breiten Raumes für soziales und interdisziplinäres Lernen);

viertens, die Überprüfung des Ergebnisses an der Wirklichkeit und Vorstellung des Produkts (entscheidend ist eine konsequente Produktorientierung und die Herausforderung von Selbstverantwortung).

Das Ergebnis von Projektarbeit sollte ein ansprechend aufbereitetes Produkt sein, das die Arbeit der Gruppe repräsentiert.

Projektorientiertes Arbeiten will Einsicht in die Komplexität von Lebenswirklichkeit und erfahrungsbezogenes, handlungsorientiertes Lernen bewirken. Bedürfnisse, Interessen und Probleme von Schülerinnen und Schülern werden explizit aufgegriffen. Zunehmend selbst-

ständig und eigenverantwortlich, gemeinsam mit anderen, wird unterrichtliche Arbeit so geplant und durchgeführt, daß die Beteiligten ihre individuellen Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten sinnvoll einbringen können. Durch die intensive Diskussion sowie die praktische Erprobung unterschiedlicher Problemlösungen erfahren Schülerinnen und Schüler, daß Probleme aus verschiedenen Perspektiven betrachtet und auf verschiedene Weise gelöst werden können. Projektorientiertes Arbeiten fordert somit auch kreatives Denken und Gestalten der Schülerinnen und Schülern heraus.

Fächerübergreifendes Arbeiten

Dieser Anspruch an die Unterrichtsgestaltung ist bereits in mehreren der oben dargestellten Leitideen angesprochen worden. Öffnung von Unterricht, Problemorientierung, Ganzheitlichkeit und projektorientiertes Arbeiten stellen Möglichkeiten zur Realisierung fächerübergreifender Betrachtungsweisen im natur-, gesellschafts- und geisteswissenschaftlichen Unterricht dar. Die Relevanz fachlicher Qualifikationen für die Lösung existentieller Probleme sollte wesentliches Kriterium der fachspezifischen Schwerpunktsetzung im Unterricht sein. Exemplarisch könnten dabei aus unterschiedlichen Fächern spezifische Ansätze und wissenschaftliche Arbeitsmethoden eingebracht werden.

2. Die Aufgaben der Gymnasialen Oberstufe

Strukturmerkmale der Gymnasialen Oberstufe

Die Gymnasiale Oberstufe im Land Brandenburg wird als einheitlicher Bildungsgang an Gesamtschulen, Gymnasien und Oberstufenzentren gestaltet. In Brandenburg wird die Gymnasiale Oberstufe ohne berufsorientierten Schwerpunkt sowie mit berufsorientiertem Schwerpunkt in den Berufsfeldern Wirtschaft, Technik und Sozialwesen angeboten. Verbindliche Grundlage ist die "Ausbildungsordnung der Gymnasialen Oberstufe im Land Brandenburg (AO-GOST)".

Im Kurssystem der Gymnasialen Oberstufe ist den Schülerinnen und Schülern die Freiheit eingeräumt, im Rahmen von Pflichtbindungen individuelle Lernschwerpunkte zu setzen.

Die Unterrichtsfächer sind zu Aufgabenfeldern gebündelt, die das Fächerangebot strukturieren. Die Aufgabenfelder sind:

- das sprachlich-literarisch-künstlerische Aufgabenfeld,
- das gesellschaftswissenschaftliche Aufgabenfeld,
- das mathematisch-naturwissenschaftlich-technische Aufgabenfeld.

Die Regelungen der Ausbildungsordnung besagen, daß jedes der drei Aufgabenfelder in allen Schullaufbahnen bis zum Abschluß der Gymnasialen Oberstufe einschließlich der Abiturprüfung repräsentiert sein muß. Damit ist der allgemeine Rahmen zur Sicherung von Breite und Einheitlichkeit der individuellen Bildungsgänge abgesteckt und eine allgemeine Grundbildung gesichert. Durch Grund- und Leistungskurse wird das Lernangebot dem Niveau nach strukturiert.

Der Unterrichts- und Erziehungsauftrag

Auch für die Gymnasiale Oberstufe gilt grundsätzlich der Bildungsauftrag von Schule, junge Menschen zu unterrichten und zu erziehen. In der Auseinandersetzung mit exemplarisch ausgewählten Themen und Gegenständen der einzelnen Fächer lernen Schülerinnen und Schüler, bestimmte Sachverhalte, Fragestellungen, Lösungsmöglichkeiten und Erkenntnisse zu erfassen, darzustellen, zu deuten, zu bewerten und anzuwenden. In der Auseinandersetzung mit Fragen der eigenen Person und der sozialen Umwelt, mit Fragen von gegenwärtiger und zukünftiger existentieller Bedeutung, lernen Schülerinnen und Schüler ihre eigene Identität zu entfalten und sozial verantwortlich zu handeln.

In der schulischen Arbeit sind die Unterrichts- und Erziehungsaufgaben untrennbar miteinander verbunden. Sie beeinflussen sich wechselseitig und haben in Wissen, Können und Verhalten der Schülerinnen und Schüler ihre gemeinsamen Bezugspunkte.

Gleichwohl läßt sich die schulische Arbeit in der Gymnasialen Oberstufe durch die doppelte Aufgabe akzentuieren,

- den Schülerinnen und Schülern eine wissenschaftsbezogene Grundbildung zu vermitteln

und

- Schülerinnen und Schüler zur selbständigen und verantwortlichen Lebensgestaltung zu befähigen.

In dieser Zielrichtung realisiert sich die allgemeine Studierfähigkeit. Mit ihr erwerben die Schülerinnen und Schüler Kenntnisse und Fähigkeiten, die sie auch in beruflichen Bereichen anwenden oder in diese Bereiche übertragen können.

Wissenschaftsbezogene Grundbildung

Mit zunehmendem Alter sind junge Menschen in der Lage, komplexe Problemzusammenhänge und Fragestellungen aufzunehmen und durch wissenschaftliche, ästhetisch-praktische bzw. technische Verfahrens- und Erkenntnisweisen zu erschließen. Aus diesem Grund ist eine zentrale Aufgabe der Unterrichtsarbeit in der Gymnasialen Oberstufe die Vermittlung einer wissenschaftsbezogenen Grundbildung, die sich an den Methoden und Erklärungsmustern der Wissenschaften orientiert.

Schülerinnen und Schüler lernen, planvoll und zielgerichtet zu arbeiten, die Methoden und Techniken der Informationsbeschaffung gegenstandsangemessen anzuwenden und auf der Grundlage sicherer Kenntnisse Problemzusammenhänge zu reflektieren und zu beurteilen.

In Verfahren des forschend-entdeckenden Lernens gewinnen die Schülerinnen und Schüler Einsicht in grundlegende und fachspezifische Verfahren und Methoden und wenden sie auf Problemsituationen und Fragestellungen selbständig an. Dabei ist zu berücksichtigen, daß unter dem Gesichtspunkt der wissenschaftsbezogenen Ausbildung das breite Spektrum möglicher Lernwege erhalten bleibt.

Neben der Kenntnis wesentlicher Strukturen und Methoden von Wissenschaften und ihrer Anwendung lernen die Schülerinnen und Schüler, die Grenzen wissenschaftlicher Aussagen und die Gefährdungen der Spezialisierung in den modernen Wissenschaften und in der Technik zu erkennen und kritisch zu beurteilen.

Selbständige und verantwortliche Lebensgestaltung

Neben der Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten im Unterricht befähigt Schule junge Menschen, ihr Leben in bezug zur menschlichen Gemeinschaft und zur Natur selbständig und verantwortlich zu gestalten. Dabei werden sie mit Problemen konfrontiert, die ihre eigenen sowie die Lebenschancen gegenwärtig lebender und zukünftiger Generationen beeinflussen.

Vor dem Hintergrund konkurrierender Modelle individueller Lebensentwürfe und Sinndeutungen, der globalen Bedrohung der Lebensgrundlagen sowie eingeschränkter Lebenschancen für einen Großteil der Menschheit ist es notwendig, junge Menschen in der Schule zur Selbstbestimmung über ihre individuelle Lebensgestaltung, zur Mitverantwortung für die Gestaltung der kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse und zum Einsatz für diejenigen zu erziehen, denen aufgrund gesellschaftlicher Selbst- und Mitbestimmungsmöglichkeiten vorenthalten werden.

Die Erziehung zu einer bewußten Lebensgestaltung verlangt ferner von jungen Menschen die

Aneignung von Einstellungen und Fähigkeiten,

- eigene Interessen und die Interessen anderer sachbezogen zu vertreten,
- nach der Überzeugungskraft und den Grenzen eigener und fremder Begründungen eines Standpunktes zu fragen,
- eigene Positionen und eigene Kritik in das Gespräch mit anderen zur kritischen Prüfung einzubringen,
- eine Situation, ein Problem, eine Handlung aus der Lage des jeweils anderen, von der Sache Betroffenen, zu sehen.

Unterrichtsorganisatorische und didaktische Voraussetzungen

Die Verwirklichung des Unterrichts- und Erziehungsauftrages setzt unterrichtsorganisatorische und didaktische Regelungen voraus, die der Gymnasialen Oberstufe ihr spezifisches Profil geben.

- * Voraussetzungen für die Verwirklichung der oben dargestellten Unterrichts- und Erziehungsziele liegen zunächst in der Organisationsstruktur der Gymnasialen Oberstufe. Deren Merkmale sind insbesondere
 - die prinzipielle Gleichwertigkeit aller Unterrichtsfächer, die darin begründet ist, daß sie Gleiches oder Ähnliches sowohl zur wissenschaftspropädeutischen Ausbildung der Schülerinnen und Schüler als auch zu deren Selbstverwirklichung in sozialer Verantwortung beitragen können;
 - die - außer für das Fach Sport geltende - Bündelungen des Fächerangebotes in drei Aufgabenfelder;
 - die Gliederung des Unterrichtsangebotes in Grund- und Leistungskurse, die die Vermittlung grundlegender bzw. speziellerer wissenschaftlicher Verfahrens- und Erkenntnisweisen erlauben;
 - die Festlegung von Pflicht- und Wahlbereichen, die eine differenzierte und vielschichtige Realisierungen der inhaltlichen Rahmenanforderungen einer wissenschaftspropädeutischen Ausbildung ermöglichen.
- * Voraussetzungen für die Verwirklichung der Unterrichts- und Erziehungsziele liegen ferner in der spezifischen Gestaltung der sozialen Beziehungen in der Gymnasialen Oberstufe. Dazu gehören insbesondere
 - ihre Ausgestaltung als eine Stufe des Übergangs aus dem sozialen Lernfeld der Schule in die komplexen Sozialordnungen der Hochschule und der Berufswelt ebenso wie des Übergangs aus dem Sozialstatus des Jugendlichen in den des Erwachsenen;
 - die Ermöglichung sozialen Lernens sowohl unter dem Prinzip der Kontinuität (von Fächern, Kursen, Lehrern) als auch dem der Mobilität (bezogen z.B. auf Fach- und Kurswahlen und die sich aus ihnen ergebende unterschiedliche Zusammensetzung der

Lerngruppen);

- die Sicherung und Förderung von Mitwirkungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler innerhalb und außerhalb des Unterrichts;
 - die Information, Beratung und pädagogische Begleitung der Schülerinnen und Schüler.
- * Voraussetzungen für die Verwirklichung der Unterrichts- und Erziehungsziele liegen schließlich in vielfältigen didaktischen Klärungs- und Abstimmungsprozessen auf der Basis der Erkenntnisse einschlägiger Fachdisziplinen (vor allem der Fachwissenschaft/Fachdidaktik und der Erziehungswissenschaft). Die dazu erforderlichen Konsensfindungen bzw. Entscheidungen betreffen vor allem die Entfaltung des oben aufgeführten Bildungsauftrages in den einzelnen Fächern der Gymnasialen Oberstufe.

3. Aufgaben und Ziele des Faches Politische Bildung

3.1 Ausgangssituation im Jahre 1992 und Konsequenzen für das Fach Politische Bildung

Im zweiten Jahr der deutschen Einheit haben sich Träume, Hoffnungen und Forderungen des Herbstes 1989 in Ansätzen verwirklicht. Die Chance, eine humane politische Ordnung zu schaffen, die durch Menschenwürde, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und parlamentarische Demokratie gekennzeichnet ist, wird im Land Brandenburg wahrgenommen. Darüber hinaus wird gegenwärtig neues politisches Denken und Handeln auf Grund einer Reihe von nationalen und internationalen Entwicklungen vom einzelnen und von der Gesellschaft gefordert.

Zu den genannten Entwicklungen gehören u.a.:

- die aktuelle politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation, die durch Verwerfungen, Umbrüche und Neuerungen gekennzeichnet ist; politische Strukturen, die sich aufgelöst haben; Wirtschaftssysteme, die zerfallen; gesellschaftliche Zusammenhänge und Orientierungen, die nicht mehr tragfähig sind;
- der Einigungsprozeß in Deutschland und Europa, die Nationalitätenkonflikte, die Unabhängigkeitsbestrebungen in allen Teilen der Welt, der Zerfall der Sowjetunion und die Bildung der GUS und die damit entstehenden ökonomischen und politischen Probleme, der sich immer stärker entwickelnde Nord-Süd-Konflikt;
- Prozesse globaler Art, die dazu herausfordern, die Welt als ein System zu begreifen, in dem alle politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Aspekte miteinander vernetzt sind.

Die beschleunigte staatliche Vereinigung Deutschlands hatte für die demokratische Entwicklung der Gesellschaft in den neuen Bundesländern Folgen, die die politische Bildung herausfordern.

- * Durch die Dominanz administrativen staatlichen Handelns trat ein Verlust an demokratischer Beteiligung von unten zutage, der zum erneuten Mißtrauen der Bürger in politische Institutionen führte.
- * Die Herausbildung individueller und gesellschaftlicher Wertvorstellungen für ein aktives demokratisches Mitgestalten von Politik und gesellschaftlichem Leben war in der Kürze der Zeit nicht möglich.
- * Politisches Selbstbewußtsein setzt in den neuen Bundesländern die Herstellung einer soliden Infrastruktur gesellschaftlicher Kommunikation (demokratische Streitkultur) voraus, deren erste eigene Ansätze durch wirtschaftliche Zwänge oder westliche Überformung gefährdet sind.

Daraus resultieren innergesellschaftliche Konflikte. Die pluralistische, demokratische Ordnung der Bundesrepublik bietet den Rahmen zur regional differenzierten Beseitigung der-

artiger Probleme an.

Situation der Lehrer und Lehrerinnen:

Das Fach "Politische Bildung" wurde in der Gymnasialen Oberstufe im Schuljahr 1992/1993 im Land Brandenburg neu eingeführt. Dieses Fach unterrichtende Lehrer und Lehrerinnen haben eine bewußte Entscheidung zur Annahme der großen Herausforderung und Chance getroffen und stehen nun vor der Aufgabe, die eigene berufliche und politische Selbstklärung sofort mit der Vermittlung politischer Bildung zu verbinden.

Existierende Informations- und Ausbildungsdefizite, veränderte Sozialbeziehungen in der Schule und die gesamte Veränderung des gesellschaftlichen Umfelds wirken erschwerend. Eine weitere Komplizierung ergibt sich aus der z.T. viele Jahre währenden Tätigkeit der Lehrerinnen und Lehrer in einem Schulsystem, das politisch nicht zur Realisierung demokratischer Bildungsideale fähig war, sondern die politische Stabilität und ideologische Geschlossenheit der Gesellschaft zu gewährleisten und darüber hinaus eine normierte Identität des einzelnen zu bewirken hatte.

Es besteht die folgende Lage:

- Alle dieses Fach unterrichtenden Lehrerinnen und Lehrer sind vorerst fachfremd eingesetzt und unterrichten auf der Basis einer vorläufigen Unterrichtserlaubnis.
- Ein Teil der Lehrerinnen und Lehrer durchläuft ein dreijähriges postgraduales Studium im Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg, das mit dem Staatsexamen abschließt.
- Ein anderer Teil hat einen zweijährigen Studiengang an der Freien Universität Berlin belegt.
- Ein weiterer Teil der Lehrerinnen und Lehrer nahm an mehrtägigen Fortbildungsseminaren des Pädagogischen Landesinstituts teil.
- Ein nicht geringer Teil der Lehrerinnen und Lehrer wird dieses Fach in diesem Schuljahr erstmalig unterrichten.

Langfristige Fortbildungen müssen es den Lehrerinnen und Lehrern ermöglichen, den Rahmenplan Politische Bildung durch die Vermittlung fachwissenschaftlicher Inhalte, didaktischer Prinzipien und einer Vielzahl von Methoden zum anleitenden Handlungsrahmen ihres Unterrichts werden zu lassen.

Situation der Schülerinnen und Schüler:

Schülerinnen und Schüler, die 1992 erstmalig die Gymnasiale Oberstufe besuchen, erleben die Veränderungen des Herbstes 1989 im 14. Lebensjahr. Sie haben ihren Bildungsweg frei in Absprache mit ihren Eltern gewählt. Die Schülerinnen und Schüler stehen vor der schwer zu lösenden Aufgabe, ihre eigene Identität zu finden.

Sie sehen auf der einen Seite viele neue Chancen und Möglichkeiten, sie spüren auf der

anderen Seite jedoch auch erhöhten Leistungsdruck und Konkurrenzdenken. Sie beobachten bei ihren Eltern, wie alte Bewußtseinsbestände ihre Wirksamkeit verlieren, ohne daß immer sofort eine Neuorientierung möglich ist. Die Flucht aus diesem Dilemma vollzieht sich vielfach in Richtung Konsumwelt. Hier äußert sich der Nachholbedarf an privater Lebensgestaltung am deutlichsten. Das soll, wo möglich, die Unsicherheit und Orientierungslosigkeit in Wert- und Sinndeutung überdecken helfen.

Ein Teil der Jugendlichen verarbeitet diese Unsicherheit durch Radikalität. Der weitgehend größte Teil der Jugend ist jedoch um möglichst gute Anpassung bemüht. Dabei ist eine Entpolitisierung und ein Mißtrauen gegenüber den Gestaltungsmöglichkeiten von Politik nicht zu übersehen. Wurde in der DDR gedankenlose Übereinstimmung um ihrer selbst willen verlangt, so sehen Jugendliche jetzt, daß ihr Engagement oft ins Leere läuft.

Die für diese Lebensphase notwendige Auseinandersetzung benötigt jedoch Reibungsflächen. Diese bekommt oft nur der radikalste Teil der Jugend zu spüren. Andererseits haben die Schülerinnen und Schüler erste Erfahrungen mit der gesellschaftlichen Erneuerung gemacht. Sie haben Orientierungshilfen bekommen, haben Ansprüche von Freiheit, parlamentarischer Ordnung, Pluralismus und Menschenwürde kennengelernt. Die Jugendlichen mußten aber auch erkennen, daß Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in den neuen Bundesländern noch ausgestaltet werden müssen.

Oft erleben Jugendliche in ihrer Umgebung die begrenzten Entscheidungsmöglichkeiten des Landes Brandenburg und seiner Kommunen. Sie sehen Ideale zerbröckeln. Sie empfinden vielfach, daß Parteien um ihrer selbst willen dazusein scheinen. Sie befürchten, daß nur Autoritäten ausgewechselt wurden.

Ein Demokratieverständnis muß erst nach und nach wachsen. Neben der Mitgestaltung an der Schule ist hier das Fach Politische Bildung besonders gefordert. Sowohl die Entpolitisierung als auch die Radikalisierung sind akute Gefahren am Beginn eines komplizierten Weges.

Konsequenzen für die Politische Bildung

Eine Demokratie kann nur durch die Aktivität ihrer Bürgerinnen und Bürger wachsen. Deshalb kommt im gegenwärtigen Prozeß gesellschaftlicher Erneuerung der Politischen Bildung grundlegende Bedeutung zu. Sie soll das Interesse junger Menschen für Politik fördern und ebenso ihre Fähigkeit und Bereitschaft, am Prozeß der politischen Meinungs- und Willensbildung und der Vertretung und Durchsetzung von Interessen teilzunehmen.

An die Stelle der Erziehung zu vorgegebenen "Wahrheiten" tritt eine Politische Bildung und Erziehung, die zur Toleranz, Achtung vor der menschlichen Individualität, Eigenverantwortlichkeit und Kritikfähigkeit herausfordert und ideologische Indoktrination ausschließt. Das erfordert eine grundlegende Neugestaltung der politischen Bildung und Erziehung in einem neuen Unterrichtsfach, das sich in der Zielsetzung und seinem Inhalts- und Methodenkonzept prinzipiell von politischer Unterweisung unterscheidet. Der vorliegende Rahmenplan für Politische Bildung stellt sich den Erfordernissen eines demokratischen politischen Unterrichts und ist eindeutig dem kritisch-reflexiven Umgang mit politischen Inhalten gewidmet. Die Herausforderung des Faches besteht auch darin, sowohl die Abwendung Jugendlicher von Politik aufzugreifen als auch ihr Engagement bis hin zu den extremen Formen ernst zu

nehmen und zum Gegenstand der Auseinandersetzung zu machen. Politische Bildung orientiert sich an den Prinzipien des demokratischen Rechts- und Sozialstaates und an den allgemeinen Menschenrechten; sie knüpft an Ideen der Aufklärung, der Arbeiterbewegung, der Frauenbewegung und anderer emanzipatorischer Bewegungen an. Politische Bildung soll zum Verständnis der erlebten Wirklichkeit beitragen und aufzeigen, wie diese Wirklichkeit gestaltbar und veränderbar ist.

Die Beschäftigung mit der Entwicklung, den Strukturen und der Hinterlassenschaft der DDR ist eine wesentliche Voraussetzung für das Verständnis aktueller nationaler und internationaler Prozesse. Dabei ist es für die Politische Bildung im Land Brandenburg besonders wichtig, an hiesige Erfahrungen anzuknüpfen, die Formen autoritärer Herrschaft aufzuarbeiten und sich mit den überdauernden Prägungen und Verhaltensweisen auseinanderzusetzen und dabei auch einen Beitrag zur Integration Deutschlands zu leisten. Geschichte gehört zum Gegenstandsfeld der Politischen Bildung. Es gibt keine Neuorientierung in der Demokratie ohne die Entwicklung eines kritischen historischen Bewußtseins.

Politische Bildung soll den Jugendlichen Orientierungshilfe in der komplexen gesellschaftlichen Wirklichkeit sein. Sie orientiert sich in ihrem Ziel und ihren Inhalten an der Persönlichkeit des Menschen und versteht dabei Politik als die ständig neu gestellte Aufgabe, menschliches Zusammenleben in Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit zu gestalten und zu gewährleisten. An diesem Verständnis soll konkrete Politik gemessen werden. Bei der Gestaltung des Unterrichts sind folgende Grundsätze von Bedeutung:

- Überwältigungsverbot:

Es ist nicht erlaubt, die Schülerinnen und Schüler - mit welchen Mitteln auch immer - im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Gewinnung eines selbständigen Urteils zu hindern. Hier genau verläuft die Grenze zwischen politischer Bildung und Indoktrination. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle der Lehrerin bzw. des Lehrers in einer demokratischen Gesellschaft und der Zielvorstellung von der Mündigkeit der Schülerinnen und Schüler.

- Kontroversität:

Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muß sich auch im Unterricht kontrovers zeigen. Wenn unterschiedliche Standpunkte nicht dargelegt werden, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten. Es sollten auch Standpunkte und Alternativen herausgearbeitet werden, die den Schülerinnen und Schülern von ihrer jeweiligen politischen und sozialen Herkunft her fremd sind.

- Berücksichtigung der Interessenlage:

Die Schülerinnen und Schüler müssen in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und ihre Interessenlage zu analysieren sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne ihrer Interessen in sozialer Verantwortung zu beeinflussen.

Diese Grundsätze führen zum Begriff der Emanzipation, der als Richtwert des politischen

Lernens verwendet wird. Im Laufe einer langen Begriffsgeschichte hat das Wort Emanzipation Traditionen der Aufklärung in sich aufgenommen und meint Befreiung von Unmündigkeit. In der politischen Bildung wird darunter ein Lernprozeß verstanden, in dem Schülerinnen und Schüler die komplexer und schwerer durchschaubar werdende Welt besser begreifen, sich nicht blind in die Gegebenheiten fügen und aufgrund von Sachkenntnis und Urteilsfähigkeit bereit und fähig werden, Selbst- und Mitbestimmung in Politik und Gesellschaft zu praktizieren. Der Begriff Emanzipation wird in den Qualifikationen entfaltet (vgl. Kapitel 4.).

Die Vermittlung von Kenntnissen und Einsichten ist Grundlage für die Entwicklung von Urteils- und Entscheidungsfähigkeit einerseits und die Befähigung zum sozialen Handeln andererseits. Die Entwicklung von Einstellungen und Verhaltensweisen gehört zum integralen Bestandteil der Vorbereitung auf die politische Beteiligung. Es gibt keine politische Bildung ohne soziales Lernen. Im Zusammenleben von Menschen werden soziale Kompetenzen benötigt und erworben. In einer demokratischen Gesellschaft sind solche sozialen Kompetenzen wie Sensibilität, Ich-Stärke, Toleranz, kooperatives Verhalten, Solidarität und Konfliktfähigkeit wünschenswert und notwendig.

3.2 Aufgaben des Faches

Das Fach Politische Bildung steht wie aller Unterricht in der Gymnasialen Oberstufe unter den allgemeinen Zielsetzungen, über eine wissenschaftspropädeutische Ausbildung und eine Erziehung zur Selbstverwirklichung in sozialer Verantwortung die gesellschaftliche Handlungsfähigkeit und die Studierfähigkeit der Schülerinnen und Schüler zu vermitteln.

Selbstverwirklichung in sozialer Verantwortung

Unterrichts- und Erziehungsauftrag sind eng miteinander verbunden. Erziehung in der Schule vollzieht sich zunächst und vor allem im Rahmen des Unterrichts. Erziehend wirken im Unterricht dabei zum einen fachspezifische Faktoren: Die Auseinandersetzung mit Themen und Grundproblemen des jeweiligen Faches, der sachangemessene Umgang mit seinen Gegenständen und das methodisch reflektierte Lösen bestimmter Aufgaben stellen für die Schülerinnen und Schüler Möglichkeiten zur Selbst- und Weiterführung sowie prägende Beiträge zur Herausbildung ihres Selbst- und Weltverständnisses dar. Erziehend wirken im Unterricht aber ebenso die Rahmenfaktoren, die sich insbesondere ergeben aus der Organisationsstruktur der individuellen Bildungsgänge, den vielfältigen Mitwirkungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler bei der Gestaltung des Schullebens, der Zusammensetzung der Lerngruppe, der Person der Lehrerin bzw. des Lehrers und den Einflüssen der Gesellschaft auf die Schule.

Die heutige Gesellschaft ist gekennzeichnet durch ein hohes Maß an Differenziertheit, durch eine Pluralität von Weltanschauung und politischen Programmen, durch Interessengegensätze und die Notwendigkeit zu demokratischem Konsens.

Die Lernenden sollten deshalb verstärkt darauf vorbereitet werden, ihr Leben in Familie, Gesellschaft und Politik zu meistern. Erziehung heißt daher auch, Kenntnisse, Urteilsfähig-

keiten und Handlungsdispositionen zu vermitteln, die ebenso die individuelle Entfaltung und Ausprägung der Person als auch die Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

Grundsätzlich und vorrangig gilt, daß Unterricht und Erziehung an die Wertvorstellungen demokratischen Zusammenlebens gebunden sind, wie sie durch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Brandenburg vorgegeben sind. In diesen Bindungen und im Kontext der oben aufgeführten Unterrichtsziele sind die folgenden Erziehungsziele zu sehen. Mit ihnen werden auf dem Anspruchsniveau der Gymnasialen Oberstufe, das gesetzt ist durch die angestrebte Abschlußqualifikation der allgemeinen Hochschulreife, die schulischen Erziehungsbemühungen der Sekundarstufe I fortgesetzt.

Selbstverwirklichung in sozialer Verantwortung beinhaltet vor diesem Hintergrund

- die Bereitschaft und Fähigkeit, sich mit anderen zu verständigen,
- die Bereitschaft und Fähigkeit, mit anderen zusammenzuarbeiten,
- die Bereitschaft und Fähigkeit, sich mit Werten und Wertsystemen auseinanderzusetzen, zu urteilen und sich zu entscheiden.

Wissenschaftspropädeutik

Die wissenschaftspropädeutische Ausbildung verlangt eine weitgehende Beherrschung von Prinzipien und Formen selbständigen Arbeitens, die Einübung grundlegender Verfahrens- und Erkenntnisweisen, die Einführung in speziellere wissenschaftliche Verfahrens- und Erkenntnisweisen über die inhaltliche Auseinandersetzung mit Themen und Gegenständen bestimmter Fächer und Aufgabenfelder.

Zur Beherrschung von Prinzipien und Formen selbständigen Arbeitens gehören insbesondere

- die Fähigkeit, ein Thema oder eine Aufgabe möglichst vorurteilsfrei, geistig beweglich und mit Engagement und Phantasie aufzugreifen;
- die Fähigkeit, Methoden und Techniken der Informationsbeschaffung gegenstands- und problemangemessen anzuwenden;
- die Fähigkeit zu planvollem und zielstrebigem Arbeiten auch über längere Zeit;
- Reflexions- und Urteilsfähigkeit auf der Grundlage eines soliden Wissens.

Die Einübung grundlegender wissenschaftlicher Verfahren und Erkenntnisweisen führt im Rahmen schulischer Möglichkeiten insbesondere

- zur Kenntnis wesentlicher Strukturen und Methoden von Wissenschaften sowie zum Verständnis ihrer komplexen Denkformen;
- zur Erkenntnis von Grenzen wissenschaftlicher Aussagen und zur Einsicht in Zusam-

menhang und Zusammenwirken von Wissenschaften;

- zum Verstehen grundlegender wissenschaftstheoretischer Fragestellungen;
- zur Fähigkeit, wissenschaftliche Erkenntnisse sprachlich zu verdeutlichen und anzuwenden.

Die Einführung in speziellere wissenschaftliche Verfahrens- und Erkenntnisweisen kann im Rahmen der Gymnasialen Oberstufe nur exemplarisch, vor allem in den Leistungsfächern erfolgen. Auch in ihnen geht es zunächst um die Einübung in grundlegende Verfahrens- und Erkenntnisweisen des jeweiligen Faches. Darüber hinaus werden

- sachliche Notwendigkeiten, theoretische und praktische Bedingungen und sich daraus ergebende Erkenntnismöglichkeiten,
- zugleich aber auch Grenzen und Gefährdungen der Spezialisierung in den modernen Wissenschaftsdisziplinen sichtbar gemacht.

3.3 Ziele des Faches

Selbstverwirklichung in sozialer Verantwortung als allgemeines Bildungsziel der Gymnasialen Oberstufe wird fachlich konkretisiert in der politischen Bildung als Demokratie-Lernen.

Wissenschaftspropädeutik als allgemeines Bildungsziel der Gymnasialen Oberstufe wird fachlich konkretisiert in der Politischen Bildung als Hinführung zu sozialwissenschaftlichem Denken und Handeln. Sie schließt auch historische Betrachtungsweisen ein.

Demokratie-Lernen

Politisches Lernen in diesem Sinne verlangt einerseits die kritische Auseinandersetzung mit Erfahrungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit, andererseits die Loyalität zu den Prinzipien des demokratischen Rechts- und Verfassungsstaates. In der Demokratie gibt es ein gesellschaftliches Interesse an tragfähigem Konsens und rationaler Konfliktbewältigung. Das Fach kann dazu beitragen, den erforderlichen Minimalkonsens über die Werte und Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu begründen und den Schülerinnen und Schülern gegenüber einsichtig zu machen.

Die Kenntnis geschichtlicher Zusammenhänge, insbesondere der Genese der Demokratie, trägt daher auch zur Stabilität und Kontinuität des Demokratisierungsprozesses unserer Gesellschaft bei; sie verbindet sich in einer demokratisch und pluralistisch verfaßten Gesellschaft mit der Einsicht, daß die konkrete Ausformung der Gesellschaftsordnung nicht abschließend geregelt werden kann, daß ihre Werte und Institutionen dem Wandel unterliegen und veränderbar sind.

Selbstverwirklichung in sozialer Verantwortung erfordert in einem demokratischen Rechtsstaat, dem der Anspruch "alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" zugrunde liegt, daß der

einzelne nicht Objekt, sondern selber mitbestimmendes, mitentscheidendes und miturteilendes Subjekt ist. Der dazu notwendige Prozeß vollzieht sich vor allem in der politischen Auseinandersetzung gesellschaftlicher Gruppen und erfordert Bürgerinnen und Bürger, die in der Lage und bereit sind, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und ihre eigenen Interessen und die Interessen anderer in sozialer Verantwortung zu vertreten. Dazu gehört auch die Bereitschaft, öffentliche Aufgaben zu übernehmen.

Sozialwissenschaftliche Propädeutik

Mit dem Beginn der Sekundarstufe II geht das Lernen von der Wissenschaftsorientierung zur Wissenschaftspropädeutik über; der Unterricht orientiert jetzt nicht nur die Gegenstände des Lernens an den Standards der Wissenschaft, sondern wird selbst zur Vorbereitung auf wissenschaftliches Arbeiten.

Politisches Lernen wird auch durch eine Orientierung an den Verfahren und Erkenntnissen der Sozialwissenschaften gefördert. Mit Hilfe ihrer Instrumentarien ist es möglich, Erfahrungen über die politisch-gesellschaftliche Wirklichkeit zu erschließen, Urteile auf ihre Begründungen zu prüfen und Entscheidungen durch eine Diskussion sozialer Handlungsalternativen vorzubereiten.

Politisches Lernen wird sich dabei zum einen vorrangig an den systematischen Sozialwissenschaften (Politikwissenschaft, Soziologie, Wirtschaftswissenschaften) orientieren, zum anderen aber ständig Erkenntnisse aus der Geschichtswissenschaft, insbesondere der Zeitgeschichte, bei der Bearbeitung von Unterrichtsinhalten hinzuziehen. Die Gegenstände der Bezugswissenschaften des Faches Politische Bildung berühren und überschneiden sich auf vielfältige Weise, da ihnen die Analyse der Prozesse sozialen Handelns und der Strukturen gesellschaftlicher Wirklichkeit gemeinsam sind. Angesichts der auch in diesen Wissenschaften historisch entstandenen Trennung des in der gesellschaftlichen Wirklichkeit Zusammengehörigen muß wieder bewußt gemacht werden, daß die Grenzen der Disziplinen keine Wirklichkeitsgrenzen sind. Dementsprechend muß der Unterricht im Fach Politische Bildung von der engen Verzahnung des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Lebens ausgehen und deren Wechselwirkungen sichtbar machen. Strukturelle und genetische Betrachtungsweisen oder systematische und prozessuale Perspektiven gehören dabei zusammen.

Auch wegen des häufig direkten Bezuges der einzelnen Sozialwissenschaft zur gesellschaftlichen Praxis ist fachdidaktisch zwischen ihnen ein interdisziplinäres Lernen geboten, das

- den Vermittlungszusammenhang von gesellschaftlichen Bedingungen und sozialwissenschaftlicher Erkenntnis verdeutlicht,
- Alltagsfragen und wissenschaftlich gewonnene Einsichten über Wirtschaft, Gesellschaft und Politik aufeinander bezieht,
- durch die Orientierung an sozialwissenschaftlichen Methoden und Ergebnissen zur Bewältigung von Lebenssituationen beiträgt.

Die Propädeutik sozialwissenschaftlichen Denkens und Arbeitens im Unterrichtsfach Politi-

sche Bildung ist kein Selbstzweck; sie bereitet auf die Lösung komplexer Aufgabenstellungen in Studium, Ausbildung und Beruf vor und dient zugleich dem Demokratie-Lernen. Das Fach Politische Bildung leistet seinen Beitrag zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife, indem es die Schülerinnen und Schüler dazu befähigt, gesellschaftlich-politische Fragen und Problemstellungen, die im Rahmen ihrer Ausbildung auftreten, selbständig unter Nutzung sozialwissenschaftlicher Verfahrens- und Erkenntnisweisen zu bearbeiten.

3.4 Die Stellung des Faches in der Gymnasialen Oberstufe

Beim Fach Politische Bildung handelt es sich im Sinne der Ziffer 7.4.3. der Kultusministerkonferenz-Vereinbarung zur Neugestaltung der Gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II vom 7.7.1972 in der Fassung vom 11.4.1988 um ein gesellschaftswissenschaftliches Fach, das mit festen Anteilen Geschichte unterrichtet wird. Es ist in der Jahrgangsstufe 11 und in der Jahrgangsstufe 12 Pflichtfach für Schülerinnen und Schüler der Gymnasialen Oberstufe. In der Jahrgangsstufe 13 werden diese Pflichtkurse weitergeführt. Sie enthalten dort die festen Anteile Geschichte. Schülerinnen und Schüler, die Geschichte als Abiturfach wählen, müssen diese Kurse in Jahrgangsstufe 13 nicht belegen. Politische Bildung kann als drittes und viertes Abiturfach gewählt werden und ab 1995/96 auch als zweites Leistungsfach.

In der Abiturprüfung werden Kenntnisse aus zwei historischen Zeitabschnitten bzw. Problembereichen seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert vorausgesetzt, wobei einer dieser Zeitabschnitte bzw. Problembereiche die Zeit nach 1933 betreffen soll (KMK: Einheitliche Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung Sozialkunde/Politik II. 3.1., Beschluß vom 1.12.1989). Unter den Aufgabenvorschlägen, die für die schriftliche Abiturprüfung eingereicht werden, soll sich daher einer auf die Unterrichtsinhalte der Jahrgangsstufe 12 und einer auf die Jahrgangsstufe 13 beziehen.

Politische Bildung steht repräsentativ für das gesellschaftswissenschaftliche Lernen und andererseits ist es der fachliche Ort für jene Erziehung zur Demokratie, wie sie die Landesverfassung den Schulen zur Aufgabe macht.

4. Qualifikationen, grundlegende Inhalte, didaktisch-methodische Konzeption

4.1 Qualifikationen und Lernziele

Der Unterricht im Fach Politische Bildung soll von der 5. Klasse an zur Beurteilung und Bewältigung von Lebenssituationen beitragen. Er gründet sich auf die Prinzipien des Grundgesetzes, die Intentionen der Landesverfassung und des Ersten Schulreformgesetzes und hat primär eine gestaltbare, verbesserbare demokratische Gesellschaft zum Ziel. Dieser emanzipatorische Grundgedanke schlägt sich im Rahmenplan für Politische Bildung nieder.

Bewältigung individueller und gesellschaftlicher Lebenssituationen schließt den Erwerb von Kenntnissen, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Einsichten ein. Gleichwohl erschöpft sich darin nicht der Begriff der Qualifikationen. Die Qualifikationen sind auf den rational und kritisch

denkenden, selbständig und unabhängig urteilenden sowie sozial verantwortlich handelnden Menschen bezogen. Gerade in dieser Hinsicht gibt es - auch nach dem Zusammenbruch der zentralistischen Strukturen und der mit diesen Strukturen verbundenen politischen Entmündigung der Bürgerinnen und Bürger - einen erheblichen Nachholbedarf. Es geht darum, eigene Interessen mit sozialer Verantwortung, Kompetenz und entsprechendem Engagement zu verknüpfen.

Die Qualifikationen und Lernziele bilden die Grundlage für die zu entwickelnden Zielvorstellungen des Unterrichts. Diese sind im Zusammenhang mit den Unterrichtsthemen durch die Lehrerinnen und Lehrer selbständig auf einen bestimmten Inhalt hin zu präzisieren und anzuwenden.

In den Qualifikationen drückt sich durchgehend eine pädagogische Grundorientierung aus, die Bildung als Fähigkeit und Bereitschaft zur Selbstbestimmung, zur Mitbestimmung und zur Solidarität aufzufassen. Von daher stehen die nachfolgend genannten Qualifikationen in einem engen Zusammenhang.

Übersicht über die Qualifikationen im Fach Politische Bildung

Fähigkeit und Bereitschaft,

- sich in gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen Zusammenhängen zurechtzufinden, Herrschaftsverhältnisse nicht ungeprüft hinzunehmen, sie in ihrem zeitgeschichtlichen Bezug zu verstehen, sie auf ihren Sinn, auf ihre Zwänge, Zwecke und Notwendigkeiten hin zu befragen und die ihnen zugrundeliegenden Interessen, Normen und Wertvorstellungen kritisch zu prüfen;
- die neuen Chancen zur Einflußnahme auf gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Strukturen, Herrschaftsverhältnisse und Entscheidungsprozesse kritisch zu hinterfragen, zu verstehen, zu nutzen und mitzugestalten;
- Kommunikation und Kommunikationsmittel als wichtigen Faktor beim demokratischen Umbau in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zu verstehen, Motive, Interessen und Machtgefälle zu prüfen und Teilnahmechancen wahrzunehmen;
- in politischen Alternativen zu denken und zu lernen, sich zu engagieren, auch gegen Widerstände Entscheidungen auf demokratische Weise herbeizuführen, in unterschiedlichen sozialen Gruppen mitzuarbeiten und dabei Belastungen auszuhalten;
- sich selbst zu verwirklichen, eigene Vorstellungen vom glücklichen, erfüllten Leben zu entwickeln und in sozialer Verantwortung wahrzunehmen, eigene Rechte und Interessen zu vertreten, aber auch gesellschaftliche Interessen und Interessen anderer (z.B. Benachteiligter) zu erkennen und ihnen gegebenenfalls den Vorrang zu geben;
- das Lebensrecht und die Eigenständigkeit anderer Gesellschaften zu akzeptieren, für wirksame Sicherheitskonzepte und für die Interessen benachteiligter Völker einzutreten, auch individuelle Verantwortung für globale Probleme zu erfassen;

- durch eigenes Verhalten und durch Teilnahme an Bürgerinitiativen und Bürgerbewegungen Verantwortung für heutige und künftige Lebensbedingungen mit zu übernehmen;
- die Arbeit als Bedingung für individuelle und gesellschaftliche Existenzsicherung und als Faktor für Selbstverwirklichung und politische Beteiligung zu verstehen und dies im individuellen Lebenskonzept zu berücksichtigen, sich für die Demokratisierung und Humanisierung der Arbeitswelt einzusetzen.

Ein zentrales Ziel der Gymnasialen Oberstufe, Studierfähigkeit zu erreichen, wirft neben der Frage nach dem Lebenswelt- und Handlungsbezug zusätzlich die Frage der wissenschaftspropädeutischen Ausbildung auf. Grundsätzlich ist das Fach Politische Bildung in allen Schulstufen wissenschaftsorientiert. Wissenschaftlichkeit spielt zuerst bei der didaktischen Analyse, der Inhalts- und Methodenwahl, eine Rolle. Des Weiteren werden wissenschaftlich abgesicherte Methoden und Instrumente altersentsprechend gelehrt und gelernt, und die Schülerinnen und Schüler werden befähigt, diese an konkreten Beispielen zu praktizieren.

Die Schülerinnen und Schüler werden in der Gymnasialen Oberstufe zunehmend in wissenschaftstheoretische Überlegungen einbezogen. War wissenschaftliches Arbeiten in der Grundschule und der Sekundarstufe I vorwiegend eine Forderung an Lehrerinnen und Lehrer, kann das in der Gymnasialen Oberstufe immer mehr auch von den Schülerinnen und Schülern erwartet werden: Um dieses Anliegen zu verdeutlichen, formuliert dieser Rahmenplan auch wissenschaftspropädeutische Lernziele. Sie treten zu den Qualifikationen des Faches Politische Bildung hinzu und akzentuieren die wissenschaftspropädeutische Aufgabe der Gymnasialen Oberstufe. Die Lernziele sollen die in der Anwendung wissenschaftlicher Methoden- und Forschungsergebnisse liegende Chance für die erfolgreiche Bearbeitung individueller und gesellschaftlicher Probleme erschließen helfen und der Gefahr begegnen, die durch unkritische Wissenschaftsgläubigkeit entsteht.

Wissenschaftspropädeutische Lernziele:

- Kenntnisse über unterschiedliche Ansätze sozialwissenschaftlicher Methoden und Theorien,
- Kenntnisse über Begriffs-, Hypothesen- und Modellbildung,
- Fähigkeit zu zeitgeschichtlichen Betrachtungsweisen
- Einsicht in die Begrenztheit und Vorläufigkeit wissenschaftlicher Aussagen,
- Bereitschaft und Vermögen, wissenschaftliche Neugier zu entwickeln und Freude an wissenschaftlichen Auseinandersetzungen zu empfinden,
- Fähigkeit und Bereitschaft, sich im politischen Bereich selbständig und kreativ, engagiert und konsequent, systematisch und deutlich mit unterschiedlichen Theorien und Erklärungsversuchen auseinanderzusetzen,
- Fähigkeit, Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Teildisziplinen bei der Analyse

gesellschaftlicher Tatbestände und Probleme anzuwenden und soweit wie möglich zu integrieren,

- Fähigkeit und Bereitschaft, wissenschaftliche Ergebnisse miteinander zu erarbeiten und für das eigene Handeln nutzbar zu machen,
- Einsicht, daß es individuelle und gesellschaftliche Bereiche gibt, die mit Hilfe wissenschaftlicher Methoden nicht zureichend zu erfassen sind,
- Fähigkeit und Bereitschaft, wissenschaftliches Arbeiten als sozialen Prozeß zu erkennen und die Interessengebundenheit wissenschaftlichen Arbeitens zu prüfen,
- Fähigkeit und Bereitschaft, die sozialen Voraussetzungen und Folgen wissenschaftlichen Arbeitens zu bedenken und entsprechend verantwortlich zu handeln.

4.2 Inhaltsstruktur und Sequentialität des Faches Politische Bildung

Das Fach Politische Bildung in der Gymnasialen Oberstufe hat mündige Bürgerinnen und Bürger zum Ziel, die sich selbst in sozialer Verantwortung verwirklichen. Dabei bedienen sie sich der Erkenntnismittel der Sozialwissenschaften und bearbeiten soziale, wirtschaftliche und politische Probleme der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Die Sozialwissenschaften setzen sich zusammen aus unterschiedlichen Disziplinen (vor allem aus Soziologie, Ökonomie, Politologie), die sich im Wissenschaftsbetrieb getrennt entwickelt haben. Die Realität ist aber nicht entlang diesen Linien geschieden - politische Bildung kann keine der drei Disziplinen entbehren: Ökonomische Bildung ohne soziale und politische Reflexion würde einen Systembereich der Gesellschaft isolieren, Soziologie allein würde den wirtschaftlichen Kern des materiellen Überlebens dieser Gesellschaft verfehlen, schließlich bedarf die Politologie der inhaltlichen Untersuchung jener Politikfelder, deren Regelung Politik zur Aufgabe hat. Der Begriff der Sozialwissenschaften muß weit gefaßt werden, denn auch Bestandteile aus anderen Wissenschaften werden benötigt (z.B. historische, sozialpsychologische, philosophische, juristische, pädagogische).

Die Unterscheidung der drei Bezugsdisziplinen ist eine Unterscheidung nach Erkenntnisweisen. Sie berücksichtigt die Unterschiede in der Begrifflichkeit, in den Modellbildungen, in den Theoriekonstruktionen und in den Ergebnissen der jeweiligen Fächer, die nicht aufeinander reduziert werden können. Die drei Disziplinen werden als ein Gliederungssystem für die Struktur der Inhalte des Faches genutzt. In Jahrgangsstufe 13 tritt die historische Betrachtungsweise zur systematisch-sozialwissenschaftlichen Betrachtungsweise hinzu.

Die drei Disziplinen beziehen sich häufig im Schwerpunkt auf bestimmte gesellschaftliche Teilbereiche, also die Soziologie auf den sozio-kulturellen Bereich, der in sich sehr heterogen ist), die Ökonomie auf den wirtschaftlichen Bereich und die Politologie auf den staatlich organisierten Handlungsbereich. Diese Zuordnung ist aber nicht präzise, weil zum einen die Bereiche nicht voneinander abgeschottet sind und weil zum anderen die Handlungsbereiche in sich nicht jeweils eindeutig strukturiert sind. (So ist wirtschaftliches Handeln auch soziales Handeln im politisch gegebenen Rahmen, politisches Handeln kann z.B. auch ökonomisch bedingt sein oder mit ökonomischen Kategorien erfassbar sein, soziales Handeln folgt nicht

nur sozial-kulturellen Traditionslinien, sondern auch z.B. ökonomischen Zwängen usw.) Außerdem geht die geschichtliche Dimension mehr oder weniger direkt in die jeweiligen Zuordnungen ein.

Unterschiedliche gesellschaftliche Teilbereiche werden vom Individuum als unterschiedliche Handlungsfelder empfunden und realisiert. Hinzu kommt, daß die zunehmende globale Vernetztheit die Beziehungen zu anderen Gesellschaften bzw. zur Weltgesellschaft nötig macht. Deshalb muß neben die innergesellschaftlichen Teilsysteme auch der globale Zusammenhang treten.

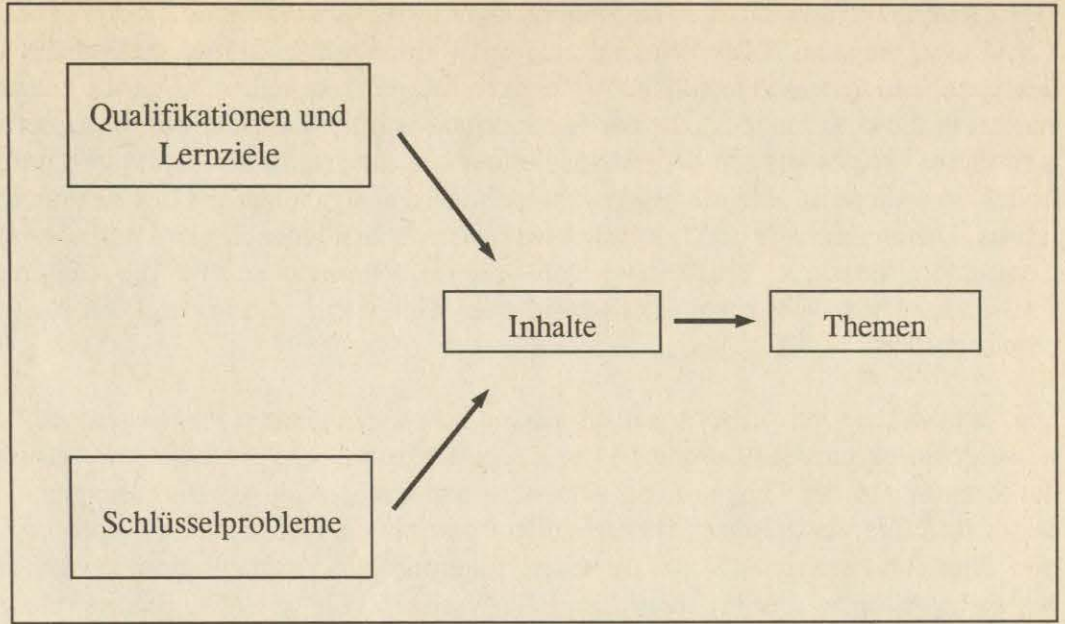
Der Vorläufige Rahmenplan für Politische Bildung in der Sekundarstufe I des Landes Brandenburg unterscheidet vier Lernfelder, die diese Handlungs- und Systembezüge formulieren: **Gesellschaft - Wirtschaft - Demokratie - Die Eine Welt**. Diese vier Lernfelder werden hier für die Sekundarstufe II als ein Gliederungssystem für die Struktur der Inhalte wieder aufgenommen.

Bei der Anordnung der vier Lernfelder spielen - neben dem Bezug auf die Qualifikationen - vor allem gesellschaftliche Schlüsselprobleme eine konstituierende Rolle. Politische Probleme sind in unterschiedlichem Grade mit ökonomischen, sozialen, ökologischen, regionalen und globalen Problemen und Gefährdungen verbunden.

Schlüsselprobleme in diesem Sinne sind u.a.:

- * Krieg, Frieden und Friedenssicherung (Bürgerkrieg, Gefahr globaler Vernichtung, Verlagerung in die Dritte Welt, Rüstungskontrolle, Abrüstung, Verfassungsauftrag zur Völkerverständigung);
- * Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen (Zerstörung von Lebensgrundlagen, Interessenkonflikt, ökologisch verantwortete Wirtschaftsordnung);
- * Verhältnis zwischen Industriegesellschaften und Entwicklungsländern (Diskrepanz zwischen wirtschaftlichen Teilinteressen und deren sozialen und ökologischen Auswirkungen, Verständnis der verschiedenen Gesellschaften als Eine Welt);
- * Zusammenleben verschiedener Kulturen, Nationen (multikulturelle Gesellschaft; Rechtsextremismus, Linksextremismus, Humanisierung, Menschenrechte, Toleranz), Existenz und Identitätsverlust von Gesellschaften und sozialen Gruppen (soziale Auswirkungen von Umbruchsituationen, Entstehen demokratischer Ansätze);
- * wachsende Komplexität der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozesse und das Problem der Machtstrukturen (Gefährdung demokratischer Mitbestimmung im Bereich der Grundsatzentscheidungen, Gewicht der demokratischen Kontrolle, Demokratie lernen);
- * politische Kontrolle gegen Informations- und Datenmonopolisierung (Gefährdung politischer und kultureller Identität durch Informationstechnologien und Massenmedien);
- * Aufbau sozialer und ökologischer Marktwirtschaften, Entfremdung und Verfügbarkeit von Arbeit, Effizienz und soziale, ökologische Verantwortung.

Die hier genannten Schlüsselprobleme sind übergreifende grundlegende Orientierungen, die sowohl individuell als auch global existentielle Fragen berühren, mit denen sich Politische Bildung befassen muß. Im thematischen Kontext bilden die Schlüsselprobleme und die Qualifikationen die Grundlage für die Entfaltung der Lernfelder, Themenbereiche, Inhalte und Probleme.



Die Differenzierungen nach disziplinbezogenen Erkenntnisweisen sind Erkenntnis- und Lernhilfen, die anschließend wieder integriert werden müssen. Dies ist in der Zielvorstellung des ganzheitlich handlungsfähigen mündigen Bürgers formuliert. Für die einzelne Person stellt sich diese Aufgabe als die der Entwicklung von Ich-Identität; für die Gesellschaft stellt sich diese Aufgabe als die der Herausbildung von integrierenden Strukturen und auch einer kollektiven Identität; für die Welt stellt sich diese Aufgabe als die des gemeinsamen Überlebens. Differenzierung und Integration von wissenschaftlichen Zugriffen in unterschiedlichen Lernfeldern über die Bearbeitung von Aufgaben/Problemen sind die Leitlinien für die Entwicklung sozialwissenschaftlich-politischer Kompetenz, die in den Qualifikationen näher beschrieben ist.

Die Entwicklung der wissenschaftspropädeutischen Fähigkeiten im Umgang mit den Sozialwissenschaften und der Geschichtswissenschaft bestimmt die Abfolge der Anforderungen in den drei Jahren der Gymnasialen Oberstufe und damit auch die Entfaltung politischer Bildung: Additive Verknüpfung der Disziplinen Soziologie, Ökonomie und Politologie; Integration über leitwissenschaftliches Arbeiten; interdisziplinäre Integration in der 11. und 12. Jahrgangsstufe, in der 13. Jahrgangsstufe schließt die interdisziplinäre Integration die Disziplin Geschichtswissenschaft mit ein.

Einführungsphase

In der Jahrgangsstufe 11 werden die drei Disziplinen als getrennte Fachgebiete in ihrer Bedeutung für ein Thema genutzt; sie werden addiert für die Bearbeitung. Vier Themen (je eins für jedes Lernfeld) werden so behandelt.

Ein Beispiel:

Das Thema "Verbraucher-Verhalten" (Lernfeld Wirtschaft) beinhaltet

- Konsumenten-Souveränität (ök),
- Werbung, Manipulation (soz),
- Verbraucherschutz (pol)

als Teilthemen (additive Verknüpfung).

Qualifikationsphase

In der Jahrgangsstufe 12 werden in den ersten drei Vierteljahren (die Zeitangabe ist grob) die drei Disziplinen als Schwerpunkt für die Bearbeitung eines Themas aus dem ihnen primär zugeordneten Lernfeld genutzt und dabei als Leitwissenschaft entfaltet. Für das Lernfeld Gesellschaft ist die Soziologie die Leitwissenschaft, für das Lernfeld Wirtschaft ist es die Ökonomie, für das Lernfeld Demokratie leitet die Politologie die Bearbeitung.

Bei diesem Arbeiten mit einer Leitwissenschaft werden Kern-Inhalte der jeweiligen Disziplin herangezogen, die ihre Arbeitsweise exemplarisch erfahren lassen. Zusätzlich wird für die Behandlung problemhaltiger Themen auf Aspekte der anderen Disziplinen zurückgegriffen

werden müssen, so daß auch Brücken zu den anderen Disziplinen geschlagen werden.

Ein Beispiel:

Das Thema "Soziale Ungleichheit" gehört zum Lernfeld Gesellschaft und wird schwerpunktmäßig von der Soziologie erfaßt. Dabei können spezifische Methoden, Theorien und Ergebnisse berücksichtigt werden. Die Marktvermitteltheit der materiellen Existenz verweist auf die ökonomische Dimension, die staatliche Sozialpolitik auf die Politologie.

Grundsätzlich wäre auch eine andere Zuordnung der Leitwissenschaften zu den Lernfeldern denkbar; aus didaktischen Gründen (Klarheit des Lernprozesses für die Schülerinnen und Schüler) werden die Disziplinen aber an dem ihnen primär zugeordneten Lernfeld exemplifiziert. (Im anderen Falle ergäbe sich auch das Problem, daß, wenn z.B. ein Thema für das Lernfeld Wirtschaft mit Soziologie als Leitwissenschaft behandelt worden wäre, ein Thema aus den Lernfeldern Demokratie oder Gesellschaft mit der Ökonomie als Leitwissenschaft behandelt werden müßte usw.). Ein Thema aus dem Lernfeld Die Eine Welt wird in Jahrgangsstufe 12 auf der dritten Stufe sozialwissenschaftlichen Arbeitens behandelt, der interdisziplinären Integration.

Komplexe Themen erfordern und ermöglichen das Zusammenwirken der Sozialwissenschaften; die Themen und die erworbene Kompetenz der Lernenden im Umgang mit den einzelnen Sozialwissenschaften ergeben jetzt interdisziplinäres Arbeiten. Hier werden die Sozialwissenschaften für die Erkenntnis und Beurteilung politischer Probleme integriert. Diese Integration ist den Lernenden bewußt; sie verknüpft kontrolliert die unterschiedlichen Erkenntniswege. Ein Beispiel: Das Thema "Europäische Einigung" fordert das Zusammenwirken aller Sozialwissenschaften heraus.

In der Jahrgangsstufe 13 folgen zwei Kurse "Politische Bildung mit festen Anteilen Geschichte" (AO-GOST § 15 (3, Nr.2)). Gegenstand des Unterrichts ist hier die Geschichte des 20. Jahrhunderts. Zur Entwicklung des Selbst- und Weltverständnisses der Schülerinnen und Schüler und zur Herausbildung ihrer Möglichkeiten einer politischen Mitgestaltung gehört die Fähigkeit, sich in der Gegenwart historisch orientieren zu können. Didaktisch erforderlich ist deshalb eine historische Betrachtung, die gegenwarts- und zukunftsbezogenes Lernen, ermöglicht.

Für die gegenwärtigen Schüler und Schülerinnen, die die Wende vom real praktizierten Sozialismus zu einem parlamentarisch-demokratischen System mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung in ihrer eigenen Kindheit und Jugend miterlebt haben, hat diese Wende nicht nur die äußeren Lebensumstände radikal verändert, sondern auch tief und oft krisenhaft in die individuellen Biographien zur Zeit einer entwicklungspsychologischen Phase des Umbruchs eingegriffen. Die daher rührenden Orientierungsbedürfnisse und Orientierungsschwierigkeiten auf der Ebene eines koordinierten historischen Weltbildes müssen im Unterricht dieser Jahrgangsstufe inhaltlich aufgegriffen werden. Von herausgehobener Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Geschichte autoritärer Herrschaftssysteme, insbesondere wie sie sich im historisch-politischen Kontext der DDR niedergeschlagen hat.

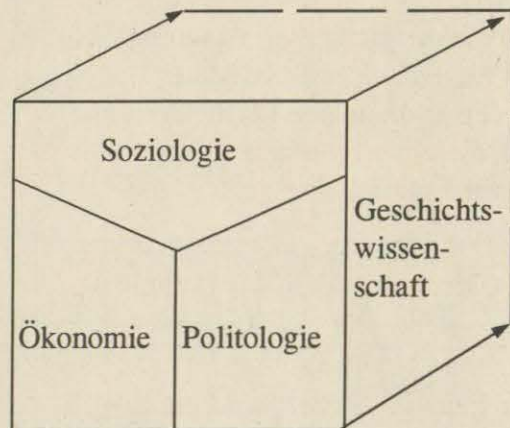
Aus jedem Lernfeld (Gesellschaft, Wirtschaft, Demokratie und Die Eine Welt) muß in der 13. Jahrgangsstufe ein Thema gewählt werden, wobei eines der Themen den Zeitabschnitt

nach 1933 bzw. einen Problembereich der Zeit nach 1933 betreffen muß. Alle vier Themen, die aus den aufgeführten Vorschlägen ausgewählt werden können, oder gleichwertige Themen, die gemeinsam von Lehrerinnen und Lehrern mit den Schülern und Schülerinnen in den Kursen formuliert werden, behandeln historische Fragestellungen mit Gegenwartsbezug unter Nutzung der drei sozialwissenschaftlichen Disziplinen Soziologie, Ökonomie und Politologie. Die Beiträge der Disziplinen Geschichtswissenschaft, Politologie, Soziologie und Ökonomie werden somit auch in der 13. Jahrgangsstufe im Sinne interdisziplinärer Integration miteinander verknüpft.

Sequentialität des Faches Politische Bildung als Integrationsfach		
Integrationsarten	Erläuterungen	Jahrgang
1. Additive Verknüpfung:	<p>Der Ausgangspunkt dieser Integrationsart ist die Existenz selbständiger Teildisziplinen, die in den Lernfeldern und in den diesen zugeordneten Themen repräsentiert sind.</p> <div style="display: flex; align-items: center; justify-content: center; gap: 10px;"> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px;">Soziologie</div> + <div style="border: 1px solid black; padding: 5px;">Ökonomie</div> + <div style="border: 1px solid black; padding: 5px;">Politologie</div> </div>	11
2. Leitwissenschaftliches Arbeiten	<p>Unter Leitwissenschaft wird diejenige Disziplin verstanden, die für das jeweilige Thema dominant ist, aber über "Brücken", "Aspekte" oder Dimensionen mit einer anderen Disziplin oder beiden anderen verbunden ist.</p> <div style="display: flex; align-items: center; justify-content: center; gap: 20px;"> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px;">Leitwissenschaft</div> <div style="display: flex; flex-direction: column; gap: 10px;"> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px;">2. Disziplin</div> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px;">3. Disziplin</div> </div> </div>	12
3. Interdisziplinäre Integration:	<p>Die Komplexität der Realität erfordert Rahmenthemen, für deren Behandlung der spezielle Beitrag der einzelnen Disziplinen abzurufen und zu verknüpfen ist.</p> <div style="display: flex; align-items: center; justify-content: center; gap: 20px;"> <div style="border: 1px solid black; padding: 10px; text-align: center;"> <div style="margin-bottom: 10px;">Soziologie</div> <div style="margin-bottom: 10px;">Thema</div> <div style="display: flex; justify-content: space-around;"> <div style="border-right: 1px solid black; padding: 5px;">Ökonomie</div> <div style="padding: 5px;">Politologie</div> </div> </div> </div>	

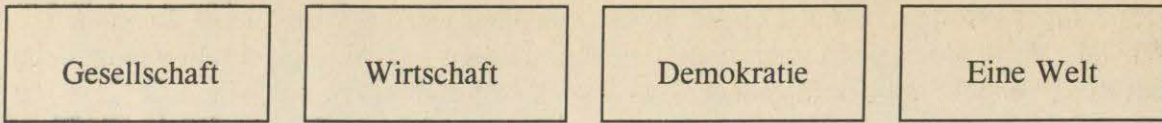
4. Politische
Bildung mit
festen Anteilen
Geschichte
(interdisziplinäre
Integration)

Eine historische Fragestellung mit
Gegenwartsbezug wird unter Nutzung der
drei sozialwissenschaftlichen
Teildisziplinen bearbeitet.

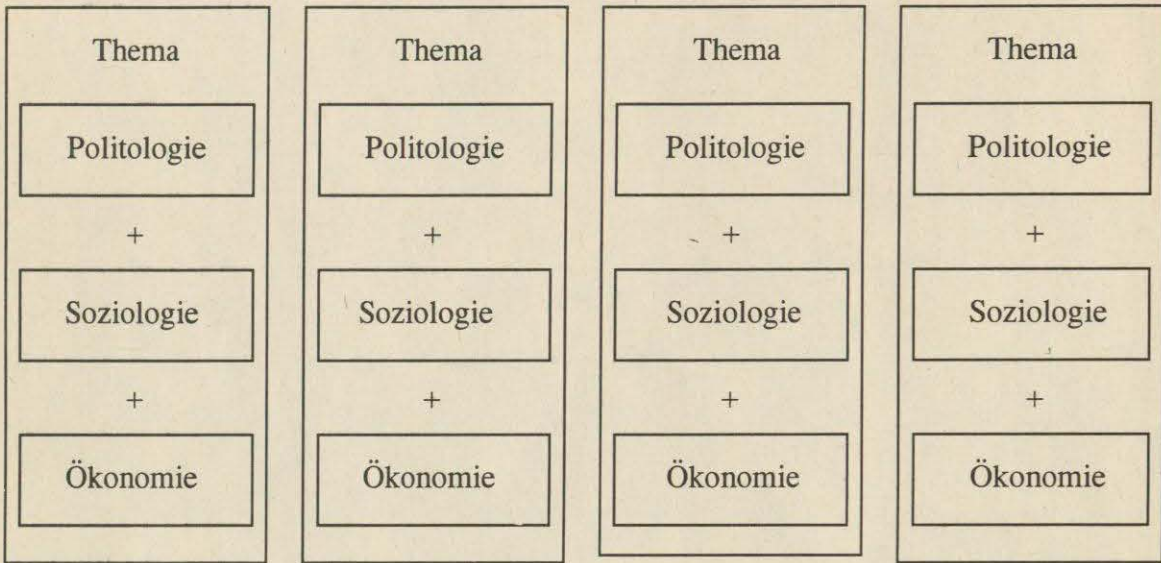


13

In den Jahrgangsstufen 11 und 12 wird jeweils aus allen vier Lernfeldern ein Thema ausgewählt. Die Verbindung von Integrationsarten, Lernfeldern und Abfolge der Jahrgangsstufen ergibt die Übersicht auf der folgenden Seite.

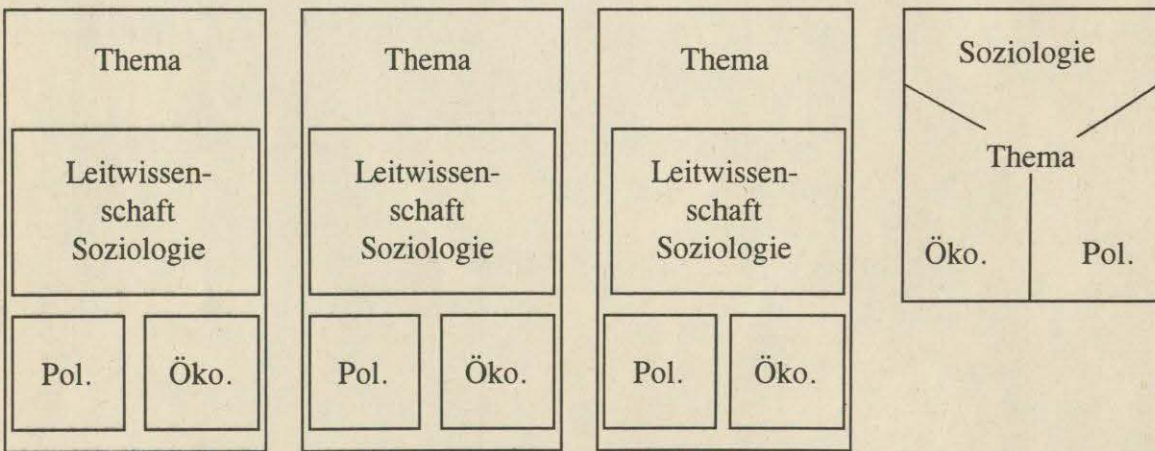


Jahrgangsstufe 11 (additive Integration)

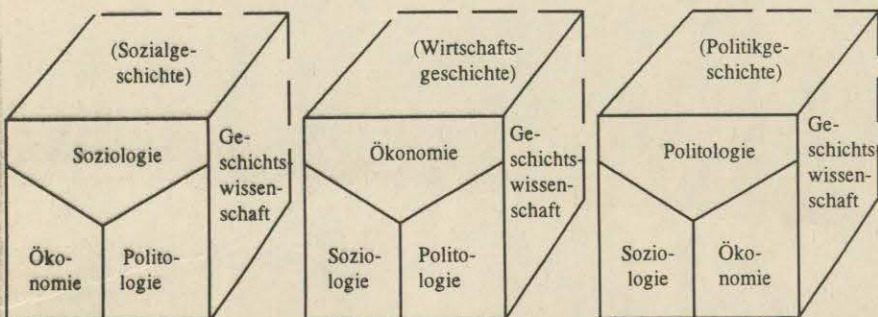


Jahrgangsstufe 12 (leitwissenschaftliches Arbeiten)

(interdisziplinäre Integration)



Jahrgangsstufe 13 Politische Bildung mit festen Anteilen Geschichte (interdisziplinäre Integration)



Grund- und Leistungskurse

Die Grund- und die Leistungskurse sind gleichermaßen den Qualifikationen und Lernzielen politisch-sozialwissenschaftlicher Bildung verpflichtet.

Alle Kursarten sind auch einer methodischen Progression verpflichtet, die bei der Behandlung jeden Themas in jedem Jahrgang wichtig ist (unabhängig von der Sequentialität des Faches über die Jahrgänge):

- a) Der Bezug zur Schülerin und zum Schüler wird bei jedem Thema über die Phänomene hergestellt, die im Handlungs- und Erfahrungsbereich der Schülerinnen und Schüler stehen. Im ersten Zugriff wird es um elementare sozialwissenschaftliche Denk- und Arbeitsweisen gehen. (Elementares wissenschaftliches Arbeiten)
- b) Ein anspruchsvollerer Zugriff wird mit Hilfe problem- und themenspezifischer Analyseansätze aus den Sozialwissenschaften die Strukturen der gesellschaftlichen Ordnungen herausarbeiten helfen. (Systematisierendes wissenschaftliches Arbeiten)
- c) Schließlich können auch grundsätzliche Fragen der Untersuchung sozialer Prozesse, z.B. die Funktion sozialwissenschaftlicher Erkenntnis in der Praxis, in theoretisch-reflexiver Absicht und Einstellung verhandelt werden. (Theoretisch-reflexives wissenschaftliches Arbeiten)

Dieser Dreischritt von **Phänomen - Theorie - Urteil** wird im fünfstündigen Leistungskurs häufiger und gründlicher verfolgt werden können.

Leistungskurse - die frühestens im Schuljahr 1995/1996 eingerichtet werden können - werden wegen des höheren Stundenvolumens mehr Teilthemen bzw. Gegenstände behandeln und auch mehr Bezüge zwischen den Sozialwissenschaften respektive zwischen den Sozialwissenschaften und der Geschichtswissenschaft herstellen können. Das Verständnis von Integration durch Interdisziplinarität wird hier materialreicher und demnach auch mit mehr Erfahrung gesättigt sein.

Schließlich bietet der Leistungskurs mehr Gelegenheiten für forschendes Lernen, bei dem die Schülerinnen und Schüler im Unterricht so verfahren, als seien sie forschende Sozialwissenschaftler bzw. -wissenschaftlerinnen. Die beiden Profilkurse in Jahrgangsstufe 11, die zusätzlich zum zweistündigen Basiskurs Politische Bildung von den Schülerinnen und Schülern belegt werden, die ab dem Jahrgang 12 den Leistungskurs belegen wollen, werden über forschendes Lernen definiert:

Die Lerngruppe untersucht soziale, wirtschaftliche oder politische Phänomene mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung, soweit sie der Lerngruppe zur Verfügung stehen bzw. gestellt werden können. Befragung, Beobachtung, Dokumentenauswertung, Inhaltsanalyse u.a. bedeuten die Erhebung und Auswertung von Daten unter bestimmten Fragestellungen (Interessen, Hypothesen, Theorien). Diese Fachprojekte forschenden Lernens fördern die sozialwissenschaftliche Propädeutik, ohne daß sie den Unterricht im parallel laufenden Basiskurs (durch Wiederholung oder durch Bereitstellen notwendigen Vorwissens) entwerten. Sie bieten den Lernenden ein hohes Maß an Selbsttätigkeit, also an Verantwortlichkeit für Planung und Durchführung des Unterrichts.

Die Pflichtkurse Politische Bildung sind in der Jahrgangsstufe 11 mit dem Basiskurs, in der Jahrgangsstufe 12 mit dem Grundkurs dieser Jahrgänge identisch.

Alle Schülerinnen und Schüler (mit Ausnahme derjenigen, die Geschichte als Abiturfach wählen) werden in der Jahrgangsstufe 13 im Fach Politische Bildung integrierende Fragestellungen behandeln, bei denen sie ihre erworbene propädeutische Kompetenz in den Sozialwissenschaften für die Bearbeitung zeitgeschichtlicher Problembereiche einbringen müssen.

Die Abfolge der Pflichtkurse in Politischer Bildung im Zusammenhang mit der weiteren Pflichtbelegung und eventuellen weitergehenden Schülerwahlen im gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld wird in der Graphik auf der folgenden Seite dargestellt.

Varianten der Pflichtbelegung

a) Politische Bildung als drittes oder viertes Abiturfach

Politische
BildungMindestbelegungspflicht in einem weiteren
gesellschaftswissenschaftlichen Fach

Variante I

Variante II

13/II historische Anteile 13/I

13/II
13/I

12/II
12/I

12/II
12/I

11/II
11/I

11/II
11/I

11/II
11/I

b) Geschichte als Abiturfach

Politische Bildung

Geschichte als zweites,
drittes oder viertes
Abiturfach

13/II
13/I

12/II
12/I

12/II
12/I

11/II
11/I

11/II
11/I

c) Ein weiteres gesellschaftswissenschaftliches Fach als Abiturfach

Politische
BildungEin weiteres gesellschaftswissenschaftliches
Fach

13/II historische Anteile 13/I

13/II
13/I

12/II
12/I

12/II
12/I

11/II
11/I

11/II
11/I

4.3 Didaktische Prinzipien

Die im Rahmenplan der Sekundarstufe I erläuterten didaktischen Prinzipien gelten in modifizierter Form auch für den Unterricht im Fach Politische Bildung der Gymnasialen Oberstufe. Sie bieten eine Grundlage für das Planen, Abstimmen, Gestalten und Analysieren von Lehr- und Lernprozessen.

Schüler- und Lebensweltorientierung

Das Prinzip der Schüler- und Lebensweltorientierung bezieht sich auf den Alltag, die Erfahrungen und die Interessenlage der Schülerinnen und Schüler. Das heißt, das Fach Politische Bildung thematisiert konkrete Lebenssituationen, Probleme und Konflikte. Dies schließt auch die Berücksichtigung der Situation ein, in der sich die Schülerinnen und Schüler aufgrund ihrer Stellung im Bildungsgang und der Nähe zu weiterführenden Ausbildungswegen befinden. Hinzu kommt, daß die bisherigen schulischen und außerschulischen Sozialisationserfahrungen und Orientierungen die Interessenlage der Schülerinnen und Schüler prägen. Damit sich die Schülerinnen und Schüler als Gestalter ihrer eigenen Lernprozesse verstehen können, sollte der Unterricht auch von diesen Interessen ausgehen. Die Schülerinnen und Schüler sollten darüber hinaus an der Planung, Gestaltung und Organisation des Unterrichts beteiligt werden.

Handlungsorientierung

Handlungsorientierung fördert die aktive Teilnahme der Schülerinnen und Schüler an Entscheidungsprozessen. Handelndes Lernen in authentischen oder auch in simulierten Situationen eröffnet bewußtere Möglichkeiten in der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit. Mehr als in den vorangegangenen Schulstufen verbindet sich hier Handlungsorientierung mit Selbstorganisation, zielgerichteter Selbsttätigkeit, mit der forschungsmäßigen oder gestalterischen Bearbeitung von Themen und Problemen.

Wissenschaftlichkeit

Das Prinzip der Wissenschaftlichkeit zielt darauf ab, den Schülerinnen und Schülern in steigendem Umfang eine wissenschaftspropädeutische Bildung zu vermitteln. Hierzu gehören vor allem Verfahren der Informationsbeschaffung, der Informationsbewertung und der Informationsnutzung. Das Fach Politische Bildung orientiert sich an den Bezugswissenschaften Politologie, Soziologie und Ökonomie und in der 13. Jahrgangsstufe auch an der Geschichtswissenschaft, es integriert ebenfalls Erkenntnisse anderer Sozialwissenschaften. Diese Wissenschaften bilden insofern eine Basis für die Ordnungsstrukturen, Inhalte, Verfahren und Instrumentarien zur Reflexion von Politik. Wissenschaftspropädeutik fordert nachvollziehbare Begründungen von Sachverhalten, eine klare Begrifflichkeit und differenzierte Wertungen. Dabei werden handelnde und entdeckende Lern- und Arbeitsformen mit systematischem Lernen verbunden.

Problemorientierung

Das Prinzip der Problemorientierung hat zwei Komponenten: die gesellschaftlich definierten Problemstellungen einerseits und die von den Schülerinnen und Schülern artikulierten Probleme andererseits. Hinzu kommt das Mittel der Problemhaftigkeit als didaktisch-gestalterisches Prinzip. Problemorientierung meint hauptsächlich, daß im Unterricht die sozialen Sachverhalte und Fragen aufgegriffen werden sollten, die im Bewußtsein des einzelnen und der Öffentlichkeit als unbefriedigend, bedrohlich oder defizitär empfunden werden, die in der politischen Auseinandersetzung kontrovers diskutiert werden und zu denen keine eindeutigen, konsensfähigen Lösungsvorschläge bekannt sind.

Problemorientierte Impulse und Aufgabenstellungen sind geeignet, den Schülerinnen und Schülern selbständige Denk- und Arbeitsleistungen abzuverlangen und ihre schöpferischen Fähigkeiten zu fördern. Sie öffnen den Blick für soziale und politische Trends und Hintergründe.

Kontroversität und Multiperspektivität

Das Prinzip der Kontroversität und Multiperspektivität sieht im Konflikt und in der Existenz unterschiedlicher Sichtweisen ein Entwicklungsmoment sowohl für den einzelnen als auch für die Gesellschaft. Es fördert die Kompromiß- und Konsensbildung und die Achtung vor Andersdenkenden und Andersfühlenden (Toleranzgebot). Es setzt voraus, daß Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler ihre unterschiedlichen Meinungen, Sichtweisen und Einstellungen zu politischen und sozialen Fragen gezielt in den Unterricht einbringen.

Das Prinzip der Kontroversität und Multiperspektivität fördert den Austausch unterschiedlicher Standpunkte und beachtet das Überwältigungsverbot. Es hilft, individuelles Darstellungs- und Durchsetzungsvermögen zu entfalten und zugleich Vorurteile und einseitige Sichtweisen zu relativieren.

Ganzheitlichkeit

Das Prinzip der Ganzheitlichkeit schließt inhaltlich die Komplexität und Multiperspektivität der Themen selbst ein. Prozessual meint das Prinzip die Beachtung und Einbeziehung der kognitiven, emotionalen, pragmatischen Aspekte des Lernens in ihrer Gesamtwirkung. Methodisch-didaktisch erfordert es vielfältige Lehr-, Lern- und Arbeitsverfahren, die mehrere Sinnesorgane ansprechen und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen rezeptiven, reproduktiven, produktiven, entdeckenden und kreativen Lernformen ermöglichen. Formen des kooperativen und sozialen Lernens dienen zur Unterstützung des Prinzips der Ganzheitlichkeit.

Exemplarisches Lernen, Gegenwarts- und Zukunftsbedeutung

Aus der Vielzahl der für die Bewältigung von Gegenwart und Zukunft relevanten Probleme stellt der Rahmenplan eine begründete exemplarische Auswahl dar. Die Themen stehen

jeweils beispielhaft für vergleichbare Problemlagen und bedürfen im Hinblick auf Unterricht der weiteren didaktischen Konkretisierung. Die Gegenwarts- und Zukunftsbedeutung dient bei der Auswahl exemplarischer Themen und Inhalte als wichtiges Kriterium. Dabei ist Zukunft nicht als selbstverständlich verlängerte Gegenwart aufzufassen, sondern als eine durchaus gefährdete Dimension, die durch bewußtes politisches Handeln und Mitentscheiden erst noch gesichert werden muß.

Den allgemeinen Hintergrund für die exemplarische Themenauswahl bilden die Qualifikationen, Ziele und Schlüsselprobleme in ihrem Bezug zu den Erfahrungen und Interessenlagen der Schülerinnen und Schüler.

Gegenseitige Achtung und Kooperation im Unterricht

Die Beziehungen zwischen allen am Unterricht Beteiligten sollen durch gegenseitige Achtung und durch kooperatives Verhalten bestimmt werden. Dies erfordert zugleich wechselseitige freimütige Kritik und persönliche Glaubwürdigkeit der Lehrerinnen und Lehrer und der Schülerinnen und Schüler. Eine offene, vertrauensvolle und angstfreie Unterrichtsatmosphäre ist die Voraussetzung für kontroverse Diskussionen, für begründete Meinungsbildung der Schülerinnen und Schüler im Unterricht, aber auch für partnerschaftliches Verhalten bei der Bearbeitung von Themen und Projekten.

Offenheit

Das Prinzip der Offenheit erfordert erstens einen "offen" gestalteten Rahmenplan, der keine "geschlossenen Deutungseinheiten" konzipiert, sondern Raum für eigene Wertungen und Entscheidungen (vgl. Kontroversität) gibt. Der Rahmenplan bietet dadurch, daß er keine geschlossene, lineare Stoffabfolge vorschreibt, die Möglichkeit einer erfahrungsorientierten und situationsangemessenen Gestaltung der Themen und Inhalte des Unterrichts.

Zweitens muß der Unterricht offen sein für fächerübergreifendes Arbeiten mit den Fächern des gesellschaftswissenschaftlichen Lernbereiches und mit weiteren Fächern.

Drittens soll sich der Unterricht ins schulische Umfeld öffnen und dessen Probleme aufzeigen. Das kann durch Erkundungen und Befragungen geschehen, heißt aber auch, Fachleute, Eltern, Politiker, ehemalige Schülerinnen und Schüler usw. in die Schule einzuladen. Der Unterricht selbst und ggf. Projekte werden dadurch bereichert und können lebendiger gestaltet werden. Auch das analytische Niveau des Unterrichts gewinnt durch eine solche Offenheit.

Historizität

Trotz des insgesamt systematischen und erfahrungsbezogenen Anspruches des Faches darf die historische Perspektive nicht außer acht gelassen werden.

Die meisten Grundprobleme und Grundstrukturen, Macht-, Herrschafts- und Ohnmachts-

verhältnisse werden deutlicher wahrnehmbar, wenn sie nicht nur funktional betrachtet werden, sondern auch in ihrer Entwicklung. Indem die Schülerinnen und Schüler die Existenz, Kontinuität und Veränderung jener Strukturen, Probleme und Verhältnisse in geschichtlichen Zusammenhängen analysieren, schärfen sie ihr Bewußtsein für Chancen und Gefahren von Veränderungsprozessen in der Gegenwart und Zukunft. Das Prinzip fördert das Begreifen und Erfahren der Veränderbarkeit gesellschaftlicher Institutionen und Verhältnisse und vermittelt einen Einblick, wie es möglich ist, an der Gestaltung der Lebenswelt aktiv und verantwortlich mitwirken zu können.

4.4 Methodenkonzeptionen

Die methodische Gestaltung des Unterrichts im Fach Politische Bildung wird auf mehreren Ebenen für Demokratie-Lernen und die Hinführung zu wissenschaftlichem Arbeiten relevant:

- als Orientierung des Unterrichts an **sozialwissenschaftlichen Verfahren** des Erkennens politisch-gesellschaftlicher Wirklichkeit
- als fortschreitende Entwicklung methodischer Fähigkeiten und Fertigkeiten der Schülerinnen und Schüler (**Methodenkompetenz**) selbst,
- als didaktische **Lernverfahren** der Strukturierung von Unterrichtsreihen.

Diese drei methodischen Ebenen stehen in einem Zusammenhang: Im Fach Politische Bildung sind insbesondere Verfahren forschenden und entdeckenden Lernens geeignet, die Methodenkompetenzen der Schülerinnen und Schüler zu fördern. Allerdings ist die Propädeutik sozialwissenschaftlichen Denkens und Handelns in der Sekundarstufe II kein Selbstzweck: Sie ist der politischen Bildung zugeordnet und bereitet zugleich auf die Bearbeitung komplexer Aufgabenstellungen im öffentlichen Leben, in Studium und Beruf vor.

Lehrerinnen und Lehrer sind frei in der Wahl der Unterrichtsmethoden und Lernverfahren. Dessen ungeachtet lassen sich einige Kriterien der Beurteilung von didaktischen Methodenkonzeptionen benennen, die einem Unterricht im Sinne der Qualifikationen und Lernziele dieses Vorläufigen Rahmenplanes und der Erschließung der in ihm vorgeschlagenen Themen und Inhalte in besonderer Weise entsprechen:

- Ermöglichung der Selbsttätigkeit von Schülerinnen und Schülern unter Berücksichtigung ihrer alltagsweltlichen Erfahrungen,
- Orientierung an den Standards und Vorgehensweisen wissenschaftlicher Methoden der Analyse und des Verstehens von Gesellschaft und Politik,
- problemorientierte Bearbeitung strittiger, noch nicht entschiedener Fragen und Konflikte,
- Multiperspektivität, Vielfalt und Abwechslungsreichtum der Unterrichtsformen.

Verschiedene Methodenkonzeptionen sind mit jeweils unterschiedlicher Schwerpunktsetzung dazu geeignet, den Lernprozeß in Unterrichtsreihen des Faches Politische Bildung der Sekundarstufe II zu strukturieren. Die folgende Auflistung ist weder vollständig noch als Rangfolge zu verstehen.

Diskursive Verfahren

Diskussion, Debatte und Streitgespräch vermögen Kommunikationsfähigkeit, Toleranzbereitschaft und die Fähigkeit zur Artikulation eines eigenen Standpunktes zu fördern. Das gleichberechtigte Gespräch unter Einschluß von Lehrerin und Lehrer ist eine Form demokratischer Teilhabe. Gleichzeitig können im zwanglosen Diskurs Kritik und die Abwägung von Geltungsansprüchen als wichtige Prinzipien wissenschaftlicher Erkenntnis entwickelt werden.

Lehrgang

Meist ausgehend von der Fachsystematik eines Lehrbuches oder anderer wissenschaftlicher Literatur können zusammenhängend Grundlagen eines Sachgebietes erarbeitet werden. In Form von Lehrervortrag, Schülerreferat und Unterrichtsgespräch werden im Lehrgang vor allem durch den kritischen Nachvollzug von Ergebnissen der Sozialwissenschaften besonders kognitive Lernziele angestrebt. Interdisziplinäres Lernen, die Selbststeuerung des Unterrichtsgeschehens durch die Lernenden sowie affektive und handlungsbezogene Zieldimensionen treten im Lehrgang eher zurück.

Problemstudie

Sozialstudien als Untersuchung themenbezogener Fragestellungen sind stärker durch die einzelnen Phasen aufgabenspezifischer Problemlösungsstrategien bestimmt (z.B.: Problemformulierung, Hypothesenbildung, Informationssammlung, Datenanalyse, Überprüfung der Hypothesen, Bewertung von Lösungsalternativen). In Problemstudien steht die Auseinandersetzung mit Vorhandenem im Vordergrund; instrumentelle und analytische Fähigkeiten sowie die selbständige Konstruktion eines Untersuchungsweges werden besonders angesprochen.

Fallstudie

Eine spezielle Form der Problemstudie ist die Fallanalyse oder Fallstudie. An Hand eines zeitgeschichtlichen oder aktuellen Beispiels wird eine konkrete Folge von Realsituationen analysiert. An den Phasen des Handlungsablaufes entlang können im Sinne exemplarischen Lernens komplexe und abstrakte Strukturen verdeutlicht werden. Solche kasuistischen Methodenarrangements fordern stark die Urteils- und Entscheidungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler heraus.

Simulation

In den ansonsten recht unterschiedlichen Methoden: Rollenspiel, Planspiel, Tribunal, Verhandlungssimulation, Computersimulation usw. gehen immer ein spielerisches Moment und ein modellhafter Realbezug eine Synthese miteinander ein. Dieses Lernen am fiktiven Modell hat eine ausgeprägte Phantasie- und Zukunftskomponente mit der Betonung affektiver und sozialer Lernziele, es bedarf aber auch einer regelmäßigen Rückversicherung und Kontrolle an der sozialen Wirklichkeit.

Zukunftswerkstatt

Mit Hilfe dieser Lernform können Gruppen gemeinsame Lösungswege für anstehende Aufgaben und offene Fragen entwerfen. Zu einer Vielzahl von Zukunftsproblemen können von einer Kritikphase ausgehend über eine sogenannte Phantasiephase konkrete Utopien in der abschließenden Verwirklichungsphase nach bestimmten Verfahrensregeln entwickelt werden. Je nach Variante wird eine Zukunftswerkstatt mit oder ohne eingeschobene fachwissenschaftliche Zwischenphasen durchgeführt. Dem schulischen Einsatz dieser Methode in ihrem gesamten Umfang sind Grenzen gesetzt; einzelne Abschnitte oder Arbeitsformen sind aber auch im Unterricht durchaus anwendbar.

Kreative Medienarbeit

Beim Herstellen von Flugblatt und Plakat, Photographie und Graphik, Zeitung(-artikel) und Radiosendung, Hörspiel und (Video-)Film müssen Produktion und Analyse von Medien eng miteinander verknüpft sein, wenn sie im politisch-sozialwissenschaftlichen Unterricht eingesetzt werden. Schärfung der sozialen Wahrnehmung und Förderung der Kreativität sind herausragende Eigenschaften dieser Methoden, denen in einer Zeit, in der politisch-gesellschaftliche Phänomene dem einzelnen vornehmlich als medienkonstruierte Wirklichkeiten entgegnetreten, steigende Bedeutung zukommt.

Sozialwissenschaftliche Verfahren

Fast alle Methoden der empirischen Sozialforschung wie z.B. Befragung, teilnehmende Beobachtung und Experiment sind in didaktisch reduzierter Weise auch im Unterricht praktisch durchführbar. Über die rein theoretisch-reflexive Beschäftigung hinausgehend liegen hier Lernchancen im realen Vollzug von Erkenntnisschritten. Und zum Kennenlernen der exakten Regeln von Forschung tritt die notwendige Einsicht in das Zustandekommen von intersubjektiven Aussagen über die politisch-soziale Wirklichkeit. Allerdings darf die Schulklasse nicht mit einem Forschungsinstitut verwechselt werden; pädagogische Elementarisierung ist erforderlich.

Projektunterricht

Die fachliche Einbeziehung von projektorientiertem Unterricht, Einzelprojekten und Projektwochen ist sehr anspruchsvoll. Das hohe Maß von Selbstbestimmung durch die Schülerinnen und Schüler bei Themenformulierung und Festlegung der Vorgehensweise sowie die integrale Produktorientierung dieser Methodenkonzeption machen sie schwierig und aufwendig. Zugleich aber werden hier kognitive, emotionale und soziale Lernpotentiale in einer Intensität freigesetzt, die das eingegangene didaktisch-methodische Risiko rechtfertigen.

Um den Ansprüchen eines schüler- und handlungsorientierten Lernens im historisch-politischen Unterricht der Jahrgangsstufe 13 gerecht zu werden, sind über diese Methodenkonzeptionen hinaus besonders

- strukturgeschichtliche Verfahren, die inhaltlich auch lernfeldübergreifend angelegt werden können,
- Längsschnitte, die eine bestimmte Fragestellung über längere Zeiträume, ev. auch über Epochengrenzen hinweg verfolgen und
- ideologiekritische Untersuchungen, die die Verwendung historischer Argumentationen in ihrer Entwicklung und ihrer jeweils aktuellen Funktion behandeln,

zur methodischen Strukturierung von Themen geeignet.

5. Hinweise zur Leistungsbewertung

5.1 Funktionen der Leistungsbewertung

Leistungsbewertung im Fach Politische Bildung ist ein sensibles Feld. Keineswegs darf der Inhalt politischer Meinungsäußerungen von Schülerinnen und Schülern in die Leistungsbewertung einbezogen werden.

Aufgabe der Leistungsbewertung ist es, den Schülerinnen und Schülern Aufschluß zu geben, in welchem Maße das Ziel der Jahrgangsstufe erreicht worden ist. Die Leistungsbewertung ist Grundlage für die Entscheidungsfindung über die Versetzung. Der fördernde und ermutigende Charakter der Bewertung sollte genutzt werden.

Beurteilt und benotet werden können erworbene Kenntnisse, Erkenntnisse und Fähigkeiten. Sie bestimmen sich inhaltlich aus dem wissenschaftspropädeutischen Anspruch der Gymnasialen Oberstufe. Bewertet werden können dabei der Umfang, die selbständige Anwendung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie die Art der Darstellung, die logische und sachgerechte Argumentation und das Aufgreifen von Gegenargumenten.

Nicht alle Qualifikations- und Lernzielbereiche, z.B. die Förderung von Handlungsbereitschaft oder die Fähigkeit zu verantwortlichem Handeln, können formal abgeprüft werden. Pädagogisches Werten reicht über die Zensur hinaus und ist besonders dann positiv wirksam,

wenn sich gleichzeitig ein kooperatives Verhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden herausbildet.

Hierfür ist kennzeichnend, daß die Lehrerinnen und Lehrer ihre Anforderungen und Bewertungsgrundsätze den Schülerinnen und Schülern transparent machen, ihre Benotung begründen sowie den Schülern jederzeit Information über ihren Leistungsstand ermöglichen. Unter diesen Voraussetzungen können die Schülerinnen und Schüler ihren Leistungsstand analysieren, den Erfolg des gezeigten Lernverhaltens einschätzen und aus Lernfortschritten neue Motivationen entwickeln. Die Lehrerinnen und Lehrer erhalten durch die Leistungsbewertung Auskunft über die Umsetzung erstrebter Qualifikationen und Lernziele, erhalten auch eine Rückmeldung über Schülerinteressen und können mit diesen Erfahrungen zukünftigen Unterricht planen.

5.2 Anforderungsbereiche

Entsprechend der einheitlichen Prüfungsanforderungen (EPA) werden für die Festsetzung der Bewertungsmaßstäbe drei Anforderungsbereiche unterschieden:

Der Anforderungsbereich I umfaßt:

- die Wiedergabe von Sachverhalten aus einem abgegrenzten Gebiet im gelernten Zusammenhang,
- die Beschreibung und Darstellung gelernter und geübter Arbeitstechniken in einem abgegrenzten Gebiet und einem wiederholten Zusammenhang.

Der Anforderungsbereich II umfaßt:

- selbständiges Erklären, Bearbeiten und Ordnen bekannter Sachverhalte,
- selbständiges Anwenden und Übertragen des Gelernten auf vergleichbare Sachverhalte.

Der Anforderungsbereich III umfaßt:

- das planmäßige Verarbeiten komplexer Gegebenheiten mit dem Ziel, zu selbständigen Begründungen, Folgerungen, Deutungen und Wertungen zu gelangen.

Diese drei Anforderungsbereiche kennzeichnen zugleich Niveaustufen und bauen aufeinander auf, wenngleich sie nicht schematisch voneinander abgegrenzt werden können.

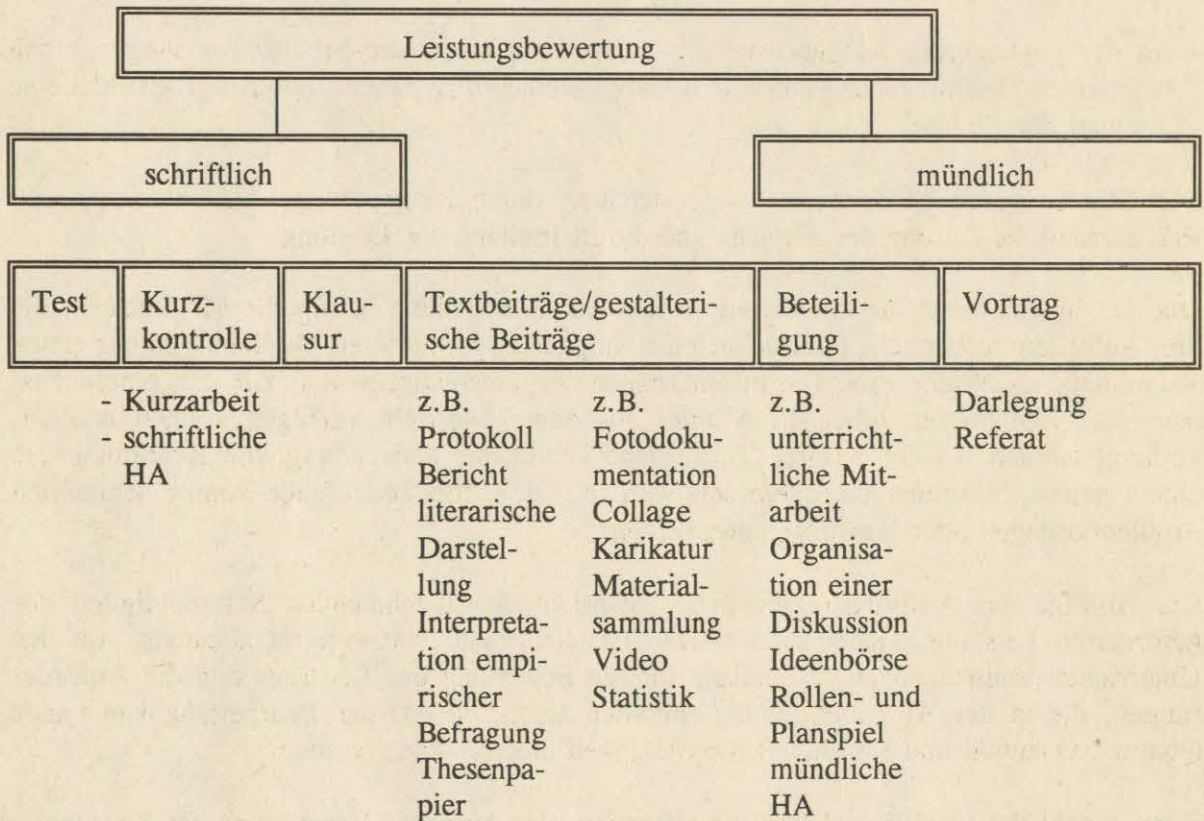
Der Anforderungsbereich I bezieht sich in diesem Sinne auf Grundanforderungen, die im Anforderungsbereich II erweitert werden. Ziel des Unterrichts in der Gymnasialen Oberstufe sollte es auch sein, die Schüler und Schülerinnen zu befähigen, Aufgaben des Anforderungsbereiches III zu erfüllen. In der Abiturprüfung werden alle drei Anforderungsbereiche berücksichtigt; ein besonderes Gewicht liegt dabei auf dem Anforderungsbereich II. Bei der Ausarbeitung und Anwendung der Bewertungsmaßstäbe muß daher das unterschiedliche Anspruchsniveau der Anforderungsbereiche berücksichtigt werden. Eine ausführliche Dar-

stellung der Anforderungsbereiche entsprechend der EPA befindet sich im Anhang. Näheres regeln die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen.

5.3 Bewertungsfelder

Die Leistungsbewertung umfaßt den schriftlichen und mündlichen Bereich. Insgesamt können sechs Bewertungsfelder unterschieden werden. Eine herausgehobene Bedeutung hat auf der Basis der Ausbildungsordnung die Klausur. Aus diesem Grund werden im Anschluß an das Schaubild Ausführungen zur Klausur gemacht.

Der wissenschaftspropädeutische Anspruch soll innerhalb der Bewertungsfelder berücksichtigt werden. Kreativ-gestalterische Aufgaben und eigenständige Textbeiträge sind in der Gymnasialen Oberstufe gegenüber den traditionellen Bewertungsfeldern weiter zu fördern.



Klausur

Die häufigste Aufgabenart in der Klausur ist die materialgebundene Aufgabe mit gegliederter Aufgabenstellung. (Denkbar ist auch eine materialgebundene Aufgabe mit einheitlicher Aufgabenstellung.) Das am häufigsten vorkommende Material dürfte ein Text sein; das Material kann aber auch eine Statistik, ein Bild usw. sein. Das Material darf in dieser Zusammenstellung im Unterricht nicht verwendet worden sein.

Die Aufgabenstellung richtet sich allgemein nach den Zielen und Inhalten, die im Rahmenplan des Faches ausgewiesen sind. Im besonderen gilt:

- Die Aufgabe muß aus dem Unterricht hervorgehen.
- Das Verhältnis zwischen Umfang und Schwierigkeitsgrad des Materials bzw. der Aufgabenstellung einerseits und der Arbeitszeit sowie den unterrichtlichen Voraussetzungen andererseits muß abgewogen sein.
- Die Arbeitsanweisungen müssen klar und eindeutig formuliert sein.
- In der gegliederten Aufgabenstellung müssen die einzelnen Arbeitsanweisungen einen sinnvollen Zusammenhang und eine sinnvolle Reihenfolge haben. Jede Aufgabe bildet eine thematische Einheit.

Die Gliederung der Aufgabenstellung erleichtert durch Eingrenzung, Akzentuierung und Präzisierung die Lösung der Aufgabe und die Beurteilung der Leistung.

Darüber hinaus bietet die Gliederung in der Aufgabenstellung häufig die Möglichkeit, die drei Anforderungsbereiche ausdrücklich als Aufgabe zu formulieren. So könnte in der ersten Teilaufgabe die Wiedergabe von Informationen, Argumentationen u.a. z.B. aus einem Text oder von Kenntnissen, über die Schüler aus dem Unterricht verfügen können müßten, verlangt werden. In der zweiten Teilaufgabe könnte die Anwendung von Kenntnissen in einem neuen Zusammenhang gefordert werden. Die dritte Teilaufgabe könnte schließlich Problemlösungen oder Wertungen ansprechen.

Die Abfolge der Anforderungsbereiche entspricht der zunehmenden Selbständigkeit der geforderten Leistung. Dabei ist der Grad der Selbständigkeit konkret abhängig von den Unterrichtsvoraussetzungen. Grundlage für die Bewertung der Leistung sind die Anforderungen, die in der Aufgabenstellung enthalten sind. Die Art der Bearbeitung kann nach Qualität, Quantität und Kommunikationsfähigkeit unterschieden werden.

Zum Aspekt der Qualität gehören u.a.: Erfassen der Aufgabe, Genauigkeit der Kenntnisse und Einsichten, Sicherheit in der Beherrschung der Methoden und der Fachsprache, Stimmigkeit und Differenziertheit der Aussage, Herausarbeiten des Wesentlichen, Anspruchsniveau der Problemerkennung, Fähigkeit zur kritischen Würdigung der Bedingtheit und Problematik eigener und fremder Auffassungen.

Zum Aspekt der Quantität gehören u.a.: Umfang der Kenntnisse und Einsichten, Breite der Argumentationsbasis, Vielfalt der Aspekte und Bezüge.

Zum Aspekt der Kommunikationsfähigkeit gehören u.a.: Klarheit der Aussage, Übersichtlichkeit der gedanklichen Entwicklung, korrekte Wiedergabe von Aussagen anderer (durch Verwendung des Konjunktivs, durch Verwendung von Zitaten oder anderer Mittel, die die Stellung der Schreiberin bzw. des Schreibers zur Aussage kennzeichnen), Lesbarkeit durch eine geschlossene Aufsatzform (in der die Einleitung zum Thema hinführt und Überleitungen die innere Verknüpfung zwischen den Teilaufgaben herstellen).

Die Reichhaltigkeit und Schlüssigkeit der Argumentation steht im Mittelpunkt der Bewertung. Das individuelle Werturteil des Schülers bzw. der Schülerin bleibt dabei unberücksichtigt, nicht aber die innere Stimmigkeit und Nachvollziehbarkeit der Herleitung.

Bei der Korrektur empfiehlt es sich, Vorzüge der Arbeit herauszustellen sowie Defizite und Fehler in der Klausur durch knappes Unterstreichen im Text genau zu lokalisieren und am Rande mit dem entsprechenden Korrekturzeichen zu versehen. Korrekturzeichen können sein: Sachlicher Fehler (Sa), Denkfehler (D), Beziehungsfehler (Bz), Satzbaufehler (Sb), Grammatikfehler (Gr - sofern nicht durch Bz oder Sb erfaßt), Streichung von überflüssigem (), Einschub von Fehlendem (V), Ausdrucksfehler (A), Wiederholungsfehler (WdH), Rechtschreibfehler (R), Interpunktionsfehler (Z), Fehlen eines Absatzes ().

Eine nähere Erläuterung hinter dem Korrekturzeichen empfiehlt sich bei den Fehlerarten Sa, D, Bz, A. Diese Erläuterung dient der klaren Beschreibung des Fehlers. Hinter eine solche Präzisierung eines Fehlers kann die korrigierende Lehrkraft nach pädagogischem Ermessen auch Verbesserungsvorschläge setzen. Diese Vorschläge sollen den Schülerinnen und Schülern helfen, die Kritik an der Klausur besser zu verstehen und aus ihr zu lernen.

6. Hinweise zum Umgang mit dem Rahmenplan

Der Plan gibt einen Rahmen für den Unterricht im Fach Politische Bildung vor; er ist durch Offenheit gekennzeichnet. Dieser Rahmen wird von Lehrerinnen und Lehrern in Zusammenarbeit mit den Schülerinnen und Schülern gefüllt. Der Zusammenhang von Bindung und Freiheit ermöglicht Spielräume für eigenverantwortliches pädagogisches Handeln und fordert ihre Ausgestaltung.

Verbindlich für den Unterricht in Politischer Bildung sind:

- die Orientierung des Unterrichts an den Qualifikationen und Lernzielen,
- die Berücksichtigung der Schlüsselprobleme,
- die Berücksichtigung der vier Lernfelder durch je ein Thema in den Jahrgängen 11, 12 und 13,
- die Entwicklung der sozialwissenschaftlichen Propädeutik von additiver Verknüpfung (Jahrgang 11) über leitwissenschaftliches Arbeiten (Jahrgang 12), interdisziplinärer

Integration (im letzten Viertel des Jahrgangs 12) bis hin zu interdisziplinärer Integration unter Einbeziehung der Geschichtswissenschaft (Jahrgang 13),

- die Orientierung an den didaktischen Prinzipien.

Die Wahl der Themen und Gegenstände sowie die Methodenwahl sind den Kursen überlassen. Die Möglichkeiten sowie die Bedürfnisse und Interessen der beteiligten Lehrenden und Lernenden sind die Grundlage für die Themenwahl. Die Fachkonferenzen können verabreden, daß bestimmte Themen von allen Parallel-Kursen behandelt werden. Solche Verabredungen dürfen die Entscheidungsspielräume der Einzelkurse nicht zu stark einengen.

Die Lehrerinnen und Lehrer stellen dem Kurs zu Beginn des Schuljahres die Bindungen bzw. Spielräume vor und erläutern eventuelle Beschlüsse der Fachkonferenz und ihrer eigenen Möglichkeiten. Gemeinsam stellen Lehrer und Schüler Einvernehmen über die Themen her. Auch die Methode kann verabredet werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Unterricht die Qualifikationen und Lernziele anstrebt, daß die Lernfelder konkretisiert werden und daß die politisch-sozialwissenschaftliche Propädeutik entwickelt wird.

Schüler- und Lehrerwünsche bzw. die verabredeten Themen werden sich häufig auf aktuelle Konflikte oder Vorfälle beziehen; in anderen Fällen werden Sachinhalte (z.B. Grundgesetz) oder Bereiche der Lebenswelt (z.B. Familie oder Schule) benannt werden.

Zur didaktischen Planung für den Unterricht können u.a. die folgenden Fragen dienen:

1. Welche Qualifikation bzw. welche Lernziele geben der Behandlung im Unterricht die Zielrichtung?
2. Welches Schlüsselproblem rückt ins Blickfeld der Reflexion?
3. Wie ist der Stand der fachwissenschaftlichen Diskussion?
4. Welche politischen Auffassungen und Kontroversen gibt es zum Thema?
5. Wie wird der Inhalt strukturiert? (Fall-, Problemanalyse oder ein stärker fachwissenschaftlich-systematischer Zugriff oder ein Wechsel von Zugriffen?)
6. Welche Unterrichtsmethoden bzw. Verfahren werden für den Unterricht gewählt?
7. Wie wird Realität in den Lernprozeß geholt? (Wird z.B. über einen Fall geredet oder wird der Fall simulierend gehandelt bzw. die Entscheidung gespielt? usw.)
8. Sind die didaktischen Prinzipien genügend berücksichtigt?
9. Wie wird der zeitgeschichtliche Hintergrund in der Jahrgangsstufe 13 berücksichtigt?

Diese Entscheidungen konkretisieren die Themenwahl für den Unterricht. Dabei gibt die Wahl der Qualifikation(en) bzw. der Lernziele der Bearbeitung des Inhalts die Zielvorstellung, also die didaktische Perspektive. Ebenso sind Schlüsselprobleme geeignet, an die

Inhalte und Gegenstände Fragen zu stellen und Aufforderungen zu formulieren. Solche Ziele, Fragen bzw. Aufforderungen geben den Inhalten, wie sie in den Wissenschaften sachsystematisch gefaßt werden, eine politisch gehaltvolle Akzentuierung. Die Zielvorstellung für die Behandlung des Inhalts wird weiter zugespitzt durch die Verfahrensentscheidungen für den Unterricht.

Das Thema des Unterrichts formuliert die didaktische Perspektive und nicht nur den Inhalt. Ein durch Qualifikation bzw. Schlüsselproblem erschlossener Inhalt ergibt das Thema. (Beispiele für mögliche Themenformulierungen finden sich unten im Kapitel 7.) Die Themenbeispiele sind so weit gefaßt, daß aus den angebotenen möglichen Gegenständen und Problemen gewählt werden kann.

Die Prozesse didaktisch-methodischer Reflexion sind nicht linear zu handhaben; in der Praxis ist dies ein Wechselspiel von Fragen und (provisorischen) Antworten zu den unterschiedlichen o. g. Punkten, wobei keine feste Reihenfolge existiert. Der Zusammenhang der unterschiedlichen Entscheidungsdimensionen ist wichtig; hier werden methodische Arrangements als Teil der didaktischen Entscheidung begriffen.

7. Lerninhalte

Gegenstand des Unterrichts im Fach Politische Bildung ist die soziale Wirklichkeit,

- wie sie von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen wird,
- wie sie von den gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen dargestellt wird,
- wie sie sich vor dem zeitgeschichtlichen Hintergrund verändert und
- wie sie von gesellschaftlichen Gruppen und einzelnen Personen interpretiert wird.

Eine Frage aus dem wirtschaftlichen, gesellschaftlichen oder staatlichen Leben wird dann zu einem Problem von öffentlichem Interesse, d. h. eine politische Frage, wenn sie noch nicht abschließend entschieden ist und in der Gesellschaft noch strittig behandelt wird, aber eine allgemeinverbindliche Regelung angestrebt ist. Demnach ist Politik nicht nur durch den Bezug auf Macht und Ordnung bestimmt, sondern umfaßt auch die Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme und Konflikte.

Es lassen sich analytisch und in didaktischer Absicht vier Inhaltsbereiche der Politischen Bildung bestimmen, die als Erfahrungs- und Handlungsfelder der Politik bezeichnet werden können: Gesellschaft, Wirtschaft, Demokratie und Die Eine Welt. In dieser Systematik sind die Inhalte des Faches Politische Bildung so in Lernfeldern geordnet, daß sie jeweils miteinander verwandte Themen des politischen Lernens überschaubar und sinnvoll bündeln. Diese vier Lernfelder sind keine in sich abgeschlossenen Bereiche. Sie stehen vielmehr in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis zueinander; bei komplexen Unterrichtsthemen sind diese lernfeldübergreifenden Interdependenzen zu berücksichtigen.

Lernfeld "Gesellschaft"

Zu den Inhalten des sozio-kulturellen Feldes gehören vor allem Fragen der Sozialstruktur und des sozialen Wandels als Hintergrund der Erörterung verschiedener Vorstellungen zur Lösung gesellschaftlicher Probleme. Mögliche inhaltliche Schwerpunkte: Schichten und Klassen, Sozialisation und Individuation, Normen und Werte, Gruppen und Institutionen, die politische Kultur, Geschlechter und Generationen, Identitätsfindung in Umbruchsituationen, politische Sozialisation und Demokratie Lernen usw.

Lernfeld "Wirtschaft"

In diesem Feld sind insbesondere solche Strukturen und Prozesse wirtschaftlichen Handelns zusammengefaßt, die in einem Bezug zu unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen, zu wirtschaftspolitischen Strategien und zur Rolle des arbeitenden und konsumierenden Menschen stehen. Inhaltliche Schwerpunkte sind z.B.: Strukturpolitik, Konjunkturpolitik, Verteilungspolitik, konkurrierende Wirtschaftssysteme, Technologie- und Umweltpolitik, Berufs- und Arbeitswelt unter besonderer Berücksichtigung der Situation im Land Brandenburg usw.

Lernfeld "Demokratie"

Hier sind insbesondere solche Gegenstände angesprochen, die unter dem Gesichtspunkt der innerstaatlichen Ordnungen politischer Systeme und der Prozesse politischer Partizipation gesehen werden. Mögliche inhaltliche Schwerpunkte: die Verfassung des demokratischen Rechts- und Sozialstaates, politische Willensbildung, demokratische Mitbestimmung und Mitwirkung, Ideen und Herrschaftssysteme, demokratische und autoritäre Systeme usw.

Lernfeld "Die Eine Welt"

Das Feld umfaßt primär außenpolitische und globale Fragen im Zusammenhang mit der Regelung internationaler Beziehungen. Inhaltliche Schwerpunkte sind z.B.: Friedens- und Sicherheitspolitik, Deutschland und Europa, Nachwirkungen des Ost-West-Konflikts, das Verhältnis der Industriestaaten zur "Zwei-Drittel-Welt", Weltwirtschaftsordnung, Nationalstaaten und kulturelle Vielfalt usw.

Zusammenarbeit zwischen den Fächern Geschichte und Politische Bildung

Zwischen den Kursen der Fächer Geschichte und Politische Bildung gibt es auf der Ebene der Unterrichtsinhalte eine Fülle von Kooperationsmöglichkeiten. Diese Kooperation der Sachgebiete ist einerseits erwünscht und gewollt, darf aber andererseits nicht verwischen, daß beide Fächer deutlich voneinander unterscheidbare Lerngegenstände, Bearbeitungsperspektiven, thematische Fragestellungen und methodische Zugänge haben. Die Nähe der Rahmenthemen und Lernfelder z.B. zwischen "Weltprobleme und -konflikte des 19. und 20. Jahrhunderts" (Geschichte, Rahmenthema 4) und "Die Eine Welt" (Politische Bildung, Lernfeld 4) sollte in Absprachen zwischen den Fachlehrerinnen und -lehrern in der Fachbereichskonferenz der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer zu Abstimmungen der Kursplanungen bis hin zur Verabredung einzelner fächerübergreifender Lernvorhaben (z.B. gemeinsame Projekte) genutzt werden. Im Rahmen der schulischen Möglichkeiten können auch bei einer großen Anzahl von Kursthemen solche Bezüge zwischen den Fachkursen hergestellt werden. Bei den Kursthemen "Geschichte der Geschlechterbeziehungen" (Geschichte) und "Emanzipation der Frau" (Politische Bildung) bieten sich Kooperationen in besonderer Weise an.

7.1 Vorschläge für die Jahrgangsstufe 11

Lernfeld "Gesellschaft"		Jg. 11
Themenbeispiele	Mögliche Gegenstände/Probleme	Disziplinen
1. "Geboren in verschiedenen Systemen" - <u>Sozialisation</u> West - Sozialisation Ost	<ul style="list-style-type: none"> - Sozialisation in verschiedenen Systemen - Gesellschaftstheorien (u.a. Kritische Theorie nach HABERMAS) 	Soziologie
	<ul style="list-style-type: none"> - Sozialismus und Kapitalismuskritik - Sozialismustheorien, Schwierigkeiten im Einigungsprozeß, Eckpfeiler einer demokratischen Gesellschaft und ihre Gefährdungen, gibt es zweierlei Deutsche? 	Politologie
	<ul style="list-style-type: none"> - Ökonomische Prämissen der Systeme - Strukturwandel in Ostdeutschland 	Ökonomie
2. "Ausländerfeindlichkeit - nur Gefahr von rechts?" - <u>Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus</u>	<ul style="list-style-type: none"> - Bestandsaufnahme Rechtsextremismus - empirische Methoden zur Erfassung rechtsgerichteter Einstellung - Gruppenstrukturen (u.a. autoritäre Orientierungen) - Gruppenprozesse (Vorurteile, Aggression) 	Soziologie
	<ul style="list-style-type: none"> - Rechtsextremismus im politischen Spektrum - Bekämpfung des Rechtsextremismus - Migrationen, Einwanderungspolitik - Asylrecht, GG-Änderung 	Politologie
	<ul style="list-style-type: none"> - Arbeitsmarkt - Arbeitslosigkeit - Zusammenbruch der Wirtschaft ohne Ausländer? - Rechtsradikalismus und ökonomische Krisensituation 	Ökonomie

Lernfeld "Gesellschaft"		Jg. 11
Themenbeispiele	Mögliche Gegenstände/Probleme	Disziplinen
3. "Kommt man so auf die schiefe Bahn?" - <u>Jugendkriminalität:</u> Erscheinungsformen, Ursachen, Folgen	<ul style="list-style-type: none"> - Erscheinungsformen - empirische Daten - Erklärungsansätze (soziologische, psychoanalytische u.a.) 	Soziologie
	<ul style="list-style-type: none"> - Sozialarbeit - Sozial- und Familienpolitik - Strafrecht - Strafvollzug 	Politologie
	<ul style="list-style-type: none"> - Resozialisierung - Arbeitsplätze 	Ökonomie
und andere gleichwertige Themen		

Lernfeld "Wirtschaft"		Jg. 11
Themenbeispiele	Mögliche Gegenstände/Probleme	Disziplinen
1. "Ist der Kunde König?" - <u>Jugend und Konsumverhalten</u>	- Manipulation durch Werbung - Analyse von Werbetechniken - Verhalten der Konsumenten bei Kaufentscheidungen	Soziologie
	- Werbebeschränkungen? - Verbraucherschutz - Wettbewerbspolitik - Einfluß der Verbraucher und ihrer Interessenvertretung auf die Produktion	Politologie
	- Funktion der Werbung in der Marktwirtschaft: Information, Förderung von Wettbewerb und Markttransparenz, Bedürfnisweckung - Aufwendungen für Werbung - Bedeutung des Wettbewerbs für Kaufentscheidungen	Ökonomie
2. "Wird Arbeit immer weniger verfügbar?" - <u>Arbeit in der modernen Industriegesellschaft</u>	- Arbeit und Selbstverwirklichung - Arbeitsbegriff - Entfremdung der Arbeit - Postmoderne Theorien der Umverteilung von Arbeit (z.B. GORZ)	Soziologie
	- Arbeitslosigkeit im Spiegel der Parteien und Bürgerbewegungen - Arbeitsmarktsituation in Brandenburg	Politologie
	- Automatisierung, Rationalisierung und ihre Folgen - soziale Auswirkungen der Marktwirtschaft	Ökonomie

Lernfeld "Wirtschaft"		Jg. 11
Themenbeispiele	Mögliche Gegenstände/Probleme	Disziplinen
3. "Brandenburg - Land der Rentner?" - <u>Industrieansiedlung und Struktur-entwicklung</u>	<ul style="list-style-type: none"> - Arbeitsamt - Beschäftigungsstruktur, Arbeitsstellenangebot, Umschulungsangebot, Fluktuation, Pendler - Sozialamt - Ursachen und Erscheinungen des Sozialverfalls 	Soziologie
	<ul style="list-style-type: none"> - Wirtschaftsdezernat - regionale Zweigstruktur und deren Wandel - Perspektiven, Hindernisse 	Politologie
	<ul style="list-style-type: none"> - Industriebetriebe: Beschäftigte, Qualifikation, Alter Perspektiven, ABM, Kurzarbeit - regionaler Markt - Subventionen 	Ökonomie
und andere gleichwertige Themen		

Lernfeld "Demokratie"		Jg. 11
Themenbeispiele	Mögliche Gegenstände/Probleme	Disziplinen
1. "Massenmedien - die Vierte Gewalt?" - Funktion, Organisation, Einfluß der <u>Massenmedien</u> auf die politische Willensbildung	<ul style="list-style-type: none"> - Information als Unterhaltung - Funktionen - Organisation - Medienvergleich (Presse, Rundfunk, Fernsehen) - Neue Medien - Wirkungen und persönliche Meinungsbildung 	Soziologie
	<ul style="list-style-type: none"> - Medienpolitik - Staatsgewalt und Medienmacht - Zensur in der ehemaligen DDR und Artikel 5 GG 	Politologie
	<ul style="list-style-type: none"> - Information als Ware - Konkurrenz der Medien - Wirtschaftsfaktor Anzeigen - Konzentration in der Presse 	Ökonomie
2. "Wir sind das Volk!" - <u>Demokratie-</u> <u>modelle im Ver-</u> <u>gleich</u>	<ul style="list-style-type: none"> - Menschenbilder als Grundlage der Modelle - Schule als Lernort für Demokratie - Was wollen Bürgerbewegungen? 	Soziologie
	<ul style="list-style-type: none"> - Demokratiemodelle (u.a. Volksdemokratie der ehemaligen DDR, parlamentarische Demokratie der BRD, Rätemodell der Schweiz) - Vergangenheitsbearbeitung - Direkte oder repräsentative Demokratie? - Geschichte der Demokratie - Verfassung von Brandenburg - ein Beispiel für Demokratieentwicklung? 	Politologie
	<ul style="list-style-type: none"> - Auswirkungen auf die Wirtschaft 	Ökonomie

Lernfeld "Demokratie"		Jg. 11
Themenbeispiele	Mögliche Gegenstände/Probleme	Disziplinen
3. "Zukunft ohne Auto?" - Eine <u>Zukunftswerkstatt</u> - kritisieren - träumen - mitentscheiden	<ul style="list-style-type: none"> - Umweltschädigung (Gifte, Treibhaus, Lärm, Unfälle) - Städtebau und Lebensumfeld - Mobilitätsverhalten - psychologische Einstellungen (Aggression, Status, Prestige) und Einstellungswandel 	Soziologie
	<ul style="list-style-type: none"> - Verkehrspolitik und Asphaltlobby - Städteplanung - Alternative Szenarien (Schiene/Straße, Personen/Güter) 	Politologie
	<ul style="list-style-type: none"> - Kosten des Autos - Wirtschaftsfaktor Auto - Subventionierung des Verkehrs - Konversion der Autoindustrie - Revolution der Produktionsweise 	Ökonomie
und andere gleichwertige Themen		

Lernfeld "Die Eine Welt"		Jg. 11
Themenbeispiele	Mögliche Gegenstände/Probleme	Disziplinen
1. "Entwickeln wir uns zu Tode?" - <u>Dialektik des Fortschritts</u>	- Konsum, Verbrauch, Werbung, Verpackung und das Bewußtsein des Konsumenten - Warnungen des CLUB OF ROME	Soziologie
	- Internationale Abkommen, Weltbank, IWF, Gatt - Intentionen und Folgen - Weltwirtschaftspolitik - Weltinnenpolitik	Politologie
	- Die Wirkungsweise des Weltmarktes - Multinationale Konzerne	Ökonomie
2. "Ozonloch und Treibhauseffekt kennen keine Grenzen." - Notwendigkeit globaler Zusammenarbeit im <u>Umweltschutz</u>	- Globale Klimakatastrophen (Ursachen, Folgen?) - Entwicklung in der Risikogesellschaft	Soziologie
	- Umweltorganisationen - Umweltpolitik (Maßnahmen, Konzepte, Strategien)	Politologie
	- Umweltzerstörung und wirtschaftliche Ursachen - Grenzen des Wachstums	Ökonomie
3. "Gott und die Welt" - <u>Religion</u> als sozialer, politischer und ökonomischer Faktor	- Religionssoziologie: Weltreligionen, Glaubensgemeinschaften, Kirchen: Organisationsstrukturen, Wertvorstellungen, Ideologien	Soziologie
	- Krieg im Namen von Religionen? - Nationalismus und Religionskonflikte - Fundamentalismus	Politologie
	- Kirche als Institution - Kirchensteuer	Ökonomie
und andere gleichwertige Themen		

7.2 Vorschläge für die Jahrgangsstufe 12

Lernfeld "Gesellschaft"		Jg. 12
Themenbeispiele	Mögliche Gegenstände/Probleme	
1. "Ihr da oben - wir da unten?" - <u>Soziale Ungleichheit in Deutschland</u>	<u>Soziologie:</u> - Sozialstruktur, soziale Schichtung, Befunde - Schichtungs-, Klassen-, Disparitäten-, Lebensstiltheoretische Erklärungsansätze	
	<u>Ökonomie:</u> - Marktvermitteltheit sozialer Prozesse - Unternehmensverbände und Gewerkschaften im Kampf um die Verteilung	<u>Politologie:</u> - Sozialpolitik - Politische Relevanz - Neue Armut
2. "Gegliederte Schule - gegliederte Gesellschaft? - Bekommt jeder seinen Platz?" <u>Bildungssystem und Chancengleichheit</u>	<u>Soziologie:</u> - Chancengleichheit und soziale Schichtung - Schicht- bzw. Klassenstrukturbildungen - Bedeutung der Bildung für den einzelnen - Bildung als Selbstverwirklichung - Bildungsexpansion - Rollendifferenzierung zwischen Mann und Frau in Schule und Gesellschaft	
	<u>Ökonomie:</u> - Anforderungen der Wirtschaft an das Bildungssystem - Wirtschaftliche Voraussetzungen für Bildung	<u>Politologie:</u> - Bildungsgesetze - Bildungsprogramme der Parteien und Bürgerbewegungen - Bildungsexplosion, - Bildungsmonopol

Lernfeld "Gesellschaft"		Jg. 12
Themenbeispiele	Mögliche Gegenstände/Probleme	
3. "Sorben - eine nationale Minderheit am staatlichen Tropf?" - <u>Existenzprobleme nationaler Minderheiten</u>	<u>Soziologie:</u> - Dorfgemeinschaft und Tradition - Domowina - Interessenvertretung - Probleme der Sprachentfremdung - Staatliche Förderung und soziale Verwurzelung	
	<u>Ökonomie:</u> - ökonomische Entwicklung - Energiebezirk - Arbeitskräfte-Migration - Bergbau - Devastierung	<u>Politologie:</u> - historische Betrachtung: Herkunft, Rassengesetze, Faschismus - Anschluß an slawische Staaten nach 1945 - Sorben und Sozialismus - Bonner Förderungsbedingungen
und andere gleichwertige Themen		

Lernfeld "Wirtschaft"		Jg. 12
Themenbeispiele	Mögliche Gegenstände/Probleme	
1. "Soll der Staat die Wirtschaft lenken?" - <u>Wirtschaftspolitik in Deutschland</u>	<u>Ökonomie:</u> - Ziele der Wirtschaftspolitik (magisches Viereck) und reale Entwicklung - Theorien und Konzepte (Klassischer Liberalismus, Keynesianische Theorie, Nachfrageorientierte Konjunkturpolitik und neoklassische Wirtschaftspolitik) - Staatsverschuldung	
	<u>Soziologie:</u> - soziale Auswirkungen der Wirtschaftspolitik - Arbeitslosigkeit und Verteilungskonflikte	<u>Politologie:</u> - Träger und Instrumente der Wirtschaftspolitik und der Konjunkturpolitik - Geld-, Fiskal-, Sozialpolitik
2. "Nur eine ökologische Produktion ist auf Dauer auch eine ökonomische Produktion!" - <u>Ökologischer Umbau der Industriegesellschaft</u>	<u>Ökonomie:</u> - Ökologischer Umbau der Marktwirtschaft - Das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie - Auswirkungen zentralistischer Planwirtschaft auf die Umwelt Brandenburgs, Gefahren für das ökologische Gleichgewicht - Entwicklung von Technik und Produktion - Arbeitsplatzsicherung und ihr Preis	
	<u>Soziologie:</u> - Verbrauchergewohnheiten - Probleme der Lebensqualität - Arbeitsplatzsicherung und Ökologie	<u>Politologie:</u> - Umweltpolitik - Brandenburger Naturschutzgesetz - ein Investitionshemmer?

Lernfeld "Wirtschaft"		Jg. 12
Themenbeispiele	Mögliche Gegenstände/Probleme	
3. "Wenn das Schwarze Gold an Wert verliert..." Braunkohle und andere <u>Energieträger</u>	<u>Ökonomie:</u> - DDR-Staat: Verhältnis Ökonomie-Ökologie - BRD nach Vereinigung: Altlasten, Sanierung, Neubau, sekundäre Industriezweigstruktur - verschiedene Energieträger	
	<u>Soziologie:</u> - Devastierungsauswirkungen - Verhältnis Mensch-Mensch - Verhältnis Mensch-Natur	<u>Politologie:</u> - DDR-Staat: Energiedirektive, Umgang mit Grund und Boden, Arbeitskräftesituation - BRD nach Vereinigung: Energieanbieter auf dem deutschen Markt, Privatisierung der Staatsbetriebe
und andere gleichwertige Themen		

Lernfeld "Demokratie"		Jg. 12
Themenbeispiele	Mögliche Gegenstände/Probleme	
1. "Bürgerbewegung - eine neue politische Kultur?" <u>Politische Partizipation</u> - Parteien, Bürgerbewegungen und Verbände	<u>Politologie:</u> - Demokratietheorien, Pluralismustheorie, Neokorporatismus - Parteienstruktur - Bundestag im politischen Prozeß - Gesetzesentstehungsprozeß	<u>Ökonomie:</u> - Wirtschaftspolitik - Einfluß wirtschaftlicher Interessengruppen auf Mandatsträger und Behörden - Parteispenden
	<u>Soziologie:</u> - Soziologische Theorien (z.B. Disparitätstheorie) - Interessengruppen - Funktion und Einfluß	
2. "Wie bestimmend sind Prinzipien?" - <u>Schulverfassung, Landesverfassung, Grundgesetz</u>	<u>Politologie:</u> - Die Bedeutung von Prämissen für die praktische Politik - Verfassungsideal und Wirklichkeit - Demokratische Kultur - Wahlen und Gewaltenteilung	<u>Ökonomie:</u> - Bindung der Wirtschaft an Verfassungsgrundsätze - Kontrolle der Wirtschaft durch die parlamentarische Demokratie
	<u>Soziologie:</u> - Interessenkonflikte und Auseinandersetzungsmöglichkeiten in einer demokratischen Gesellschaft - Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger	
3. "Rückgabe vor Entschädigung?" - <u>Der Einigungsvertrag und seine Folgen</u>	<u>Politologie:</u> - Interessen von Eigentümern - gesellschaftliches Recht auf Grund und Boden (Systeme/-Verfassungen) - Gesellschaftliche Lösungsangebote - Parteienposition	<u>Ökonomie:</u> - Pacht und Mieten - Entschädigung angemessen?
	<u>Soziologie:</u> - Soziale Einbettung - Identifikation mit Wohnung - Nischengesellschaft - Wohnung in einer mobilen Gesellschaft	
und andere gleichwertige Themen		

Lernfeld "Die Eine Welt"		Jg. 12
Themenbeispiele	Mögliche Gegenstände/Probleme	Disziplinen
1. "Wie stabil ist das Haus Europa?" - Wegfall der Ost-West-Konfrontation und die Zunahme nationalisistischer Strebungen	- Großgruppenidentität - Verhältnis von Globalisierung und Regionalisierung - Auswirkungen von Traditionen	Soziologie
	- Probleme der Integration Osteuropas - Asylpolitik - Europäische Institutionen und ihr Beitrag zum Frieden in Europa - Migrationsbewegungen - Wohlstandsgefälle - Nachbarschaft Brandenburgs mit Polen - Nationalisierung als Antwort auf die zunehmende Globalisierung	Politologie
	- Ökonomische Probleme nach dem Zerfall Osteuropas - europäische Strukturpolitik - europäisches Währungssystem	Ökonomie
2. Dritte Welt - Fortschritt und Unterentwicklung	- Nord und Süd: Konfrontation oder Partnerschaft? - Vom Kolonialismus zur Blockfreiheit - Unterentwicklung: Theorien, Konzepte, Kontroversen	Soziologie
	- Entwicklungspolitik - UNO	Politologie
	- Schuldenkrise - Multinationale Konzerne - Weltwirtschaftsordnung	Ökonomie
3. "Löst High Tech die Weltprobleme?"	- Lebensstandard, Bedürfnisse, Wertvorstellungen	Soziologie
	- Umweltproblemlösung durch Gesetze (z.B. Wandel des Ruhrgebietes)	Politologie
	- Billige Rohstoffe aus Übersee (Terms of Trade) - Weltschuldner - Industrialisierung der Dritten Welt	Ökonomie
und andere gleichwertige Themen		

7.3 Vorschläge für die Jahrgangsstufe 13

Lernfeld "Gesellschaft"

Inhaltlicher Schwerpunkt: Historischer Wandel der Gesellschaftsstrukturen, der Sozialisationsformen und der Lebensstile

- Entstehung und Entwicklung des Sozialstaates
- Soziale Ungleichheit im Wandel: Von der "Klassengesellschaft" zur "Zweidrittelgesellschaft"
- Umgang mit Minderheiten und Fremden in der Geschichte des 20. Jahrhunderts
- Veränderung der Sozialisationsformen: Vom Traditionalismus vorindustrieller Gesellschaften zur Individualisierung und Pluralisierung der Lebenswelten in der Gegenwart (z.B. Veränderung von Familienstrukturen, der Rolle der Frau in Familie und Berufswelt, Entstehung und Veränderung der Jugendzeit/jugendlicher Lebenswelten, das Ende der Arbeiterkultur usw.)

Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>1. Der Sozialstaat - vom Fürsorge- zum Versicherungsprinzip?</p> <p>Armenpflege, Erwerbslosenfürsorge und Arbeitslosenversicherung</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Armutsrisiken in der Phase der Industrialisierung: Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Arbeitslosigkeit - frühe Formen der Sicherung: gemeindliche Armenpflege; Sicherungssysteme der Gewerkschaften, Innungen, Arbeitgeber; Mischformen - Konzept und Funktion Bismarckscher Sozialversicherungspolitik - "strukturelle Verspätung" der Arbeitslosenversicherung - Von der Fürsorge zur Versicherung: Erwerbslosenfürsorge im Ersten Weltkrieg, Erwerbslosengesetzgebung in der Weimarer Republik - "Arbeitspolitik" - die Rolle des Staates: Konstruktion eines Arbeitsmarktes - staatliche Arbeitsvermittlung, Arbeitsbeschaffung (Notstandsarbeiten usw.), Schulungsmaßnahmen - Von der Versicherung zur Fürsorge im Nationalsozialismus - Zwischen Rekonstruktion des Versicherungsprinzips und krisenbedingtem Abbau in den Westzonen und in der Bundesrepublik: Wiedereinkrafttreten Weimarer Gesetze, Arbeitsförderungsgesetz (AFG) 1969, Abbau sozialpolitischer Leistungen in den 80er Jahren - Der Staat und sein sozialpolitisches Instrumentarium nach der Vereinigung (Treuhand, ABM, industrielle Strukturpolitik usw.) 	<ul style="list-style-type: none"> - Ausgangspunkt könnte das Alltagswissen und die Erfahrung mit den unterschiedlichen Formen von Unterstützungsleistungen bei Arbeitslosigkeit nach der Vereinigung sein. - Interessen, politische und ökonomische Funktionen in der Sozialpolitik können anhand von Fallanalysen herausgearbeitet werden, z.B. Bruch der Regierungskoalition 1930, Entstehung des AFG 1969. - Anhand der Durchsetzung und Entwicklung der Arbeitslosenversicherung können exemplarisch Grundstrukturen, Funktionsweisen und Probleme des Sozialstaates erarbeitet werden, z.B. das Verhältnis von individueller Freiheit und staatlicher Regulierung/ Sozialstaatsprinzip - Rechtsstaatsprinzip, hierarchische Gliederung der Sozialpolitik (höherwertige Arbeits- bzw. Versicherungspolitik und diskriminierende Wohlfahrtspolitik), Sozialpolitik in der Krise u.a.m. - Der Vergleich mit anderen Ländern kann zeigen, daß die "Verspätung" der Arbeitslosenversicherung keine nationale Besonderheit, sondern strukturell bedingt ist. - Für die Zeit nach 1945 bietet sich ein Vergleich mit der Sozialpolitik in der DDR an - totale als totalitäre Sicherung?

Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>2. Herrenmenschen und Untermenschen.</p> <p>Rassenpolitik und Vernichtung von Minderheiten unter dem Nationalsozialismus</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Zur Vorgeschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik: <ul style="list-style-type: none"> · Sozialhygiene - Rassenhygiene · Sozialdarwinismus - Begriff des "lebensunwerten Lebens" · Positionen von Berufsverbänden, Institutionen, Parteien - Gesetzliche Diskriminierung (z.B. "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses", "Gesetz zum Schutze deutschen Blutes und der deutschen Ehre" u.a.m.) - System der Konzentrationslager, "Vernichtung durch Arbeit", Medizinische Menschenversuche u.a.m. - Verfolgung und Massenvernichtung der Juden (u.a. Pogrome, Wannsee-Konferenz) - "Psychopathen, Asoziale, Alkoholiker, sexuell Abartige und andere Erbkrankte" - Erfassung, Aussonderung, Zwangssterilisationen und Vernichtung (u.a. Aktion "T4", Gift-/Gastötungen in Heil- und Pflegeanstalten) - Verfolgung und Ausrottung von Roma und Sinti - Verfolgung und Vernichtung polnischer und sowjetischer Zwangsarbeiter und von Kriegsgefangenen 	<ul style="list-style-type: none"> - Rassen- und Vernichtungspolitik als Kernbestand des Nationalsozialismus soll hier umfassend (es wurden viele verschiedene Minderheiten und Bevölkerungsgruppen verfolgt und teilweise vernichtet) und im historischen Kontext (Haltungen/Positionen, die nach 1933 wirksam wurden, entstanden und bestanden schon viel früher) aufgearbeitet werden. So können Wurzeln und Vorläufer des rassistischen Antisemitismus im 19. Jahrhundert an Textbeispielen (z.B. Alldeutscher Verband, Berliner Antisemitismusstreit usw.) vergleichend erarbeitet werden. - Die welthistorische Stellung der nationalsozialistischen Rassenvernichtung kann in kritischer Auseinandersetzung mit revisionistischen Thesen ("Relativierung von Auschwitz") behandelt werden. - Vermittelt über literarische und autobiographische Dokumente können die Versäumnisse und Leistungen von Aufarbeitungsversuchen in der Gegenwart mit den Schülerinnen und Schülern diskutiert werden. - weiterführende Aspekte - bestehen die dargestellten Haltungen/Positionen weiter fort? - könnten z.B. folgende Fragen bieten: Wiedergutmachungspolitik, KZ im nationalsozialistischen Deutschland und Internierungslager nach 1945 - Vergleichbarkeiten und Unterschiede

Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>3. "Als erste aufstehen, als letzte zu Bett gehen."</p> <p>Frauenalltag und Familienleben von Arbeiterinnen in der Weimarer Republik</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Bevölkerungsentwicklung: Heiratszyklen und "Heiratsmarkt" in der Weimarer Republik - Familienpolitik und gesetzliche Diskriminierung der Frauen (etwa das Unehelichen- und Scheidungsrecht, familienrechtliche Zurücksetzung der Ehefrau hinsichtlich der Entscheidung "gemeinschaftlicher Angelegenheiten", der §218 des StGB, restriktive Sexualstrafgesetzgebung u. a. m.) - Familienleitbild: Kleinfamilie - Familienwirklichkeit: <ul style="list-style-type: none"> · Erwerbsarbeit von Frauen: schlechtere Bezahlung, typische Frauenarbeiten, Bekämpfung des "Doppelverdiener-tums" u. a. m. · Wohnungssituation - Überbelegung in den städtischen Arbeiterwohnquartieren und ihre Auswirkungen · Hausarbeit der erwerbstätigen Frauen · Familienplanung, Kinder und Kindererziehung - Selbstverständnis/Geschlechtsrollenverständnis der Arbeiterfrauen - Proletarische und bürgerliche Frauenbewegung 	<ul style="list-style-type: none"> - Die Thematisierung und Untersuchung des Familienlebens und Alltags von Arbeiterfrauen ermöglicht Kritik und Differenzierung von stereotypen Vorstellungen zur Geschichte der Familie (früher gute Großfamilie - heute schlechte Kleinfamilie), die Historisierung und soziale Differenzierung von Geschlechtsrollenmustern. - Anhand dieses Themas können neue Methoden der Sozialgeschichte diskutiert und teilweise selbst erprobt werden, z.B. Zeitzeugenbefragungen ("Oral History") oder Untersuchung autobiographischer Materials. - Langfristige Veränderungen von Familienstrukturen und Geschlechtsrollenmustern können zusätzlich beleuchtet werden, indem Einstellungsunterschiede zwischen Frauen in den neuen und alten Bundesländern (etwa zur Hausarbeit und Erwerbsarbeit) und deren mögliche Ursachen Gegenstand der Unterrichtseinheit werden.

und andere gleichwertige Themen

Lernfeld: "Wirtschaft"

Inhaltlicher Schwerpunkt: Die Entwicklung von Nationalökonomien und die Herausforderung der Weltwirtschaft

- zunehmende innergesellschaftliche und internationale Arbeitsteilung und Spezialisierung
- Konzentration und Internationalisierung des Kapitals
- Konjunkturzyklen, Krisen und Krisenmanagement
- Entwicklung neuer Technologien und die Zukunft der Arbeitsgesellschaft
- Verteilung des materiellen Ertrages
- Die Entwicklung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer
- Der Einfluß organisierter Interessen und wirtschaftlicher Macht auf politische Entscheidungen
- Internationale Wirtschaftsbeziehungen: Terms of Trade, Wirtschaftliche Abkommen, Zusammenschlüsse und Abhängigkeiten

Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>1. "Der schwarze Freitag" - Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929-1932.</p> <p>Einschnitt in Wirtschaftspolitik und -theorie des 20. Jahrhunderts</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Widersprüche kapitalistischer Produktion: Weltwirtschaftskrise als Überproduktionskrise - "Schwarzer Freitag": politische und wirtschaftliche Folgen von Börsenspekulation, Auswirkungen auf internationale Kapitalströme - Brüning'sche Sparpolitik gegen Keynes' Konzept des "deficit spending" - Amerikanischer Lösungsversuch: "New Deal" - marxistische Krisentheorie - Konjunktur und zyklische Krisen - Arbeitslosigkeit, sozialpsychologische Auswirkungen und politische Radikalisierung - die Weltwirtschaftskrise als eine Voraussetzung faschistischer Massenbewegung - Krisen als Gefahr für die Demokratie - Ausweitung autoritärer politischer Maßnahmen im Verlauf der Krise 	<ul style="list-style-type: none"> - Diskussionsvorschlag: Krise als Zerstörung <u>und</u> als Modernisierungsschub - Provokation: Kapitalistische Krisen - unser Schicksal? - Anhand der Weltwirtschaftskrise 1929-1932 können grundlegende Wirtschaftsmechanismen aus verschiedenen Blickwinkeln diskutiert werden. Sie soll zu heutigen Krisen in Bezug gesetzt werden.

Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>2. Fortschritt durch Technik?</p> <p>Der Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung, Wissenschaft und Arbeitsorganisation im 20. Jahrhundert</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Technik und Wissenschaft als Produktionsfaktoren - Vom Fließband über die Automation zur menschenleeren Fabrik? Taylorismus, Fordismus und die Rationalisierung der Industriearbeit - Konzepte der "lean production" - erste, zweite und dritte industrielle Revolution und die Veränderung in den Relationen von Agrar-, Industrie- und Dienstleistungssektor - Forschungspolitik und die Förderung technischer Innovationen zwischen Liberalismus und Staatsinterventionismus - Einstellungswandel zur Technik zwischen Kulturkritik und Technikeuphorie - Grenzen des Wachstums - Grenzen der technologischen Modernisierung? Umweltschutz als Kostenfaktor - Umwelttechnologie als Zukunftsbranche - technologiepolitische Konzepte: parlamentarische Technologiefolgenabschätzung und Humanisierung der Arbeit 	<ul style="list-style-type: none"> - Der ökonomische Strukturwandel der Moderne muß an einzelnen Industriezweigen (z.B. der Druckindustrie) anschaulich gemacht werden. - Sind geeignete Beispiele für technischen Wandel in Produktionsbetrieben oder Industriemuseen leicht erreichbar, sollte dies für Schülererkundungen genutzt werden. - Die aktuell zugespitzte Problematik kann an der industriellen Nutzung von wissenschaftlichen Forschungsergebnissen in der Gentechnologie, Atomindustrie oder Rüstungsbranche aufgezeigt werden.

Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>3. "Wirtschaft macht Staat"</p> <p>Verflechtung von privatwirtschaftlichem und staatlichem Handeln</p>	<ul style="list-style-type: none"> - <u>Zum ersten Weltkrieg:</u> <ul style="list-style-type: none"> . <i>Schlachtfloottenbau</i>: das Verhältnis von Wirtschaftspolitik, Rüstungspolitik und Weltmachtanspruch . <i>deutsch-russischer Zoll- und Handelskrieg</i>: politische Folgen einer verfehlten Wirtschaftspolitik, Prädominanz militärischen Denkens gegenüber der Politik . <i>Finanzierung des 1. Weltkrieges</i>: Spekulation auf den Sieg - <u>Zur Weimarer Zeit:</u> <ul style="list-style-type: none"> . die gemachte <i>Hyperinflation 1923</i> als wirtschaftspolitisches Instrument: Staatsentschuldung, billige Kredite, Exportförderung - gesellschaftliche Folgen . <i>Golden Twenties 1924-1928</i>: Leben auf Pump <i>Weltwirtschaftskrise 1928-1932</i>: politische Forderungen der Wirtschaft an den Staat - <u>Zur NS-Diktatur:</u> <ul style="list-style-type: none"> . <i>Finanzierung der NSDAP</i>: Verhältnis von Großkapital und deutschem Faschismus . <i>"Mefo-Wechsel"</i>: betrügerische Manipulation als staatliche Methode der Rüstungsfinanzierung . <i>Raubkrieg und Sklavenarbeit</i>: die Bedeutung von Besatzungspolitik und Zwangsarbeit für die deutsche Wirtschaft "Globalsteuerung" der Wirtschaft 	<p>Wegen der Komplexität der Sachverhalte und der Vielfalt der Aspekte sind Auswahl und Schwerpunktbildung notwendig. Ein gleichförmiger wirtschaftspolitischer Längsschnitt am Leitfaden der Chronologie ist nicht angebracht.</p> <p>Als Einstieg eignen sich aktuelle Fälle, als Verfahren bietet sich z.T. die Fallstudie an, z.B. Geschichte der Firma Krupp, Aufstieg und Fall des Stinnes-Imperiums, Thyssen und Hitler, Flick-Affäre.</p> <p>Provokation könnte sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> . Die Inflation von 1923 "war eine der größten Räubereien der Weltgeschichte." (Arthur Rosenberg), . "Demokratie auf wirtschaftlichem Gebiet ist Kommunismus." (Adolf Hitler 1932 vor Industriellen).

Lernfeld "Wirtschaft"		Jg. 13
Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
	<ul style="list-style-type: none"> - Zur Nachkriegsgeschichte: <ul style="list-style-type: none"> . <i>Sozialisierungsbewegungen</i> in den Westzonen: vom Ahlener Programm zur Hessischen Verfassung . Vom <i>Kriegsverbrecher</i> zum Wirtschaftskapitän: die Reorganisation der Unternehmen zu Beginn des Kalten Krieges (z.B. Krupp, Flick, IG Farben) . der <i>Marshall-Plan</i>: Wirtschaftshilfe und Wirtschaftsinteresse der USA . die <i>Rezession von 1966/67</i>: das Scheitern liberaler Wirtschaftspolitik, Große Koalition als politische Reaktion. Stabilitätsgesetz, 	

und andere gleichwertige Themen

Lernfeld: "Demokratie"

Inhaltlicher Schwerpunkt: Entwicklung politischer Systeme und Modelle im 20. Jahrhundert

- Autoritäre versus demokratische Herrschaftsformen: Faschismus, Stalinismus, demokratischer Zentralismus, parlamentarische Demokratie und basisdemokratische Modelle
- Konflikte und Krisen des demokratischen Verfassungsstaates
- Widerstand, Opposition und Ansätze demokratischer Kultur in autoritären Systemen
- Entwicklung demokratischer Rechte und Mitgestaltungsmöglichkeiten vom Kaiserreich bis heute

Lernfeld "Demokratie"		Jg. 13
Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>1. "Rot = braun"?</p> <p>Über die Vergleichbarkeit von faschistischen und sozialistischen Ideologien und Staaten</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Vergleich der Weltanschauungen/der Ideologien unter verschiedenen Kategorien: <ul style="list-style-type: none"> . Menschenbild . Gesellschaftsverständnis . Geschichtsbild u.a. - Vergleich faschistischer und sozialistischer staatlicher Entwicklungen <ul style="list-style-type: none"> . Faschistische Systeme in Italien und Deutschland: Vernichtung demokratischer Institutionen und Traditionen, "Gleichschaltung"; Aufbau und Ausbau des staatlichen Terrorapparates in Deutschland (z.B. Gestapo, KZ u.a.m.); Rolle der Rüstungspolitik, Kriegspolitik das sozialistische System in der UdSSR: Räte-system und seine Veränderungen, Bürgerkrieg - Kriegskommunismus, NEP, Kollektivierungs- und Industrialisierungspolitik, Staatlicher Terror - Stalin und die "rechte" und "linke" Opposition in der KPdSU, "große Säuberung" seit 1934/36, Lagersystem . Faschismustheorien, Begriff des Stalinismus, Totalitarismustheorie - unterschiedliche wissenschaftliche Erklärungsansätze - Rolle und Bedeutung der Erklärungsansätze in politischen Auseinandersetzungen 	<ul style="list-style-type: none"> - Es ist sinnvoll, bei einem Vergleich sozialistischer und faschistischer Ideologie eine Folie zu haben, vor der die Schüler und Schülerinnen Bewertungen vornehmen können - etwa die Ideen und Vorstellungen der bürgerlichen Aufklärung (Menschenrechte, Toleranzgebot u.a.m.); hier könnten auch ideologiegeschichtliche Erklärungen ihren Ausgang nehmen. - Staatlicher Terror sollte auch konkret/anschaulich gemacht werden (autobiographische Berichte aus den sowjetischen Lagern, Besuch von KZ-Gedenkstätten, Ausstellung "Topographie des Terrors" in Berlin usw.). - Untersucht werden könnte in einem Vergleich Hitler - Stalin auch die Rolle von einzelnen Personen in faschistischen und sozialistischen Staaten.

Themenbeispiele	Inhalt und Probleme	Hinweise
<p>2. Aus der Geschichte mit Erfolg gelernt?</p> <p>Vergleich des demokratischen Systems in der Weimarer Republik und der Bundesrepublik</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Sozialgeschichtliche Kontinuitäten und Brüche: alte und neue Eliten - Unterschiede der internationalen Rahmenbedingungen: zwischen Ausgrenzung und Integration (Versailler Vertrag, Westbindung der BRD) - tragende Koalitionen, innergesellschaftliche Konsensbildung über demokratische Grundlagen - Inhalte und Prozesse der Verfassungsgebung (Weimarer Nationalversammlung, Parlamentarischer Rat) - Spannungen und Annäherungen zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit - Möglichkeiten und Widerstände bei der Herausbildung eines republikanischen Verfassungskonsens - Weimarer Erfahrungen als Grundlage der Entscheidungen über das Grundgesetz 	<ul style="list-style-type: none"> - Strukturentscheidungen zum demokratischen politischen System, Vergleich von Verfassungsbestimmungen z.B.: <ul style="list-style-type: none"> . Wahlrecht . 5% Klausel . Stellung des Präsidenten . konstruktives Mißtrauensvotum . Rolle der Parteien . Notstandsrecht . "wehrhafte Demokratie" . Grundrechte als einklagbares Recht - Medienanalyse: Öffentlichkeit und Radikalismus. Unterschiedliche Reaktionen auf rechts- und linksradikale Tendenzen in verschiedenen Gruppen der Bevölkerung. - Provokative Frage: Steht auch uns eine Diktatur bevor? Welche wirksamen Sicherungen gibt es heute? - Zukunftsplanung: Verfassungsveränderung und Verfassungswandel als Konsequenz neuer historischer Umstände.

Lernfeld "Demokratie"		Jg. 13
Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>3. Zwei Staaten - eine Nation!</p> <p>Spaltung und Einheit Deutschlands nach 1945</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Ursachen und Verlauf des 2. Weltkriegs, Planung und Realisierung der Aufteilung Deutschlands durch die Alliierten - <u>BRD</u>: soziale Marktwirtschaft, Westorientierung, Entspannungspolitik und Wiedervereinigungsrhetorik - <u>DDR</u>: staatliche Planwirtschaft, der Wandel des Nationverständnisses, Abgrenzungs- und Anerkennungspolitik - offene Gesellschaft gegen vormundschaftlichen Staat: Wettkampf der Systeme auf deutschem Boden; Konflikt der Ideologien und Konkurrenz der Gesellschaftssysteme - Etappen der politischen Kultur in beiden Staaten (Einmarsch in der CSSR, Studentenbewegung, Formierung innergesellschaftlicher Oppositionsgruppen) - die Herstellung der staatlichen Einheit 1989/90: internationale Bedingungen, innerdeutsche Handlungskonzepte und die problematischen Vereinigungsfolgen 	<ul style="list-style-type: none"> - Ausgehen kann man im Unterricht von den wechselseitigen Einstellungen, Erwartungen und Vorurteilen zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen. Hieran kann die Frage entwickelt werden, was die historischen Bedingungen für diese Verständigungsprobleme sind. Dabei sollten ökonomische, soziale, politische und mentale Aspekte berücksichtigt werden. - Eine systemvergleichende Perspektive wäre etwa an dem Unterschied der materiellen Lebensverhältnisse, an der Verwirklichung bzw. Verletzung der Menschenrechte oder an den verschiedenen Systemen sozialer Sicherheit festzumachen. - Fragen der Zukunft des Vereinten Deutschlands können gut von unmittelbaren Begegnungen der Schülerinnen und Schüler mit Orten und Menschen im anderen Teil Deutschlands ausgehend behandelt werden.

und andere gleichwertige Themen

Lernfeld: "Die Eine Welt"

Inhaltlicher Schwerpunkt: Internationale Beziehungen und Probleme seit dem Ersten Weltkrieg

- Ursachen und Folgen der beiden Weltkriege
- Aufstieg der Weltmächte und die Herausbildung der bipolaren Welt
- Von der Konfrontation zur "friedlichen Koexistenz"
- Die Auflösung der bipolaren Weltordnung
- Kolonialismus und Neokolonialismus
- Die zunehmende globale Zerstörung der Lebensgrundlagen
- aktuelle Problemfelder: z.B. der neue Weltpolizist, "Großmacht" Deutschland, Migrationsbewegungen, globale Apartheid, Krisenmanagement und Friedenssicherung

Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>1. "Fünf vor Zwölf!"</p> <p>Die Kuba-Krise: Höhepunkt und Wendepunkt des Kalten Krieges</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Von der Anti-Hitler-Koalition zur Konfrontation der Welt-systeme im Überblick - Herausbildung der Blöcke und Lager - Kuba-Krise: Kubanische Revolution, Politik der USA, Truman-Doktrin, Unternehmen "Schweinebucht", Raketen vor den Haustüren, vor einem Dritten Weltkrieg, Krisenmanagement - Vom Wettrüsten zum Totrüsten - Anfänge der Abrüstungs- und Entspannungspolitik - Kuba heute 	<ul style="list-style-type: none"> - Das Thema "Kuba-Krise" müßte so erarbeitet werden, daß das Exemplarische der Beziehungen zwischen den beiden Weltmächten in jener Zeit deutlich wird. - Denkbar ist der Einstieg mit dem Höhepunkt des Konflikts -buchstäblich fünf vor zwölf-, um dann rückwärtsschreitend die Entwicklung aufzuarbeiten - Inzwischen sind von amerikanischer Seite Quellen und Dokumente veröffentlicht worden (vgl. z.B. Greiner, B.: Kuba-Krise, Nördlingen 1988)

Lernfeld "Die Eine Welt"		Jg. 13
Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>2. "Rückkehr nach Europa".</p> <p>Die Geschichte Osteuropas und postsozialistische Zukunft</p>	<ul style="list-style-type: none"> - das Erbe des Zarenreiches - die Oktoberrevolution und die Entstehung von Hegemonialstrukturen in der UdSSR - Aufbau des Sozialismus - der 2. Weltkrieg und seine Folgen - Widerstand gegen die sowjetische Vorherrschaft - Unabhängigkeitsbestrebungen - RGW und ökonomische Probleme - Gorbatschow und die Wende - Probleme des Übergangs zu marktwirtschaftlicher Produktion, mafiotische Strukturen, Schattenwirtschaft u. a. - neuer Nationalismus / ethnische Spannungen, Migration - Gefahren für den internationalen Ausgleich - Perspektiven im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses 	<ul style="list-style-type: none"> - Ausgangsfrage: Gibt es eine Verpflichtung zur Solidarität gegenüber den osteuropäischen Bürgerbewegungen und Menschenrechtsgruppen (z.B. Charta 77, Solidarnosz, Helsinki-Gruppen in Moskau usw.)? - Neben den politischen Verhältnissen kann der osteuropäische Beitrag zur europäischen Kultur (Literatur, Volkskunst, Malerei, Musik) im 20. Jahrhundert aufgearbeitet werden. - Die historischen Aufarbeitungen sollten u.a. darauf zielen, die Belastungen und Vorurteile in den wechselseitigen Erwartungen und Einstellungen zwischen Deutschen bzw. Westeuropäern und Osteuropäern aufzuheben. - Fragestellungen dieses Themas können gerade in Brandenburg exemplarisch an der polnischen Geschichte und dem deutsch-polnischen Verhältnis erarbeitet werden.

Lernfeld "Die Eine Welt"		Jg. 13
Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>3. Der schwarze Kontinent am Tropic.</p> <p>Die Geschichte Afrikas im welthistorischen Zusammenhang</p>	<ul style="list-style-type: none"> - vorkoloniale Lebensformen: Familie, Sippe, Stamm, Naturreligion und Selbstversorgungswirtschaft - Islamisierung, Kolonialisierung und der atlantische Dreieckshandel - Unabhängigkeitsbewegungen, Entkolonialisierung und neue weltweite Abhängigkeiten - der Ost-West-Konflikt auf afrikanischem Boden und die Möglichkeiten der OAU - Afrikanische Kultur zwischen westlicher Modernisierung und eigenem Traditionsbewußtsein - die Erklärungskraft von Imperialismustheorien und die Grundlagen alternativer entwicklungspolitischer Konzeptionen 	<ul style="list-style-type: none"> - Eine Unterrichtsreihe könnte ihren Ausgangspunkt bei der kritischen Auseinandersetzung mit dem europäischen Afrikabild in Werbung, Literatur und Unterhaltungsfilm nehmen. - Statt einer gesamtkontinentalen Perspektive ist die Konzentration auf die Geschichte und Struktur einer Region (Elfenbeinküste) oder eines Landes (Äthiopien) möglich. - Zentrale Probleme des Nord-Süd-Konfliktes können an Einzelfragen konkretisiert werden: Hungerhilfe - Brot als Waffe? Rohstoffreichtum und Überschuldung - Probleme einer neuen Weltwirtschaftsordnung!

8. Anhang

Quelle: Einheitliche Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung Sozialkunde/Politik. Beschluß der Kultusministerkonferenz von Dezember 1989

Anforderungsbereich I

Der Anforderungsbereich I umfaßt

- die Wiedergabe von Sachverhalten aus einem abgegrenzten Gebiet im gelernten Zusammenhang,
- die Beschreibung und Darstellung gelernter und geübter Arbeitstechniken in einem begrenzten Gebiet und einem wiederholenden Zusammenhang

A Inhaltsbezogene Kenntnisse und Fähigkeiten

Wiedergeben von Sachverhalten

1. Grundtatsachen gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Realität
(z.B. soziale Gruppe, ökonomisches Prinzip, Interessenpluralität, Staat)
2. Ereignisse und Daten zur Bearbeitung eines Sachverhaltes
(z.B. Verkündung des Grundgesetzes, Mitgliederzahlen von Parteien und Verbänden, Lohn- und Gewinnquote)
3. Fachwissenschaftliche Begriffe
(z.B. Sozialisation, Investitionsquote, Konjunktur, Partizipation, politisches System, Föderalismus)
4. Prozesse
(z.B. Soziale Differenzierung, Strukturwandel, Europäische Einigung)
5. Ordnungen und Strukturen
(z.B. Parlamentarische Demokratie - Volksdemokratie; Soziale Marktwirtschaft - Zentralverwaltungswirtschaft; Schichtung der Gesellschaft, Erwerbstätigenstruktur)
6. Normen und Konventionen
(z.B. Menschenwürde - Menschenrechte - Grundrechte; Gesetze; Sozialstaatsgebot; Subsidiarität; Europäisches Währungssystem; Sitte und Brauch)
7. Kategorien zur Erschließung von politischen Ausgangslagen, Problem- und Konfliktfeldern, zur Beurteilung von Zielvorstellungen und zur Beurteilung von praktizierten und diskutierten Maßnahmen
(z.B. Interesse, Konflikt, Recht, Macht, Herrschaft, Ideologie; Verhältnismäßigkeit, Zumutbarkeit; Umweltverträglichkeit, Sozialpflichtigkeit, soziale Gerechtigkeit; Partizipation, Freiheit, Frieden; Menschenwürde als regulative Idee)

8. Theorien, Modelle und wissenschaftliche Kontroversen
(z.B. Demokratietheorien, Entwicklungstheorien; Schichtenmodelle, Wirtschaftsordnungsmodelle, Staatsformen; Monetarismus - Fiskalismus)

B Methodenbezogene Kenntnisse und Fähigkeiten

Kennen von

1. Darstellungsformen
(z.B. Bericht, Kommentar, Interview, Rede, Gesetzestext, Programm, Dokument, wissenschaftliche Darstellung; Diagramm, Schaubild, Karte graphische Darstellung, Statistik)
2. Arbeitstechniken der gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen und von methodischen Schritten bei der Bearbeitung von Aufgaben
(z.B. Umgang - Wiedergabe, Analyse, Erörterung - mit Texten, Graphiken, Statistiken; Arbeitsmethoden und methodische Schritte bei der Durchführung von Erhebungen und Befragungen, (z.B. Interviewtechnik, Inhaltsanalyse; Beobachtung)
3. verschiedene Ansätze zur Erschließung desselben Sachverhaltes/Problems
(z.B. Schicht - Klasse; funktionaler bzw. systemtheoretischer Ansatz)

Anforderungsbereich II

Der Anforderungsbereich II umfaßt

- selbständiges Erklären, Bearbeiten und Ordnen bekannter Sachverhalte
- selbständiges Anwenden und Übertragen des Gelernten auf vergleichbare Sachverhalte

A Inhaltsbezogene Kenntnisse und Fähigkeiten

Selbständiges Erklären und Anwenden des Gelernten und Verstandenen

1. Erklären von Sachverhalten
(z.B. Entstehung von Vorurteilen, Konjunkturzyklen, Gesetzgebungsprozeß, Verschuldungskrise der Dritten Welt)
2. Verarbeiten, Ordnen und Vergleichen unter bestimmten Fragestellungen
(z.B. Auswirkungen der Arbeitslosigkeit; Einfluß der am Gesetzgebungsprozeß beteiligten Organe; Zielkonflikt zwischen Europäischer Integration und deutscher Einheit; Menschenbild und Herrschaftsverständnis bei Hobbes, Locke und Rousseau)
3. Untersuchen bekannter Sachverhalte mit Hilfe von neuen Fragestellungen
(z.B. das Mieterschutzgesetz unter ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten untersuchen; nach Behandlung der Grundrechte die Gleichstellung der Frau und die Quotenregelung untersuchen; bekannte israelische und arabische Friedensvorstellungen aufgrund aktueller Entwicklungen auf ihre Realisierbarkeit hin überprüfen)

4. Verknüpfen erworbener Kenntnisse und gewonnener Einsichten mit neuen Sachverhalten und deren Verarbeitung in neuen Zusammenhängen; Analysieren neuer Sachverhalte
(z.B. Theorien und Modelle in bezug auf historische oder aktuelle gesellschaftliche Sachverhalte erläutern; verschiedene Auffassungen von Demokratisierung auf ein bestimmtes Entscheidungsfeld, etwa den Industriebetrieb, anwenden; das konjunkturpolitische Gutachten des Sachverständigenrates auf monetaristische bzw. fiskalistische Vorstellungen hin untersuchen; die Energieverknappung auf mögliche Auswirkungen hin untersuchen)

B Methodenbezogene Kenntnisse und Fähigkeiten

Anwenden von fach- und sachadäquaten Methoden und Arbeitstechniken

1. bei der Darstellung von Sachverhalten
(z.B. Informationen in Übersichten anordnen; Sachverhalte gliedern und Ergebnisse in Thesen zusammenfassen; Ereignisse in Ablaufdiagrammen darstellen, wie etwa den Übergang von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft in bezug auf die Bevölkerungsentwicklung)
2. bei der Übertragung in andere Darstellungsformen
(z.B. statistische Angaben in eine Graphik übertragen; eine Graphik/Statistik verbalisieren; einen Text graphisch veranschaulichen)
3. bei der Erschließung von Arbeitsmaterial
(z.B. Auswertung von Texten und Statistiken unter Berücksichtigung von Entstehungs- und Verwendungszusammenhängen; Analyse von Wahlergebnissen, Konjunkturdaten, Einkommensverteilung)

Anforderungsbereich III

Der Anforderungsbereich III umfaßt das planmäßige Verarbeiten komplexer Gegebenheiten mit dem Ziel, zu selbständigen Begründungen, Folgerungen, Deutungen und Wertungen zu gelangen.

A Inhaltsbezogene Kenntnisse und Fähigkeiten

Problembezogenes Denken, Urteilen, Begründen

1. Einbeziehen erworbener Kenntnisse und erlangter Einsichten bei der Begründung eines selbständigen Urteils
 - ein eigenes Urteil treffen und durch sachbezogene Kenntnisse stützen
(z.B. Möglichkeiten politischer Beteiligung in beiden deutschen Staaten vergleichend beurteilen; die Erhöhung des Diskontsatzes als ein Mittel zur Erhaltung der Geldwertstabilität beurteilen; Technikfolgen abschätzen)

- das eigene Urteil in einen theoretischen Zusammenhang einordnen; begründen, warum konkurrierende Ansätze verworfen werden
(z.B. die Entscheidung für die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik Deutschland zu Demokratietheorien in Beziehung setzen und begründen; Vorschläge zum Abbau der Arbeitslosigkeit wirtschaftspolitischen Konzeptionen zuordnen und gegeneinander abwägen)
2. Interdependenzen sozialer, ökonomischer, rechtlicher, politischer Prozesse bei der Urteilsfindung berücksichtigen
(z.B. die Abkommen von Lomé aus der Sichtweise von Entwicklungsländern und Industrieländern beurteilen; den Primat der Außen- oder Innenpolitik am Beispiel aktueller Abrüstungsvorschläge erörtern und beurteilen; die Ergebnisse des KSZE-Prozesses unter Berücksichtigung von Systemunterschieden einschätzen; Auswirkungen der Neuen Technologien in wirtschaftlicher, politischer, rechtlicher und gesellschaftlicher Hinsicht erörtern)
 3. Erkennen der Bedeutung der Aussagefähigkeit von Begriffen und Informationen und Berücksichtigung ihrer zeit- und standortbedingten Verwendung
(z.B. Aussagewert von Angaben zum Bruttosozialprodukt im Hinblick auf quantitatives und qualitatives Wirtschaftswachstum feststellen; dabei an fachlich relevantem Material
 - die interessenbedingte Auswahl von Informationen feststellen
 - die Standortgebundenheit eines Textes erkennen,
 - bei der Beurteilung einer politischen Theorie den historischen Entstehungszusammenhang berücksichtigen)
 4. Reflektieren von Normen, Konventionen, Zielsetzungen und Theorien
(z.B. wirtschaftliche Zielsetzungen im Rahmen bestimmter Wirtschaftsordnungen reflektieren; Rechtsstaatsidee reflektieren und auf ihre Prämissen befragen; bei der Beurteilung der politischen Theorie eines Autors seine anthropologische Position berücksichtigen)
 5. Problematisieren von Sachverhalten und Darstellungen durch selbständig entwickelte Aspekte, Erörtern oder Prüfen von Hypothesen, Aufzeigen von Alternativen und deren Überprüfung auf ihre Realisierbarkeit im jeweiligen Bedingungsfeld
(z.B. Möglichkeiten zur Integration von Übersiedlern, Aussiedlern und Ausländern prüfen und bewerten; Vorschläge für geldpolitische Maßnahmen in bestimmten konjunkturellen Situationen entwickeln und begründen, Vorschläge zur Parlamentsreform auf ihre Realisierungsbedingungen und auf ihr Parlamentsverständnis hin vergleichen und beurteilen)

B Methodenbezogene Kenntnisse und Fähigkeiten

1. Beurteilen von Methoden
Verschiedene methodische Ansätze zur Erschließung eines Sachverhaltes erörtern; den eingeschlagenen Lösungsweg begründen
(z.B. verschiedene Möglichkeiten der Interpretation von Quellentexten im Hinblick

Interpretationen hinsichtlich der Standort- oder Interessengebundenheit des Verfassers oder Vergleich der Textaussagen mit empirischem Material; Entwicklung einer Strategie zur Lösung eines Falles.

2. Prüfen von Methoden

- im Hinblick auf ihre Leistung für die Erschließung von Sachverhalten (z.B. Graphiken, Statistiken auf ihre Aussagekraft hin untersuchen; die zur Aufschlüsselung eines internationalen Konfliktes gewählten Kategorien durch Vergleich mit anderen, nicht gewählten Kategorien für den konkreten Fall überprüfen),
- im Hinblick auf immanente Wertungen und Auswahlkriterien (z.B. autobiographische Texte oder wissenschaftliche Darstellungen daraufhin untersuchen, inwieweit die Perspektive des Verfassers durch seinen sozialen Standort, sein Weltbild oder seine Interessenlage bestimmt ist; Lücken in der Auswahl von statistischem Material erkennen, die zu Verzerrungen oder Einseitigkeiten führen; Analyse von vorgegebenen alternativen Lösungsstrategien, bezogen auf ein konkretes Problem)

3. Prüfen von Darstellungsformen auf ihre Aussagekraft

(z.B. Prüfen, ob oder inwieweit statistische oder graphische Darstellungsformen sachadäquat und anschaulich sind: Stab-, Säulen, Kreisdiagramme; Überhöhmungsmaßstab; Farbgebung)

Verlag und Versand: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Karl-Liebknecht-Straße (Universität), 14476 Golm (bei Potsdam)
Telefon 9 77 23 01, Telefax 9 77 23 09
Einzelbestellungen können nur beim Verlag vorgenommen werden.
Preis des Einzelheftes 12,80 DM incl. Porto, Versand und Mwst.